Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 30. Mai 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Der neuerliche Atomtest Nordkoreas hat die Welt aufgeschreckt: Wer soll jetzt noch die nuklearen Ambitionen weiterer Staaten – etwa des Iran – glaubwürdig stoppen? Müssen wir uns auf eine Welt mit vielen Atommächten einstellen, darunter Diktaturen vom Schlage Nordkoreas? Barack Obamas Vision von einer Welt ohne Atomwaffen steht bereits als politische Träumerei da.

Bild: imago

Neuer Blick auf 60 Jahre

Was alle Jubiläumsreden nicht geschafft hatten, vermochte ein Aktenfund

Man muß kein Miesmacher sein, um an den Staatsfeierlichkeiten vom 23. Mai wenig Freude gehabt zu haben. Der in den Reden beschworene Zusammenhalt von Ost und West bekam plötzlich von ganz anderer Seite her Aktualität.

Das große „Bürgerfest“ am Brandenburger Tor mag den mehreren Hunderttausend Besuchern Spaß gemacht haben. Schmucke Zelte, in denen sich die Verfassungsorgane präsentierten, die Ministerien und das Verfassungsgericht, die Bundeswehr und natürlich die 16 Bundesländer – das alles bei gutem Wetter, da kommt Volksfeststimmung auf. Bürger, die das Spektakel nur von ferne wahrnahmen, freute wohl am meisten, daß die Festivitäten nicht so kolossal ausgefallen sind, wie unbekümmerte Beamte es sich zunächst ausgedacht hatten.

Daß dem Jubiläum etwas abging, wurde vor allem bei den politischen Reden deutlich. Kaum einer der dort geäußerten Gedanken über Demokratie und Freiheit, die beste deutsche Verfassung aller Zeiten, den Erfolg des Wiederaufbaus und der europäischen Einigung, über die Verpflichtung der Bundesrepublik zum Frieden und gezogene Lehren, aber auch andauernde Verpflichtungen aus dem Nationalsozialismus hatte in den Nachrichtensendungen des Wochenendes eine Chance gegen den letzten Spieltag der Fußball-Bundesliga und die Entscheidung über „Germany's next Topmodel“.

> Wie oft muß die Geschichte noch revidiert werden?

Das Gute daran: Die deutsche Demokratie ist auch in Zeiten der Krise stabil bis an die Grenze der Langeweile. Das Schlechte: Neue Ideen grundsätzlicher Art zur Lösung ebenso grundsätzlicher Probleme scheint es nicht zu geben.

In einem Punkt freilich eröffnete sich just am vergangenen Wochenende ein neuer Blick auf die zurückliegenden 60 Jahre. Die Nachricht, daß die Stasi an einem entscheidenden Punkt der sogenannten Studentenrevolte, bei den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1968, ihre Finger im Spiel hatte, ist eine Sensation. Vieles muß nach dieser Enthüllung neu bedacht und neu bewertet werden, und klar ist jetzt schon: Auch in den Jahrzehnten der Teilung hat die deutsche Geschichte nie aufgehört, eine einzige, eben gesamtdeutsche zu sein.

Es war ja schon bekannt, daß im April 1972 ohne Eingreifen der Stasi mit hoher Wahrscheinlichkeit der CDU-Politiker Rainer Barzel, ein gebürtiger Ostpreuße, Bundeskanzler geworden wäre. Aber in wie vielen weiteren, gravierenden Punkten war die Bundesrepublik weniger frei und selbstbestimmt als man bisher dachte, weil anderswo die Strippen gezogen wurden? Was davon wirkt bis heute fort, sei es durch fortwirkende Loyalitäten und Erpreßbarkeiten, sei es durch die geschaffenen Fakten?

Die unsäglichen Aktivitäten der Stasi im Gebiet der alten Bundesrepublik müssen endlich voll aufgeklärt werden. Erst dann wissen wir auch, wie tief die Zäsur des Jahres 1945 wirklich war.

Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Tropfsteine

Sage niemand, die Bundesregierung sei nicht zu schnellen Entscheidungen in der Lage. Als im Herbst das Bankensystem auf der Kippe stand, wurden binnen Tagen Summen mobilisiert, die Staaten sonst nur nach Kriegsausbrüchen in dieser Höhe und diesem Tempo zu bewilligen pflegen. Auch die massive Senkung der Steuer auf Agrardiesel zu Wochenbeginn – immerhin eine Ausgabe von fast 300 Millionen Euro – war nach wenigen Tagen beschlossene Sache. Große Bauerndemonstrationen, gar Hungerstreiks von Milchbäuerinnen, und das wenige Tage vor einer wichtigen Wahl – da ging plötzlich alles ganz schnell.

Wo entsprechender Druck fehlt, verlangsamen sich die Entscheidungsprozesse in Berlin hingegen bis zum Tempo des Wachstums von Tropfsteinen. Ein aktuelles Beispiel ist das Ringen um die Patientenverfügungen. Welche Verbindlichkeit soll die schriftlich niedergelegte Willenserklärung eines sterbenskranken Menschen haben, der sich nicht mehr über mögliche Behandlungsalternativen äußern kann? Die Debatte im Bundestag läuft seit Jahren, alle Argumente sind bis zum Überdruß ausgetauscht, nur entschieden wird nicht: In dieser Woche wurde die Sache einmal mehr vertagt – vermutlich auf die nächste Legislaturperiode. Ähnlich bei den Spätabtreibungen: Die Debatte läuft seit über einem Jahrzehnt, zuletzt gebar der kreißende Gesetzgebungsberg eine Maus.

Ach ja, und das 1999 vorgeschlagene Vertriebenenzentrum. Wie oft wurde es bereits in wie vielen Phasen beschlossen? Wenn es schließlich eingeweiht wird, werden rund die Hälfte der 1999 noch lebenden Vertriebenen verstorben sein.

Pfingsttreffen

60. Sudetendeutscher Tag in Augsburg

Mehrere Zehntausend Besucher erwartet die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) an diesem Wochenende in Augsburg zum alljährlichen Sudetendeutschen Tag. Das Treffen steht unter dem Motto „Der Geschichte verpflichtet die Zukunft gestalten“, und weil es das Sechzigste ist, werde man es besonders festlich begehen, erklärte der Bundesvorsitzende der SL, Franz Pany, im Vorfeld. Zu den prominenten Rednern und Gästen am Eröffnungstag gehören Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble als Vertreter der Bundesregierung und Bayerns Ministerpräsident a. D., Günther Beckstein, den die SL mit ihrer höchsten Ehrung, dem Europäischen Karlspreis, auszeichnet.

> Gespannt auf Seehofers Rede

Den Hauptgottesdienst am Sonntag zelebrieren der Augsburger Bischof Walter Mixa und Vertriebenenbischof Gerhard Pieschl (Limburg). Höhepunkt der Veranstaltung ist die anschließende Kundgebung mit Reden Bernd Posselt, dem Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, und von Ministerpräsident Horst Seehofer, dem Schirmherrn der Volksgruppe. – Ebenfalls am Pfingstwochenende treffen sich unter dem Motto „Gemeinsinn leben, im Dialog handeln“ die Siebenbürger Sachsen zu ihrem jährlichen Heimattag in Dinkelsbühl. *PAZ*

Neue Pipeline für Südeuropa

Moskau tut alles, um der führende Energielieferant Europas zu bleiben

Rußland tritt derzeit verstärkt als „global player“ auf internationaler Bühne in Erscheinung. Reisen des Regierungschefs und des Außenministers in Länder des Nahen Ostens zeugen ebenso davon wie der EU-Rußland Gipfel im sibirischen Chabarowsk und das geplante Treffen mit US-Präsident Barack Obama Anfang Juli in Moskau.

Innenpolitisch sieht die Bilanz nach einem Jahr Regierungszeit von Dmitrij Medwedew zwar eher düster aus, offenbarte die globale Finanzkrise doch klar die Schwächen der russischen Wirtschaft: Die hohe Abhängigkeit des Landes von Öl- und Gasexporten, sowie Rubel- und Ölpreisverfall ließen das Bruttoinlandsprodukt drastisch sinken.

Außenpolitisch drängt Rußland hingegen nach vorn in der Hoffnung, die Krise bald überwinden zu können. Damit das Land seinen Einfluß als wichtigster Energielieferant für Europa nicht einbüßt, legte Wladimir Putin bei einem Treffen mit Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi am 16. Mai in Sotschi den Grundstein für eine neue „Süd-Pipeline“, die Südeuropa mit russischem Gas versorgen soll. An dem Projekt ist neben dem russischen Staatskonzern Gazprom der italienische Energieversorger ENI beteiligt.

> Wird die Süd-Pipeline schneller fertig als »Nabucco«?

Bulgarien, Griechenland und Serbien sollen von der Süd-Pipeline profitieren, Gazprom hat bereits joint-ventures mit den jeweiligen Energiekonzernen der Länder unterzeichnet. Am folgenden Tag traf Putin den türkischen Präsidenten Erdogan, um dessen Einverständnis zur Verlegung der Pipeline auf dem Grund des türkischen Teils des Schwarzen Meeres einzuholen, obwohl die Türkei selbst an dem Projekt nicht beteiligt ist. Als „Bonbon“ versprach Putin seinem türkischen Amtskollegen, die vorhandene „Blue-Stream“-Pipeline weiterzunutzen. sie sogar um eine zweite zu erweitern, um den steigenden Energiebedarf der Türkei decken zu können. Über die Süd-Pipeline soll fast die Hälfte des Gases, das zur Zeit über die Ukraine nach Europa fließt, unter Umgehung der Ukraine in den Westen geliefert werden. Von Bulgarien soll ein Ast nach Österreich im Nordwesten und der andere nach Griechenland und Italien führen.

Das Bauvorhaben steht in Konkurrenz zur „Nabucco“-Pipeline, die unter Umgehung Rußlands mit turkmenischem Gas die Versorgung der EU garantieren soll, deren Realisierung aber nicht recht vorankommt. Hier wittern die Russen ihren Vorteil, denn mit dem Bau der Süd-Pipeline kann früher begonnen werden, nachdem die Verträge bereits unterschrieben sind. *MRK*

MELDUNGEN

CSU stützt Erika Steinbach

Berlin – Die CSU drängt weiterhin darauf, BdV-Präsidentin Erika Steinbach (CDU) eine Position im Stiftungsrat des künftigen Vertriebenenzentrums zu verschaffen. Im Programm der Unionsparteien für die Bundestagswahl heißt es, der BdV habe das Recht, Vertreter seiner Wahl in dieses Gremium zu entsenden. Wie der „Spiegel“ berichtet, wurde die Passage auf Drängen der CSU aufgenommen; der BdV hat bislang nur „vorläufig“ auf die Nominierung seiner Präsidentin verzichtet. *K.B.*

Angekündigte Schikane

Berlin/Prag – Wer nach dem 1. Juli als Deutscher in die Tschechische Republik reist, muß mit verschärften Kontrollen rechnen. Dies kündigte das Prager Innenministerium an. Grund seien angeblich schikanöse Kontrollen von Tschechen im Zuge der deutschen Schleierfahndung. Nun sollen tschechische Polizisten das „Gleichgewicht wiederherstellen“, aber erst nach Ende der EU-Ratspräsidentschaft Prags. *PAZ*

PAZ-Plagiat auf »Bayern 2«

München – Auch nach dem erfolgreichen juristischen „Gegenschlag“ dieser Zeitung gegen Urheberrechtssünder gibt es immer noch Medien, die nicht zwischen „Tucholsky“ und „Pannonicus“ unterscheiden können oder wollen. Am 20. Mai wurde in „Bayern 2“ das Gedicht „Höhere Finanzmathematik“ verlesen. Offenbar wußten die Beteiligten in diesem Falle, daß das Werk nicht von Tucholsky ist, doch wurde weder der tatsächliche Autor noch der Originaltitel noch die *PAZ* genannt. Der Beitrag war auch im Internet zu hören. Der an sich ausgesprochen seriöse öffentlich-rechtliche Sender bekommt nun Post von uns. *PAZ*

Die Schulden-Uhr: Zweiter Nachtrag

Es war bereits der zweite Nachtragshaushalt, aber es wird nicht der letzte gewesen sein, obwohl Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) schon jetzt als größter bundesdeutscher Schuldenmacher in die Geschichte eingeht. 47,6 Milliarden Euro will der Bund an neuen Schulden aufnehmen, um die Steuerausfälle und Mehrkosten durch höhere Arbeitslosigkeit auszugleichen. „Hinzu tritt die Kreditaufnahme des Bundes im Rahmen der Sondervermögen ‚Finanzmarktstabilisierungsfonds‘ und ‚Investitions- und Tilgungsfonds‘ (ITF) in erheblicher Höhe“ heißt es vage aus dem Finanzministerium. Da die beiden Fonds über mehrere Jahre bis zu 100 beziehungsweise bis zu 20 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen dürfen, wird sich die Neuverschuldung also noch massiv erhöhen.

1.570.787.771.718 €

Vorwoche: 1.568.091.043.708 €
Verschuldung pro Kopf: 19142 €
Vorwoche: 19077 €

(Dienstag, 26. Mai 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Mehr als nur ein großes Fest

Der 32. Evangelische Kirchentag hat eine übermäßige Politisierung vermieden – »GeO« ist zufrieden

Der Kirchentag hatte mit der Weltwirtschaftskrise ein beherrschendes Thema, dennoch blieb eine übermäßige Politisierung des Treffens aus. Das Fest der rund 150000 Protestanten in Bremen machte darum weniger Schlagzeilen, doch dem christlichen Anliegen tat der Verzicht auf zuviel Politik gut. Auch Ostpreußen war auf dem bunten Treffen gut vertreten.

War es der weise Verzicht der Mitwirkenden oder war es doch eher Ratlosigkeit? Während frühere Kirchentage nicht zögerten, der Politik konkrete Ratschläge zu geben – vom Verzicht auf die Nachrüstung bis zum Boykott Südafrikas – blieben entsprechende Forderungen in diesem Jahr aus: Weder die schärfere Besteuerung der „Reichen“ noch Ratschläge zur Sanierung der Banken wurden der Öffentlichkeit als angeblich christlich geboten präsentiert. Der Glaubwürdigkeit des Kirchentages hat das gut getan, denn so eindeutig die Bibel Habgier brandmarkt und Solidarität mit den Armen einfordert, so wenig Handlungsanleitungen zur Sanierung zerrütteter Kreditinstitute lassen sich im Buch der Bücher finden. Da Christen über politische Fragen unterschiedlicher Meinung sein können, tragen politische Botschaften seitens der Kirchen(tage) oft den Keim des Konflikts in sich, sobald sie über das hinausgehen, was für Christen unverhandelbar ist.

Freilich besteht auch über diese einfache Überlegung kein Konsens in der Kirche, und so lobten Vertreter von SPD und Grünen am Bremer Kirchentag ausgerechnet, daß so viel über Politik gesprochen wurde. Die neue Präses der EKD-Synode, Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne), bezeichnete den Kirchentag als ein großes Fest, auf dem „Christinnen und Christen ihren Glauben und das Leben gefeiert“ hätten. Zugleich erwähnte sie lobend, daß die Teilnehmer von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft in Sachen Klimaschutz und Finanzsystem „neue Weichenstellungen“ gefordert hätten, berichtet das evangelische Nachrichtenmagazin „ideaSpektrum“. Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel, erklärte, der Kirchentag habe aus politischer Sicht etwas im Schatten der Bundespräsidentenwahl gestanden: „Dennoch war er wieder eine wichtige Zeitansage des Protestantismus.“

Auch aus der Sicht der Kirchenbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, der EKD-Synodalen Kerstin Griese, hat der Kirchentag viele politische Akzente gesetzt. Das Motto „Mensch, wo bist du?“ habe das „Lebensgefühl“ der Teilnehmer getroffen, die nach Antworten auf und Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise fragten.

An dieser Stelle beginnen freilich die Einwände der konservativen Beobachter. Denn das Kirchentagsmotto war schief übersetzt, die Bibelstelle lautet eigentlich „*Adam*, wo bist Du?“ und bezeichnet die Frage Gottes an den ersten Menschen, der sich nach dem Sündenfall im Paradies schämt und versteckt. Zwar bedeutet der hebräische Name „Adam“ auch „Mensch“, die Übersetzung ist dennoch fragwürdig, weil Gott an der zitierten Stelle eine konkrete Person sucht. Die Sache ist insofern notorisch, weil bereits vor vier Jahren das Motto des Kirchentags in Hannover schief übersetzt war („Wenn Dein Kind Dich morgen fragt“ statt „Wenn Dein Sohn dich morgen fragt“). In beiden Fällen ist der Einfluß der Gender-Mainstreaming-Eiferer und -Eiferinnen unübersehbar, die bei ihrem Drängen auf geschlechtsneutrale Formulierungen noch nicht einmal vor der Manipulation des Bibeltextes haltmachen – und damit bei den Verantwortlichen des Kirchentages durchdringen.

Konservative hoffen weiter auf mehr biblisches Profil

Die Stellungnahmen von konservativer Seite zum Bremer Kirchentag fallen dementsprechend gedämpfter aus, wie „idea“ berichtet. Der Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands, Christoph Morgner, begrüßte, daß viele Gruppen aus der Gemeinschaftsbewegung und ihrer Jugendarbeit mit profilierten Angeboten in Bremen präsent gewesen seien.

Zugleich bedauerte er, daß in Bremen auch Stimmen ein Forum gefunden hätten, die mit „evangelisch“ wenig zu tun hätten. Gerade in einer pluralistischen Gesellschaft sei Profil gefragt: „Wenn nur noch schwach zu erkennen ist, wofür evangelische Kirche eigentlich steht, müssen wir uns über eine schleichende Marginalisierung des Protestantismus nicht wundern.“

Ähnlich äußerte sich die Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands. Ihr Vorsitzender, Pastor Ulrich Rüß, erklärte, der Kirchentag habe „ein Spiegelbild der evangelischen Kirche zwischen Heiligem Geist und Zeitgeist geboten“ und wünschte dem Protestantentreffen „mehr Konzentration auf ein eindeutiges, christuszentriertes Profil, mehr Mut zu christlich-bekenntnisorientierter Lehre, mehr Vermittlung elementarer Glaubensgrundlagen. So stelle sich die Frage: „Kirche, Kirchentag, wo bist Du?“

Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz Bremen, Pastor Bernd Bierbaum, zog dagegen eine eine positive Bilanz: „Wir konnten Jesus und den Gemeindeaufbau bezeugen. Der Kirchentag hat uns den Raum gegeben, den wir brauchten.“ Nach Einschätzung des evangelisch-methodistischen Theologieprofessors Holger Eschmann ist der Kirchentag frömmer geworden. Er habe einen großen Hunger nach Spiritualität bei den Besuchern festgestellt, berichtet „idea“.

Übrigens war auch Ostpreußen auf dem Kirchentag gut vertreten. Die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e. V. (GeO) verzeichnete an ihrem Stand reges Interesse – rund 1000 Stück eines neuen Informationablattes und 200 Exemplare dieser Zeitung fanden interessierte Leser. Über „viele gute Gespräche und viel Interesse gerade auch bei jungen Leuten“ berichtet der GeO-Vorsitzende Propst i. R. Erhard Wolfram. Auch der Konvent ehemaliger Ostkirchen war mit einem Stand vertreten, ebenso die „Evangelisch-lutherische Probstei Kaliningrad“. Sie war mit 68 Personen aus Königsberg angereist, darunter ein kompletter Kichenchor und Wolframs Nach-Nachfolger im Amt des Probstes, Jochen Löwer. *K. B.*



Wo gibt es sonst evangelische Gottesdienste mit bis zu 100000 Teilnehmern? Auf dem Kirchentag in Bremen wurde auch der Glaube gefeiert. Bild: ddp

Britische Politiker »warten aufs Schafott«

Wirtschaftskrise, Spesenbetrug im Parlament, ein neuer Datenskandal – Wird die Wahl am 4. Juni zur Abrechnung?

Schon am 4. Juni wählen die Briten ihre Europaabgeordneten, gleichzeitig sind Kommunalwahlen. Demoskopen fürchten ein Gemetzel unter den etablierten Parteien. Der gigantische Spesenskandal hat alles Vertrauen in wenigen Wochen verwüstet.

Damit aus der Krise eine Katastrophe wird, müssen mehrere Debakel auf einmal zuschlagen. In Großbritannien ist die Katastrophe komplett: Als erstes und wie kaum ein anderes Land wurde die Insel von der Finanzkrise heimgesucht. Die Verunsicherung ist nach Jahren des ungestümen Booms niederschmetternd. In Großbritannien war der Glaube an die Magie der Finanzmärkte und ihrer Macher weit ausgeprägter als in Kontinentaleuropa, entsprechend tief war die Bestürzung über das Straucheln so vieler eben noch klangvoller Namen.

Immerhin aber schwang sich vergangenen Herbst der bis dahin glücklos hantierende britische Ministerpräsident Gordon Brown zum geachteten Retter auf: Mit verächtlichem Hinweis auf die zögerliche Angela Merkel feierten die Inselmedien ihren zupackenden Premier, der ohne zu fackeln Bankenrettung und Konjunkturstützung in die Hand genommen habe. Das Vertrauen, das eben noch den Magnaten aus der Londoner City gezollt wurde, ging nun auf die Politik über. Wenigstens an ihr konnte man sich nun noch festhalten.

Doch auch das ist nun aus und vorbei. Es begann recht harmlos, als im Februar 2009 herauskam, daß Innenminister Jacqui Smith Pornofilme, die ihr Mann ausgeliehen hatte, als Spesen dem Steuerzahler in Rechnung stellte. Im April berichtet der „Daily Telegraph“ erstmals über anrüchige Spesenabrechnungen im britischen Unterhaus, jedoch noch ohne Details zu nennen. Am 8. Mai schließlich beginnt das Blatt, jeden Tag weitere Namen von Parlamentariern zu verraten, mitsamt allen Daten über ihre schamlose Bereicherung auf Kosten der Steuerzahler mittels Spesen.

Jetzt geht das schon drei Wochen so, jeden Tag. Es ist ein gleichsam mörderisches Ritual geworden. Gegen 13 Uhr zittern die Abgeordneten neben ihren Telefonen. Bei einigen klingelt es, der „Telegraph“ ist dran und kündigt an: Morgen bringen wir Ihre Spesenabrechnung. Danach lassen die Journalisten den Parlamentariern vier Stunden Zeit, um zu reagieren. Es ist wie der tägliche Appell zum Schafott.

Die Elite hat wenig Unrechtsbewußtsein

Wie viele Abgeordnete am Ende betroffen sein werden, war bei Redaktionsschluß dieser Zeitung noch nicht abzusehen. Aus Londoner Kreisen jedoch verlautete, daß 325 der 646 Unterhaus-Mitglieder freiwillig aufhören oder beim nächsten Urnengang sicherlich abgewählt würden. Woraus sich diese Zahl speist, blieb dunkel, sie gibt aber womöglich einen Hinweis auf das Ausmaß des Spesenmißbrauchs.

Die Liste dessen, was die Parlamentarier in den vergangenen Jahre als Spesen deklarierten, reicht von unverschämt über komisch bis lächerlich: Der konservative David Heathcoat-Amory ließ den Steuerzahler 338 Pfund für Pferdedung, fünf Pfund für einen Platten in seiner Schubkarre und zwei Pfund für Mäusegift berappen. Ärger trieb es da schon die sozialdemokratische Kommunalministerin Hazel Blears: Sie legte sich innerhalb eines Jahres nacheinander drei Wohnungen als Zweitwohnsitz zu, die sie – juristisch einwandfrei – als Zweitwohnsitz auf Staatskosten renovieren ließ. Jeweils nach der Renovierung verkaufte sie die restaurierten Altbauresidenzen gleich wieder mit üppigem Gewinn, einmal 45000 Pfund (über 50000 Euro) und ging zum nächsten Objekt über. Einsicht zeigt Blears nicht, sie habe sich „an die Regeln gehalten“, insistiert die Ministerin. Ein konservativer Abgeordneter hatte Spesengeld in seinen Landsitz gesteckt. Zu der Aufregung darüber meinte er bloß, die Leute seien doch nur neidisch auf sein Anwesen.

Solche Ausbrüche mangelnden Unrechtsbewußtseins sind die Dolchstöße für den Ministerpräsidenten wie für die Führer der anderen großen Parteien. Brown ist

Sorge vor Wahlerfolg der Radikalen

wie der Oppositionschef David Cameron von den Konservativen hastig bemüht, mit demonstrativer Reumütigkeit das Volk zu besänftigen. Die beiden selbst immerhin haben sich nichts vorzuwerfen, ebensowenig wie der Führer der Liberaldemokraten Nick Clegg. Clegg machte von sich reden, als er den Präsidenten des Unterhauses („Speaker“), Michael Martin, zum Rücktritt aufforderte wegen dessen nachlässiger Haltung in der Spesenfrage. Tatsächlich warf Martin das Handtuch, das erste Mal in 300 Jahren, daß der „Speaker“ zurücktreten mußte.

Nicht völlig geklärt ist, wie der „Telegraph“ in den Besitz der CD kam, auf der die Daten gespeichert sind. Das Blatt soll 300000 Pfund dafür hingeblättert haben. Man weiß jedoch zumindest, wer der Mittelsmann war, der Ex-Elite-Soldat John Wick. Wick spottete dieser Tage laut „Welt“, die Geheimhaltung in London böte den gleichen Schutz wie eine nasse Papiertüte.

Wie zur Bestätigung kam diesen Montag die Meldung, Datenträger mit hochsensiblen Informationen über teils hohe Offiziere der britischen Luftwaffe seien gestohlen worden. Es seien die Ergebnisse von Sicherheitsüberprüfungen, bei denen Details über Drogenmißbrauch, Vorstrafen, Huren-Besuche oder Seitensprünge protokolliert worden sein. Ein gefundenes Fressen für Journalisten, aber auch für ausländische Geheimdienste und Erpresser, stöhnt man in London.

Der Spesenskandal lehrt die britischen Parteien indes das Gruseln vor der bevorstehenden Doppelwahl am 4. Juni. In Großbritannien wird traditionell am Donnerstag gewählt. Demoskopen sehen die regierenden Sozialdemokraten nur noch bei knapp 20 Prozent, nicht mehr als die euroskeptische „Unabhängigkeitspartei“, die bislang als Splittergruppe belächelt worden war. Der Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, sprang den bedrohten Etablierten bereits zur Seite und mahnte die Briten, keine radikalen Parteien zu wählen.

Hans Heckel

Die Völker der Welt

Von HARALD FOURIER

Berlin und seine Türken. Mit den Zuwanderern aus keinem anderem Land gibt es so große Probleme. Es liegt wohl an kulturellen Unterschieden, die sich trotz aller Multikulti-Seligkeit nicht wegreden lassen. Da die Türkischstämmigen in Berlin mit etwa 200 000 Personen die größte Gruppe von Zugewanderten darstellen, müssen sie sich kaum mehr integrieren. Und wenn es nach Kenan Kolat geht, dann sollen sie das auch nicht.

Nicht nur die sogenannten G 8-Ausländer finden sich besser ein. Auch Asiaten haben sich in kürzerer Zeit weit besser integriert. Ihre Kinder haben oft bessere Noten als viele deutsche Schüler. Und selbst Afrikaner stehen nach einer Generation schon besser da als die Zuwanderer aus Kleinasien und dem Nahen Osten.

Ein Freund von mir arbeitet in einem Ladengeschäft, in dem jeden Morgen Karlie vorbeikommt. Das ist ein kleiner schwarzer Junge von fünf, sechs Jahren, der dem Ladenbesitzer einen Besuch abstattet, bevor er in den Kindergarten geht. Karlie spricht eine afrikanische Sprache und Französisch fließend. Und Deutsch kann er natürlich auch, weil seine Mutter konsequent mit ihm Deutsch spricht. Damit tut sie ihm den Gefallen, den viele türkische Eltern ihren Kindern verweigern, oft weil sie nicht wie Karlies Eltern sofort und gründlich Deutsch gelernt haben.

So viele Sprachen zu beherrschen ist natürlich schon mal ein riesiger Vorteil. Davon können andere einheimische Kinder und eben auch die von Zuwanderern nur träumen. Wenn Karlie zur Schule kommt, wird ihm nicht bloß seiner wacher Verstand, sondern gerade sein fließendes Deutsch von Anfang an das Lernen erleichtern.

Edzard Reuter, der Sohn von Ernst Reuter, hat auch nach einem Jahr bereits Türkisch gekonnt, als die Familie – vor den Nazis flüchtend – in die Türkei gegangen war. Ernst Reuter, der spätere Berliner Bürgermeister, hielt schon nach einem Jahr im Land Vorlesungen an türkischen Universitäten, auf Türkisch natürlich. Neben ihm haben so noch viele andere deutsche Wissenschaftler dem neugegründeten türkischen Staat wichtige Impulse gegeben.

Natürlich wäre es unfair, türkische Gastarbeiterfamilien mit Hochschulprofessoren gleichzusetzen. Nicht jeder kann Vorlesungen an Universitäten halten. Es ist aber ein Treppenwitz der Geschichte, daß vor allem junge Türken hierzulande sich der Moderne verweigern und alles ablehnen, was ihnen von den Deutschen auf dem Silbertablett geliefert wird: Schulen, Universitäten, Spitzenausbildungen. Und das, nachdem deutsche Exilanten erheblichen Anteil am Aufbau der modernen Türkei hatten, wo ihr Rat mit offenem Geist aufgenommen wurde.

Landnahme statt Integration?

Chef der Türkischen Gemeinde: Türken sollen sich nicht einfügen



Während Bund, Länder und Gemeinden seit Jahren Millionen in Integrationsprojekte stecken, verfolgt Kenan Kolat, Chef der „Türkischen Gemeinde“ in Deutschland, ganz andere Ziele: Er fordert Teilhabe für eine ausdrücklich nicht integrierte türkische Gemeinschaft, denn: „Es ist mittlerweile erwiesen, daß die Integrationspolitik Deutschlands zu nichts führt.“

Bild: Caro

Während die Bundesregierung einen Integrationsgipfel nach dem anderen durchführt, redet Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Fraktur: Er will das Wort „Integration“ aus dem Wortschatz streichen, weil das Vorhaben gescheitert sei. Stattdessen fordert er Teilhabe für die wachsende türkische Gemeinschaft in Deutschland.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, der Berliner Kenan Kolat, hat dazu aufgerufen, das Wort „Integration“ aus dem Sprachgebrauch zu streichen. Das Wort sei „nicht definiert“, zitiert ihn die türkische Tageszeitung „Sabah“ vieldeutig.

In der Tat ist in den letzten Jahren viel von Integration ausländischer Mitbürger die Rede gewesen, so daß sich ein Blick ins Lexikon lohnt: „Der Begriff Integration ist vom lateinischen integratio abgeleitet und bedeutet in der Soziologie die Ausbildung einer Wertgemeinsamkeit mit einem Einbezug von Gruppierungen, die zunächst oder neuerdings andere Werthaltungen vertreten, oder einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft mit einem Einbezug von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen von dieser ausgeschlossen waren.“

Stattdessen forderte Kolat nun die „Partizipierung“ (Teilhabe) seiner Landsleute an den Vorteilen und Leistungen dieses Landes. Auch hier ist ein Blick ins Lexikon hilfreich: „In der Soziologie bedeutet Partizipation die Einbindung von Individuen und Organisationen in Entscheidungs- und Willenbildungsprozessen.“

Kolats „Nein“ zur Integration geht allerdings an den Kern des Selbstverständnisses der deutschen Mehrheitsbevölkerung und berührt die Grundlagen des künftigen Zusammenlebens in Deutschland: Was Kolat ablehnt, ist die Heranführung von Zuwanderern an die hiesige Kultur, an die Werteordnung. Stattdessen fordert er Teilhabe an der politischen Macht und den wirtschaftlichen Ressourcen in diesem Lande für die Türken, ohne daß sie sich in die deutsche Gesellschaft einfügen.

> Geht es Kolat »nur« um die Stärkung seines Verbandes?

Alle Erfahrungen mit sogenannten „Parallelgesellschaften“ belegen indes, daß Zuwanderer ohne Integration kaum Chancen auf ein Weiterkommen haben. Vor einigen Monaten hatte eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung aufgedeckt, daß es um die Integration von zugewanderten Türken besonders schlecht bestellt ist im Vergleich zu anderen Immigrantengruppen. Selbst für die zweite Zuwanderergeneration verbesserten sich die Werte nur geringfügig, wie die Studie zeigt. Die Gruppe der deutschen und deutschstämmigen Aussiedler schneidet dagegen bundesweit gut ab: Nur drei Prozent sind ohne Schulabschluß, 28 Prozent haben die Hochschulreife.

Auch haben Menschen mit türkischem Migrationshintergrund laut der Untersuchung den geringsten Erfolg aller Migranten im Erwerbsleben: Sie seien häufiger erwerbslos und häufiger abhängig von Sozialleistungen als andere Zuwanderergruppen. Auch auf diesem Feld verbessern sich die Werte in der zweiten Generation nur geringfügig. Hauptursache für das negative Abschneiden der Gruppe von 2,8 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln ist eine geringe oder fehlende Ausbildung, wie das Institut erklärt: 30 Prozent von ihnen haben keinen Schulabschluß, nur 14 Prozent haben Abitur – nicht einmal halb so viele wie in der deutschen Bevölkerung, weniger auch als bei den anderen Zuwanderergruppen.

Bei seinem letzten Deutschlandbesuch hatte der Ministerpräsident der Türkei Recep Erdogan seine Landsleute dazu aufgerufen, sich nicht „assimilieren“ zu lassen, er nannte die Assimilation gar „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Kenan Kolats Interview bestätigt diese Linie, die auf die Schaffung einer türkischen nationalen Minderheit in Deutschland hinausläuft: „Das Wort Integration findet bei den Migranten selbst keine Akzeptanz mehr. Denn es ist mittlerweise erwiesen, daß die Integrationspolitik Deutschlands zu nichts führt.“

In dieser drastischen Formulierung ist die Absage an die Eingliederung freilich eine Kampfansage an die Regierung Merkel, die die Integration zu einem der Hauptprojekte der deutschen Innenpolitik gemacht hat und ausdrücklich erklärt, daß dabei auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft auf die Zuwanderer zugehen muß.

Auch türkischstämmige Kritiker(innen) wie die Berlinerin Necla Kelek weisen Kolats Vorstellungen zurück. Sie behaupten, daß es Türken-Lobbyisten wie ihm von Beginn an nie um Integration gegangen sei. Ihnen sei es wichtig, die Türken als isolierte Gruppe zu erhalten, weil davon ihre eigene Bedeutung als „Interessenvertreter“ abhänge. Integrierte Türkischstämmige bräuchten keine solchen vermeintlichen Fürsprecher mehr.

Ein Blick in türkische Medien legt noch eine ganz andere, erschreckende Deutung der Einlassungen Erdogans und nun auch Kolats nahe. Dort ist nicht selten die Rede von dekadenten europäischen Völkern, die wegen der zunehmenden Zerstörung der Familie mangels Nachwuchs keine Zukunft mehr hätten. Vitalere Völker, nicht zuletzt eben die Türken, sollten die sich auftuende Lücke füllen.

Niemand kann sagen, ob Kolat solche Gedanken selbst hegt. Seine Absage an eine Integration der Türken paßt jedoch bestens dazu. *Hans Lody*

Berlin will mehr Geld

Finanzsenator Nußbaum: Gewerbesteuer auch für Freiberufler

Während Vorgänger Thilo Sarazzin meist durch radikale Sparvorschläge in die Schlagzeilen kam, schlägt Berlins neuer Finanzsenator Ulrich Nußbaum einen anderen Weg ein. Er möchte mehr Steuern aus der Wirtschaft eintreiben. Das ist allerdings nicht so einfach. Große Unternehmen drohen bei noch höheren Belastungen mit Werksverlagerung. Anders sieht das bei selbständigen Freiberuflern aus – glaubt Nußbaum. Er will daher die Gewerbesteuer nun auch auf Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte, Musiker, Journalisten, Regisseure, Schriftsteller oder Modemacher ausdehnen.

Es sei „nicht einzusehen“, daß diese von der Gewerbesteuer befreit seien, sagte der Parteilose am Montagabend. Der Vorteil des Vorschlags für Berlin laut Nußbaum: „Unsere eigenen Steuereinnahmen würden steigen, und wir wären weniger abhängig von den Geberländern.“ Auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) findet die Pläne prima: „Das ist auch aus meiner Sicht eine Gerechtigkeitslücke, die man schließen sollte.“ Allerdings lasse sich ein solches Projekt nicht von heute auf morgen verwirklichen. Bundestag und Bundesrat müßten damit befaßt werden.

> Die Abkehr von der Sparpolitik eines Thilo Sarrazin

Die Betroffenen würden von dieser Änderung allerdings kaum etwas spüren, denn die Gewerbesteuer würde auf die Einkommensteuer angerechnet. Wenn die Freiberufler in Zukunft auch Gewerbesteuer bezahlen, müssen sie also entsprechend weniger Einkommensteuer zahlen; es bliebe eine geringe Mehrbelastung übrig.

Jedoch: Die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Land würde sich verändern. Die Gewerbesteuer bleibt allein beim Land. Die Einkommensteuer dagegen wird aufgeteilt: 42,5 Prozent an den Bund, der Rest ans Land. Bleibt im Falle der Umsetzung von Nußbaums Plänen die Frage: Warum sollte der Bund auf Einnahmen verzichten?

Angesichts dieses Nullsummenspiels gingen sogar die Attacken der Opposition ins Leere. Michael Dietmann, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, behauptet in einer Pressemitteilung, die Nußbaum-Pläne „würden die Unternehmen nur zusätzlich belasten“. Auch der neue FDP-Fraktionsvorsitzende Christoph Meyer spricht von „weiteren Steuerbelastungen“ für den Mittelstand. Experten widersprechen hier Union wie Liberalen aus oben genannten Gründen: Es wäre nur eine Verschiebung vom Bundes- ins Landessäkkel. *H.L.*

Fröhliches Spektakel

»Karneval der Kulturen« erwartet wieder eine Million Menschen

Mit dem großen Umzug am Pfingstsonntag erreicht der Berliner Karneval der Kulturen seinen Höhepunkt. Insgesamt über eine Million Besucher erwarten die Veranstalter bei den beiden Hauptbestandteilen des „Events“, dem dreitägigen Straßenfest in Kreuzberg und dem Umzug. Angefangen hatte das Treffen, bei dem das alltägliche und nicht ganz konfliktfreie Nebeneinander der unzähligen Zuwanderergruppen in Berlin überwunden und bewußt die positive Seite der „Immigration ohne Integration“ gefeiert werden soll, im Jahre 1996. Damals trafen sich zu Himmelfahrt rund 2200 Teilnehmer, die etwa 50 000 Zuschauer anlockten. Der „KdK“ war damit noch vergleichsweise winzig gegenüber der „Love Parade“, die damals alljährlich Millionen Techno-Freunde mobilisierte. Inzwischen ist die Love Parade klinisch tot, doch der Karneval der Kulturen boomt umso üppiger. Im Jahre 2000 lockten die 4200 Teilnehmer beim Umzug und rund 700 Künstler beim Straßenfest erstmals eine Million Zuschauer an, drei Jahre später wurde bei bestem Wetter mit über 1,5 Millionen der bisherige Teilnehmerrekord erreicht.

> Die Love Parade als größtes Ereignis abgelöst

Berliner Zeitungen schreiben schon seit längerem, daß der KdK inzwischen die eigentliche Love Parade sei, während deren verbliebene Anhänger kritisieren, daß der „Karneval“ im Unterschied zur LP mit hohen Summen subventioniert wird. Fest steht, daß der KdK im Unterschied zur Love Parade oder gar dem Christopher Street Day nie Akzeptanzprobleme hatte. Wer wollte auch etwas dagegen haben, wenn sich die Kulturen der Welt farbenfroh und fröhlich dem Publikum präsentieren?

Und doch bleiben bei skeptischen Betrachtern Bedenken. Ist der Karneval der Kulturen nicht Teil einer gesellschaftspolitischen Grundrichtung, in der Integrationsprobleme verniedlicht, verdrängt oder gar ästhetisiert werden, statt sie zu benennen und Lösungen zu suchen? Die verdrängten Probleme waren sogar beim „KdK“ selbst schon zu beobachten: Im Jahre 2004 attackierten etwa 30 Antisemiten türkischer und arabischer Herkunft von ihrem Umzugswagen aus deutsche „Antifaschisten“.

Daß der Umzug am Nachmittag des Pfingstfests stattfindet, erscheint hingegen durchaus passend: Schließlich ist Pfingsten auch das Fest der geistgewirkten Überwindung der babylonischen Sprachenverwirrung und damit Tag der Völkerverständigung. *K.B.*

Spitzenkandidaten



Martin Schulz – Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) sitzt seit 1994 für die SPD im EU-Parlament. Der streitlustige 53jährige strebt die Verbesserung der europäisch-russischen Beziehungen an. Am 18. Mai erhielt Martin Schulz hierfür die Ehrendoktorwürde der Königsberger Staatlichen Technischen Universität (KSTU).

Silvana Koch-Mehrin – Die 38jährige Volkswirtschaftlerin ist das Gesicht der FDP in Europa. Mit ihrem Mann, dem irischen Rechtsanwalt James Candon, hat sie drei Töchter. Mit ihr als Spitzenkandidatin, die in Frauenzeitschriften als Musterbeispiel der schönen, berufstätigen Mutter gefeiert wird, kehrte die FDP 2004 nach zehn Jahren ins EU-Parlament zurück.

Sahra Wagenknecht – Das bekannteste Gesicht der Partei „Die Linke" im EU-Parlament bietet Verfassungsschützern immer wieder Stoff. Die 39jährige ist immer noch überzeugte und erklärte Kommunistin und bringt ihre radikalen Ansichten auch in Brüssel ein.



Rebecca Harms – Die gelernte Baumschul- und Landschaftsgärtnerin wurde von der Anti-Atomkraft-Bewegung politisch geprägt. Die Niedersächsin sitzt seit 2004 für die Grünen in Brüssel, durfte aber bereits 1984 als Mitarbeiterin der grünen Europaparlamentsabgeordneten Undine von Blottnitz EU-Luft schnuppern.

Hans-Gert Pöttering – Seit 30 Jahren sitzt der 63jährige nun für die CDU im EU-Parlament, doch Hans-Gert Pöttering denkt nicht an Rente. Auch 2009 geht er für seine Partei als Spitzenkandidat ins Rennen. Dabei hat er schon die höchsten Weihen erreicht. Von 1999 bis 2007 war er Vorsitzender der EVP-ED Fraktion. Dieses Amt gab er auf, als er 2007 mit 100 Stimmen über der absoluten Mehrheit zum Präsidenten des EU-Parlamentes gewählt wurde.



Markus Ferber – Der 44jährige Schwabe sitzt seit 1994 für die CSU in Straßburg. 2009 ist er erstmals auch Spitzenkandidat der Christlich-Sozialen. Der Diplomingenieur ist für eine enge Partnerschaft mit der Türkei, aber gegen eine Mitgliedschaft: „Das ist die einzige ehrliche Antwort auf die Türkeifrage".

Alles andere als transparent

Am 7. Juni sind Europawahlen, doch kaum einer kennt die Aufgaben des Parlaments

Das EU-Parlament darf bei vielen Gesetzen mitreden, doch kaum ein EU-Bürger weiß, bei welchen.

Eigentlich findet vom 4. bis 7. Juni etwas Bedeutendes statt: An diesen Tagen sind 375 Millionen Europäer in der größten multinationalen Wahl der Welt dazu aufgerufen, ihr Parlament zu wählen. Doch was sich nach einer lebendigen Demokratie anhört, läßt die meisten Bürger kalt. Die wenigsten wissen, was das EU-Parlament für sie bedeutet. Vor allem für die Älteren ist die einzig direkt gewählte Institution der Europäischen Union immer noch die beratende Versammlung, als die sie vor nunmehr 30 Jahren ins Leben gerufen wurde. An vielen ist vorbeigegangen, daß sich das EU-Parlament inzwischen zum annähernd gleichwertigen Mitgesetzgeber neben dem Ministerrat gemausert hat. Dieser setzt sich aus den jeweiligen Fachministern der 27 EU-Mitgliedsländer zusammen.

Derzeit haben die für die neue Legislaturperiode zu wählenden 736 Abgeordneten in den Bereichen Politik und Finanzen ein Mitentscheidungsrecht. Insgesamt entscheiden in zwei Dritteln der Fälle Ministerrat und Parlament gemeinsam. In den Bereichen Steuer-, Agrar- und Industriepolitik darf das Parlament jedoch nur Stellungnahmen abgeben. In Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden die Staats- und Regierungschefs allerdings ohne das Parlament. Auch darf es keine eigenen Gesetzesvorschläge einbringen. Allerdings kann kein EU-Haushalt ohne Zustimmung des Parlamentes beschlossen werden. Auch haben die Abgeordneten die Pflicht zur parlamentarischen Kontrolle zweier anderer Hauptorgane der EU. Dies ist neben dem Ministerrat die Europäische Kommission. Diese besteht aus den 27 Kommissaren, von denen jedes Land einen entsenden darf. Für Deutschland ist das der Industriekommissar Günter Verheugen. Die Ernennung der Kommissare erfolgt für fünf Jahre mit qualifizierter Mehrheit durch den Europäischen Rat. Dieser ist wiederum das wichtigste Gremium in der EU und setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer, deren Außenminister sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission, derzeit José Manuel Barroso, zusammen.

Zwar bietet die EU im Internet Informationen an, doch das System, in dem die Grenzen von Legislative, Exekutive und Judikative verschwimmen, ist nur schwer zu durchschauen. Dies dürfte einer der Gründe sein, warum die rund 500 Millionen Bürger der EU sich nicht für sie begeistern können. Da es im EU-Parlament keine eindeutige Trennung zwischen Regierungskoalition und Opposition wie in den nationalen Parlamenten gibt, entscheiden hier die Fraktionen. So haben sich die etwa 160 Parteien zu sieben Fraktionen zusammengeschlossen. Das sind die Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten (EVP), die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), Union für ein Europa der Nationen (UEN), die Fraktion der Grünen (FEA), Vereinte Europäische Linke (GUE/NGL) und die Europakritiker der Unabhängigkeit und Demokratie (Ind/DEM). *Bel*

So funktioniert die EU

Europäischer Rat
27 Regierungschefs
fällt Grundsatzentscheidungen

Europäischer Gerichtshof
wacht über Verträge

Europäischer Rechnungshof
kontrolliert Ausgaben

Vorschläge für Gesetze

EU-Ministerrat (Rat der EU)
„Oberhaus" der Legislative (Gesetzgebung)
345 Stimmen insgesamt
davon je 29 Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien
je 27 Polen, Spanien
14 Rumänien
13 Niederlande
je 12 Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechien, Ungarn
je 10 Bulgarien, Österreich, Schweden
je 7 Dänemark, Finnland, Irland, Litauen, Slowakei
je 4 Estland, Lettland, Luxemburg, Slowenien, Zypern
3 Malta

EU-Ministerrat trifft die wichtigsten Entscheidungen
In einigen Kernbereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik, Steuer-, Asyl- und Einwanderungspolitik sind ***einstimmige Beschlüsse*** nötig.
Bei den meisten Fragen reicht eine ***qualifizierte Mehrheit.***
Qualifizierte Mehrheit ist erreicht ...
... wenn die Mehrheit der Mitgliedstaaten zustimmt (in einigen Fällen eine Zweidrittelmehrheit).
... und wenn mindestens 255 der insgesamt 345 Stimmen abgegeben werden.
Außerdem kann jedes Land fordern, dass überprüft wird, ob durch die Ja-Stimmen mindestens 62 % der EU-Gesamtbevölkerung vertreten werden.
Ist dies nicht der Fall, gilt der Beschluss als abgelehnt.

EU-Kommission
„Regierung" (Exekutive) der EU
27 Kommissare
(je 1 pro Land)

je nach Politikfeld muss das Parlament:
■ mitentscheiden ■ zustimmen ■ angehört werden

Europäisches Parlament
„Unterhaus" der Legislative (Gesetzgebung)
736 Abgeordnete insgesamt
nach der Wahl im Juni 2009
davon 99 aus Deutschland
je 72 aus Frankreich, Großbritannien, Italien
je 50 aus Polen, Spanien
33 aus Rumänien
25 aus Niederlande
je 22 aus Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechien, Ungarn
18 aus Schweden
je 17 aus Bulgarien, Österreich
je 13 aus Dänemark, Finnland, Slowakei
je 12 aus Irland, Litauen
8 aus Lettland
7 aus Slowenien
je 6 aus Estland, Luxemburg, Zypern
5 aus Malta

■ Kontrolle ■ Anfragen ■ Misstrauensvotum

Ausschuss der Regionen
beratende Aufgaben

Wirtschafts- u. Sozialausschuss
beratende Aufgaben

dpa-1086

Defizite bei der Demokratie

Die einen spaltet er, die anderen interessiert er nicht. Doch egal, um welche Gruppe es sich handelt: Die Anzahl jener, die den 271 Seiten langen Lissabon-Vertrag gelesen haben, ist überschaubar. Sein vollständiger Name lautet: „Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft". Im Wesentlichen besteht er also aus den beschlossenen Veränderungen an den bisherigen Verträgen. Zu den Neuerungen gehört, daß das EU-Parlament mehr Einfluß bekommt. So in den Bereichen gemeinsame Agrarpolitik, die 40 Prozent des EU-Haushaltes beträgt, und bei der Zusammenarbeit in Strafsachen. Des weiteren ist die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU und ab

EU-Parlament soll mehr Einfluß erhalten

2014 die Einführung der doppelten Mehrheit als Abstimmungsverfahren vorgesehen. Hinzu kommen die Einführung eines europaweiten Bürgerbegehrens, das neue Amt des Präsidenten des Europäischen Rates, ein Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, die Regelung des freiwilligen Austritts von Mitgliedstaaten aus der EU und eine Verschärfung der Beitrittskriterien.

Doch für viele Kritiker ist der Lissabon-Vertrag nur eine gekürzte Überarbeitung der gescheiterten EU-Verfassung. Der kompliziert aufgebaute EU-Vertrag, über den die meisten EU-Bürger nicht selbst abstimmen dürfen, weise fast die gleichen Demokratiedefizite auf. So sei die Gewaltenteilung ungenügend, da das Parlament auch jetzt nur zur Hälfte bei der Gesetzgebung mitentscheide. Auch verstoße die Sitzverteilung weiter gegen das Prinzip der Wahlgleichheit. Und auch die Kompetenzverteilung zwischen nationalen und europäischen Institutionen mißfällt vielen. *Bel*

Termine am laufenden Band

Plenum, Ausschuß, Arbeitsgruppe: EU-Abgeordnete im Einsatz

Etwa 40 Sitzungswochen haben die EU-Parlamentarier im Jahr. 28 verbringen sie davon in Brüssel, zwölf in Straßburg. Was die Abgeordneten dort jedoch im Detail machen, ist in der Öffentlichkeit kaum verbreitet.

„Jeder Arbeitstag ist anders", so die für die SPD im EU-Parlament sitzende Jutta Haug gegenüber der *PAZ*. „Fest stehen die Abstimmungen und bestimmte Debatten im Plenum, Ausschuß- und Arbeitsgruppensitzungen sowie Fraktions- und Delegationssitzungen. Darüber hinaus führe ich Gespräche mit Kommissions- und Parlamentsbediensteten, Vertretern von Industrie und Verbänden, stehe Besuchergruppen als Gesprächspartnerin zur Verfügung, berate mich mit Kollegen, führe Pressegespräche und lese mich in spezielle Themen ein." Spätestens am Freitagnachmittag fährt sie in ihren Wahlkreis, die Emscher-Lippe-Region, um dort Gespräche mit Betriebsangehörigen vor Ort zu führen, Treffen mit unterschiedlichen Organisationen wie Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern oder auch der eigenen Partei zu absolvieren. Ohne ihre Mitarbeiterinnen, die für sie alle Termine und Sitzungen vorbereiten, wäre ein derart straffes Programm nicht umsetzbar.

Auch Jorgo Chatzimarkakis (FDP) hat einen vollen Kalender. Wenn er am späten Nachmittag nach zahlreichen Terminen erneut in sein Büro kommt, haben seine „Mitarbeiterinnen einen Stapel Papiere mit Anfragen oder Dossiers

Auch den Wahlkreis umwerben

für mich, die ich lesen, gegenzeichnen oder gleich beantworten muß. Ständig muß ich Entscheidungen treffen, Vorgänge präsent haben, ‚mentale' Anschlüsse herstellen."

„Ein großer Teil meiner Arbeit besteht auch in der Wahrnehmung von Gesprächen mit Menschen, die von den Regulierungen und Verordnungen der EU betroffen sind", informiert Kurt J. Lauk (CDU) über seine Tätigkeiten als EU-Parlamentarier. Und Reimer Böge (CDU) betont, wie wichtig gute Englisch- und Französischkenntnisse für seine Arbeit seien. Denn auch wenn die Übersetzer der EU fast alle Beschlüsse in alle 23 Amtssprachen der Union übersetzten, so fänden doch die Gespräche mit den Abgeordneten anderer Mitgliedstaaten ohne Dolmetscher statt.

„Nach schwierigen Verhandlungen mit Rat und Kommission hat das Parlament erreicht", so der auf die Erfolge des EU-Parlaments angesprochene Böge, „daß ein neuer Mehrjahresfinanzrahmen 2007-2013 zustandegekommen ist. Nur durch diesen Finanzrahmen ist unser Haushalt auf lange Sicht planbar, transparent und ... handlungsfähig." Jutta Haug würde es jedoch besser finden, wenn der EU-Etat auch mehr über seine Finanzierung preisgeben würde. „Es würde Europa ein Stück greifbarer machen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sehen könnten, auf welche Art und Weise die Umsetzung der Politiken der EU finanziert werden." Kurt Lauk wünscht sich für die Zukunft eine Synchronisierung der Debatten. „Das heißt, daß wichtige Themen, die auf EU-Ebene diskutiert und entschieden werden, zeitgleich im Deutschen Bundestag behandelt werden." Dadurch könnte der Einfluß der direkt gewählten Abgeordneten im nationalen Parlament bei Debatten in Brüssel verstärkt werden. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4563**

Patient ohne Interessenvertreter

Krankenkassen, Mediziner und die Politik machen ihre jeweils eigene Gesundheitspolitik

Beim unterfinanzierten Gesundheitsfonds mehren sich die Fehlentwicklungen, doch statt gegenzusteuern, soll mehr Geld ins System gepumpt werden: Gesundheitsministerin Ulla Schmidt fordert 25 Milliarden Euro Zuschuß aus dem Bundeshaushalt, bisher waren es „nur“ 14 Milliarden.

„Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, daß jeder Patient stets auf alle Leistungen zugreifen kann.“ Aussagen wie die des Ärztepräsidenten Jörg-Dietrich Hoppe sind nicht gerade dazu angetan, den Medizinern Sympathien zu bringen. „Während Hundertausende in diesem Land Angst um ihren Job haben, beschweren sich die Ärztevertreter, daß ein durchschnittliches Honorarplus von zehn Prozent nicht genug sei und fordern zu allem Überfluß auch noch Leistungskürzungen und Zuzahlungen“, konterte Florian Lanz, Sprecher des AOK-Bundesverbandes. Allerdings ist auch er ein Lobbyist im knallharten Kampf der Interessen, und so lag es nicht so sehr in seiner Absicht, den gesetzlichen Versicherten aus dem Herzen zu sprechen.

Lobbyisten gibt es in der Gesundheitsbranche massenhaft. Es werden die verschiedensten Interessen vertreten. Die der Krankenkassen, Ärzteschaft, Krankenhäuser, Pharmaindustrie und der Politik. In jeder Gruppe gibt es zudem viele Untergruppen, so daß selbst im Kleinen nur schwer klare Linien auszumachen sind.

Nur der gesetzlich Versicherte ist Zuschauer in diesem Ringen – dabei geht es doch um seine Gesundheit, die er sich einiges kosten läßt. 167 Milliarden Euro fließen allein in diesem Jahr in den Gesundheitsfonds. Man müßte also davon ausgehen, daß der gesetzlich Versicherte als Kunde und Konsument umworben werden müßte. Doch weit gefehlt.

Obwohl in Deutschland elf Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Gesundheit ausgegeben werden und wir in Deutschland eine überdurchschnittliche Ärztedichte haben, wächst der Unmut bei den Versicherten.

Das mag auch daran liegen, daß sie sich vor allem von Ärztevertretern, aber auch von der Politik immer wieder anhören lassen müssen, daß sie verwöhnt seien. So gingen die Deutschen viel zu häufig zum Arzt. Durchschnittlich 18 Mal wurden die Deutschen 2007 beim Arzt vorstellig. Um diesen Mißstand zu beheben, wurde vorgeschlagen, 10 Euro Praxisgebühr pro Arztbesuch statt wie jetzt pro Quartal zu verlangen.

Daß viele Arztbesuche keineswegs grundlos sind, stand nirgendwo zur Debatte. Doch welcher gesetzlich Versicherte kennt nicht das Gefühl, daß er nach so mancher Zeit im Warteraum endlich mit Verspätung ins Arztzimmer gerufen wird, um wenige Minuten später wieder mit einem Rezept draußen vor der Tür zu stehen? Während jeder Banker heutzutage eine Bedarfsanalyse machen muß, nehmen sich Ärzte kaum noch Zeit, sich die Beschwerden der Patienten anzuhören. Daß dies auch am System liegt, steht außer Frage, auch wenn Gesundheitsministerin Ulla Schmidt das immer wieder abstreitet. Doch da nur wenige Minuten Beratungsgespräch im Quartal von den gesetzlichen Krankenkassen honoriert werden, ist die Motivation der Mediziner, sich die teilweise umständlich geschilderten Beschwerden ihrer Patienten anzuhören, gedämpft. Das wiederum führt zu Fehldiagnosen, was wiederum dazu führt, daß Patienten mit dem gleichen Problem häufiger beim Arzt erscheinen, als es nötig gewesen wäre. Hinzu kommt, daß bei einer alternden Bevölkerung auch die Krankheiten zunehmen.

Deutsche entdecken die Alternativmedizin

Die Unzufriedenheit der Deutschen führt bereits seit Jahren dazu, daß die Alternativmedizin sich über wachsende Nachfrage freuen kann. 60 Prozent der Deutschen haben sich schon mindestens einmal in die Hände von Heilpraktikern begeben. In den USA sind es nur 40 Prozent, in Großbritannien gar nur 20 Prozent. Und auch wenn eine Lücke zwischen der Beliebtheit und der Wirksamkeit der Alternativmedizin klafft, so sind viele Deutsche bereit, in die eigene Tasche zu greifen, um sich die Zuwendung eines Alternativmediziners zusätzlich zu den festen Beiträgen zur gesetzlichen Krankenkasse zu leisten. Schließlich bietet auch der reguläre Mediziner seit Jahren immer mehr Leistungen an, die vom Patienten selbst bezahlt werden müssen. Doch was hier fast überwiegend medizinisch-technischer Natur ist, ist beim Alternativmediziner die Zeit zum Zuhören. Während beim Hausarzt ein Besuch im Durchschnitt keine acht Minuten dauert, ist beim Alternativmediziner zwischen 20 und 90 Minuten alles drin.



Halbgötter in Weiß: Der Ruf der Ärzte hat in den letzten Jahren gelitten – teilweise zu Unrecht. Bild: ddp

Seit kurzem darf das Bundesversicherungsamt Abrechnungen von Kassen und Arztpraxen prüfen. So soll die AOK Niedersachsen Ärzten zehn Euro pro Fall geboten haben, in dem sie eine für die Kasse günstige Diagnose stellen. Leidet ein Patient unter depressiver Verstimmung kostet er die Kasse nur. Gilt er jedoch als depressiv, gibt es eine Sonderzuwendung aus dem Gesundheitsfonds, da Depressionen zu den 80 chronischen Krankheiten zählen, für die es eine Bonuszahlung gibt. Ärzte und Kassen wissen also sehr wohl, wie sie das Gesundheitssystem nutzen können. Auch kommt es in bestimmten Bereichen immer wieder zur Überversorgung. So erwähnt der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, daß es in Deutschland doppelt so viele Röntgenuntersuchungen gibt wie im europäischen Durchschnitt. Das liegt auch daran, daß das deutsche Gesundheitssystem Röntgenaufnahmen überdurchschnittlich honoriert.

Doch anstatt Fehlentwicklungen erst einmal in den Griff zu bekommen, fordert Ulla Schmidt für 2011 25 statt 14 Milliarden Euro als Steuerzuschuß für den Gesundheitsfonds. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Zukunft außer Acht gelassen

Berlin – Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat verschiedene Entwürfe zum Umbau der Pflegeversicherung vorgestellt. Statt drei soll es künftig fünf Pflegestufen geben. Auch soll es nicht mehr Pflege im Minutentakt, sondern individuelle Betreuung geben. Die Mehrkosten sollen je nach Modell zwischen 1,3 bis 3,7 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Auf die Anfrage der *PAZ* beim Gesundheitsministerium, welcher Zuwachs an Pflegebedürftigen diesen Kalkulationen zugrundeliege, hieß es, man sei „vom Status quo ausgegangen“. Die wahren Mehrkosten werden also bedeutend höher liegen, Ministerin Schmidt macht eine Reform für die Zukunft, ohne die sicher absehbare demographische Entwicklung einzuberechnen. *Bel*

Eher an die Milliarden

Berlin – Nach Protesten von etwa 6000 Bauern in Berlin hat Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) durchgesetzt, daß Brüssel Subventionszahlungen vorzieht. So werden die etwa 380000 deutschen Landwirte bereits Mitte Oktober statt erst im Dezember 70 Prozent der für sie vorgesehenen 5,6 Milliarden Euro aus Brüssel erhalten. Zudem beschloß die Bundesregierung eine Senkung der Steuer auf Agrardiesel von 40 auf 25,56 Cent pro Liter. Bauernpräsident Gerd Sonnenleitner verkauft dies als seinen Erfolg, doch voraussichtlich hilft letzteres vor allem den landwirtschaftlichen Großbetrieben. Die unter dem Preisverfall von Lebensmitteln, speziell der Milch, leidenden Kleinbetriebe hingegen dürften weiter unter großem Druck stehen. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel betont derweil, daß die Milchbauern auf Brüssel zählen könnten. 2009 habe die EU bereits 77000 Tonnen Butter sowie 161000 Tonnen Magermilchpulver aufgekauft. *Bel*

Russki-Deutsch (19):

Papirossy

Von Wolf Oschlies

Ende 2006 schlugen britische Zöllner in Warschau Alarm: Die Hälfte aller in England illegal verkauften Zigaretten wurde aus Polen eingeschmuggelt. Der polnische Zoll zuckte die Achseln: „Polacy pala polskie papierosy“ – Polen rauchen polnische Zigaretten. Sprachlich ist das falsch, denn „papirossy“ sind immer russisch!

Die Zigarette kam um 1850 in Westeuropa auf, 1862 eröffnete in Dresden die „Cigarettenfabrik Yenidze“, und aus deutschen Landen kam die Zigarette nach Rußland. Sprachlich behielt sie ihren deutschen Charakter, denn vom deutschen „Papier“ leitete sich der Gattungsname „papirosy“ (Plural) ab. Allerdings sahen russische „papirossy“ anders als deutsche Zigaretten aus: Sie hatten eine bis vier Zentimeter lange „gilsna“ (Hülse), um russische Bärte vor Anbrennen zu schützen (wie Spötter behaupten). Der eigentliche Tabakteil war nur zwei Zentimeter lang, und die „papirosa“ im Mundwinkel kennzeichnete den echten Russen.

Nach Meinung von Russen und Touristen sind „Papirossy schlimmer als Asbest“. So übel waren sie nicht, denn das zweifach geknifte „mundschtuk“ kühlte den Rauch und verbesserte den Geschmack. Im heutigen Rußland findet man sie vor allem dort, wo die Armee dominiert, beispielsweise im Königsberger Gebiet. Dort qualmen noch die einst bekannten Sorten „Belomorkanal“ und „Herzegowina Flor“, letztere die Lieblingsmarke Stalins, der seine berühmte Pfeife nur in der Öffentlichkeit rauchte. Der deutsche Schriftsteller Emil Ludwig hat ihn im Dezember 1931 darauf angesprochen: „Sie rauchen eine Zigarette. Wo ist Ihre legendäre Pfeife?“ „Ich habe die Pfeife zu Hause liegengelassen.“

1975 waren die Hamburger Hauni-Werke, weltgrößter Hersteller von Zigarettenmaschinen, mit den Russen ins Geschäft gekommen dank einer elektronisch gesteuerten Anlage, die „pro Minute 3000 Papirossy produziert, zehnmal soviel, wie die jetzt in der russischen Produktion eingesetzten Aggregate“ (wie es damals in den Medien hieß). Moderne Russen rauchen kaum noch „Papirossy“, nennen aber alle Zigaretten so. Wie es die Polen seit je halten, die schon Karten haben, wo man in Berlin „tyton & papierosy“ kaufen kann, Tabak und Zigaretten.

Jähes Erwachen

Machttraum der Linken geplatzt

Laßt Blumen sprechen – als Lothar Bisky, am 23. Mai 2009 um exakt 14.21 Uhr, vor laufender Kamera ein prachtvolles Frühlingsbouquet lieblos unter seinen Platz in der Bundesversammlung stopfte, war bereits offensichtlich, wer der Verlierer des Tages sein sollte: die Linke, obwohl deren Präsidentschaftskandidat als einziger mehr Stimmen holte, als die eigene Partei aufzubieten hatte.

Der Traum der Linken, endlich einmal deutsche Politik auf Bundesebene mitgestalten zu können, war mit Horst Köhlers Sieg im ersten Wahlgang geplatzt. Ihr Kandidat, dessen Namen sich nicht einmal Tatort-Fans noch merken müssen, verschwand in der wohlverdienten politischen Versenkung. Das erhoffte Signal einer rot-rot-grünen Volksfront war ausgeblieben – was freilich auch das bürgerliche Lager um einen Wahlkampfhit ärmer macht und der SPD manch lästige Glaubwürdigkeitsdebatte erspart.

Die am Präsidentenwahltag bei „Brechts“ am Schiffbauerdamm abschließend begossene Ernüchterung ereilte Gysi, Lafontaine und Genossen allerdings nicht unerwartet. Ihr Höhenflug bei Landtagswahlen und Umfragen flacht seit Monaten ab. Im Saarland, wo „Oskar“ am 30. August alte Sympathiewerte in neue Macht umzumünzen trachtet, rückt der zeitweise prognostizierte Landtagswahlerfolg in immer weitere Ferne.

Kaum mehr Aussicht auf Rot-Rot-Grün

Die Partei, die trotz zahlreicher Umbenennungen (SED/PDS, PDS, WASG usw.) ihrer antidemokratischen Ideologie stets treu blieb, hatte vergeblich gehofft, auf der Welle der Finanz- und Wirtschaftskrise ganz nach oben gespült zu werden. Monster-Kapitalismus und Banker-Gier – das sind in der Tat genau die richtigen „linken“ Themen. Falsch hingegen sind, meinen inzwischen auch einige der eigenen Genossen, die Antworten der Linken. So wirft der Duisburger Bundestagsabgeordnete Hüseyin Aydin seiner Partei Populismus vor: Mit sturem Festhalten an radikalen Positionen komme man nicht weiter, sondern verbaue sich lediglich Koalitionsmöglichkeiten. Daß er selber bei und mit der Linken nicht weiterkommt, wußte Kritiker Aydin schon vor dem Debakel vom 23. Mai: Auf der NRW-Liste für die Bundestagswahl wurde er nach hinten durchgereicht. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Stilfehler in Serie

Peinlichkeiten um Köhlers Wiederwahl

Die Wiederwahl Horst Köhlers zum Bundespräsidenten schon im ersten Wahlgang war von einer ungewöhnlichen Serie von Pannen und Stilfehlern begleitet. Mit 613 von 1223 anwesenden Stimmen war das Ergebnis sehr knapp. Zwei Vertreter der Grünen erklärten hinterher, Köhler unterstützt zu haben, um Spekulationen um eine rot-rot-grüne Kooperation im Bund den Boden zu entziehen. Also haben mindestens drei der insgesamt 613 Vertreter von Union, FDP und Freien Wählern Köhler die Unterstützung verweigert.

Zu den vielen Merkwürdigkeiten der Wahl gehört, daß das Ergebnis bereits 16 Minuten vor seiner Bekanntgabe im Internet zu lesen war. Der Grund: Angesichts des knappen Ergebnisses wurden die Stimmen ein zweites Mal ausgezählt. In der Zwischenzeit waren 30 oder 40 Personen informiert und die Meldung sickerte durch. Die Mitglieder der Versammlung konnten das Ergebnis aber auch so schon vor seiner Verkündung erahnen, denn eine Blaskapelle marschierte am überfüllten Plenarsaal auf, Saaldiener brachten Blumensträuße.

Kratzer am Bild der Bundesversammlung

Es blieben nicht alle Peinlichkeiten: Bei der Verkündung des Ergebnisses fragte Bundestagspräsident Norbert Lammert das alte und neue Staatsoberhaupt, ob er die Wahl annehme noch bevor er die Stimmergebnisse der Zweit- und Drittplazierten verlesen hatte. Eine zweite Peinlichkeit war Lammert schon bei Beginn der Versammlung unterlaufen. Um eine Aussprache über Anträge von vier „rechten“ Mitgliedern der Bundesversammlung zur (noch nicht existierenden) Geschäftsordnung der Versammlung zu verhindern, behauptete er, die Anträge auf Aussprache hätten keine Grundlage. Tatsächlich hätte für sie aber laut „Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten“ die Geschäftsordnung des Bundestages gegolten.

Eine weitere Dissonanz verhinderte Köhler (der vor der Wahl im Stau stecken geblieben war) selbst: Er entzog sich dem Versuch von Union und FDP, ihn mit einem „Gruppenbild in Schwarz-Gelb“ vor den bürgerlichen Wahlkampfkarren zu spannen. Mit seinem Vorschlag, der Präsident könnte direkt vom Volk gewählt werden, ging er sogar zusätzlich auf Distanz von der Kanzlerin. *K.B.*

MELDUNGEN

Anti-israelische Stimmungmache

Kairo – Während der ägyptische Präsident Husni Mubarak sich um eine friedliche Lösung im Nahost-Konflikt bemüht, hintertreiben ägyptische Richter seine Bemühungen. Der Anwalt Nabich al-Wachsch hat mit einer Klage durchgesetzt, daß ägyptischen Männern, die Israelinnen heiraten, die Staatsbürgerschaft entzogen werden soll. Al-Wachsch sieht sich auf einem Kreuzzug für Moral und Patriotismus und behauptet, daß solche Ehen die „nationale Sicherheit“ Ägyptens gefährden. Allerdings sind Ägypter allenfalls mit arabischen oder palästinensischen Frauen mit israelischem Paß verheiratet, weswegen Kritiker ihm „Stimmungsmache“ unterstellen. Da Mubaraks Partei im Parlament die Mehrheit hat, wird den Ausbürgerungen auch kaum zustimmen. *Bel*

Er ist alt und braucht das Geld

Zürich – „Lech Walesa ist für alles zu haben“, lästerte die „NZZ“ über die Auftritte des polnischen Solidarnosc-Helden für die Anti-EU-Partei „Libertas“. Deren Gründer, der irische Millionär Declan Ganley, soll Walesa eine Million Euro gezahlt haben. Der nun mit seinen einstigen Feinden paktierende Freiheitsheld begründete sein Engagement mit Geldnöten. Der Ex-Präsident und gefragte Vortragsredner erhält angeblich nur 900 Euro Rente im Monat – aber pro Vortrag etwa 75 000 Euro. *Bel*

Zeitbombe Kosovo tickt

Pristina – Steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und Frustration kennzeichnen den Alltag der Kosovo-Albaner 15 Monate nach der Unabhängigkeitserklärung der Region. Das besagt eine Repräsentativumfrage, die das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) veröffentlichte. Das chronisch arme Kosovo steht vor dem wirtschaftlichen Kollaps: Arbeitsplätze schwinden, die Löhne fallen, Hilfen Verwandter in Westeuropa bleiben aus – Korruption und Bürokratie machen jeden Ansatz zur Besserung zunichte. Das Vertrauen der Kosovaren zu eigenen Institutionen fiel auf Minimalwerte, die Bereitschaft zum Widerstand gegen Behörden stieg dagegen auf 79 Prozent. *W. O.*

Kampf um die Deutung der Geschichte

Warschau und Moskau reagieren allergisch, wenn historische Tabus infrage gestellt werden

Die „Spiegel“-Geschichte über „Hitlers europäische Helfer beim Judenmord“ hat in Warschau allergische Reaktionen ausgelöst. Rußland will unliebsame Deutungen der Sowjet-Geschichte – insbesondere im Baltikum und in der Ukraine – nun sogar mit strafrechtlichen Mitteln unterbinden.

Wieder einmal werden Politik und Medien in der Mitte und im Osten Europas von heftigen geschichtspolitischen Debatten umgetrieben. Aufhänger sind die vom „Fall Demjanjuk“ ausgelösten Diskussionen über die Mitschuld ukrainischer, polnischer, rumänischer und anderer nicht-deutscher Täter am Holocaust.

Die „Spiegel“-Titelgeschichte „Die Komplizen – Hitlers europäische Helfer beim Judenmord“ erregte insbesondere in Polen die Gemüter. Vorwürfe, das Hamburger Magazin relativiere NS-Verbrechen, verbinden sich mit der Furcht, das sorgsam gepflegte nationale Selbstbild eines reinen Opfervolkes könnte Kratzer erhalten. Ex-Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski mutmaßte: „Die Deutschen versuchen, die Schuld für ein gigantisches Verbrechen abzuschütteln“, der Publizist Piotr Semka schrieb: „Der Artikel bestätigt die schlimmsten Befürchtungen über den Wandel, der sich im deutschen Denken über den Zweiten Weltkrieg abzeichnet“, und Andrzej Kaniewski ereiferte sich im Boulevardblatt „Fakt“: „Solche Texte gehören in die Mülltonne und nicht in eine Zeitschrift, die auf der ganzen Welt zitiert und von Millionen Deutschen gelesen wird! ... Diese historischen Analphabeten waschen in der neuesten Ausgabe die Deutschen rein und versuchen, den Polen eine Mitverantwortung für die Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg einzureden.“

Doch nicht nur Polen wettern gegen Deutsche und Rumänen geraten angesichts des früheren landeseigenen Massenphänomens Antisemitismus in Selbstzweifel. Rußland schickt sich gerade an, auf veränderte Deutungen der Zeitgeschichte mit massiven staatlichen Strafmaßnahmen zu antworten. Die alljährliche Siegesparade am 9. Mai war kaum vorbei und die zahlreichen Spielfilme und Fernsehserien aus diesem Anlaß noch in frischer Erinnerung, da erklärte Präsident Medwedew die Angelegenheit zur Chefsache. Per Dekret ordnete er die Bildung einer 28köpfigen Sonderkommission unter Leitung des Chefs der Präsidentenadministration Sergej Naryschkin an. Diese nahm am 19. Mai ihre Tätigkeit auf und soll die „historische Wahrheit“ unter anderem über den Zweiten Weltkrieg gegen „Fälschungen“ verteidigen. Sie setzt sich aus Vertretern des Nationalen Sicherheitsrates, des Außen-, Justiz- und Kulturministeriums, des Ministeriums für Regionale Entwicklung, der Duma, des Staatsarchivs, aber auch des Inlandsgeheimdienst FSB und der Auslandsaufklärung SWR zusammen. Offiziell heißt das Gremium „Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation für Gegenmaßnahmen gegen Versuche der Verfälschung der Geschichte zum Schaden der Interessen Rußlands“.

Schon die Zusammensetzung zeigt, daß es in erster Linie nicht um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung geht, sondern um wirkliche oder vermeintliche nationale Interessen. Selbstgestellte Aufgabe ist es, die Arbeit der verschiedenen staatlichen Stellen zum „Schutz der historischen Wahrheit“ abzustimmen, eine Strategie auszuarbeiten und gezielte Maßnahmen vorzuschlagen.

> Polen zittert davor, daß Deutschland die Ursachen und Folgen des Weltkrieges differenzierter sehen könnte

Im Fokus stehen vor allem laufende Geschichtsdiskussionen in den baltischen Staaten und in der Ukraine. Dabei geht es beispielsweise um die strittige Bewertung der estnischen, lettischen und ukrainischen Waffen-SS-Divisionen. Während Rußland diese Soldaten kollektiv als faschistische Verbrecher hinstellt und jede Rehabilitierung barsch ablehnt, setzt sich in Ostmitteleuropa eine differenziertere Wahrnehmung durch. In Lettland nehmen SS-Veteranen schon seit Jahren an offiziellen Gedenkveranstaltungen zum Kriegsende und zum Unabhängigkeitstag teil. Die russische Diplomatie reagierte darauf stets mit harschen Protestnoten.

Beim Blick auf die Ukraine stört sich Rußland seit Jahren an der Debatte um den sogenannten „Holodomor“. Dieser Begriff leitet sich von holod = Hunger und mor = Seuche ab und bezeichnet den millionenfachen Hungertod, der dem Höhepunkt der stalinistischen Zwangskollektivierungen in den Jahren 1932/33 folgte und in der Ukraine einen von Moskau gewollten genozidartigen Charakter hatte. Außerdem lud Präsident Viktor Juschtschenko zum Ärger des Kreml kürzlich neben Veteranen der Roten Armee auch Angehörige der einstigen antisowjetischen „Ukrainischen Aufstandsarmee“ (UPA) zu offiziellen Feiern aus Anlaß des Kriegsendes ein. Deren von Stepan Bandera geführter verzweifelter Unabhängigkeitskampf richtete sich nicht nur gegen die Wehrmacht, sondern mehr noch gegen die sowjetrussischen Okkupanten, die den letzten Widerstand in der Westukraine erst Mitte der fünfziger Jahre brechen konnten. In der Stadt Stanislau (ukrainisch Iwano-Frankiwsk) wird derzeit an einem monumentalen Denkmal für Bandera gearbeitet, in dem dieser auch seine endgültige Ruhestätte finden soll.

Verständlichen Unmut hat in Rußland verursacht, daß im Vorfeld der Feiern zum 64. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg an vielen Orten in Polen, Estland und anderen einst von der UdSSR beherrschten Gebieten Kränze an sowjetischen Ehrenmälern verbrannt oder Gedenktafeln beschmiert wurden. Als im April in Lemberg obendrein anonyme Plakate mit der Aufschrift: „Die ukrainische Galizien-Division. Sie haben die Ukraine verteidigt“ (gemeint ist die SS-Freiwilligen-Division „Galizien“) auftauchten, veranstalteten russische Presseorgane ein Riesentheater.

Die in Reval (Tallinn), Riga und Wilna als grausame Höhepunkte sowjetrussischer Fremdherrschaft wahrgenommenen Massendeportationen nach der Besetzung des Baltikums durch Stalin 1940 werden vom offiziellen Moskau nach wie vor als „notwendige Präventivmaßnahmen gegen Hitlers Angriffspläne“ gedeutet. Solche oder andere unliebsame geschichtspolitische Auffassungen etwa zu der beispielsweise von dem russischen Wissenschaftlicher Viktor Suworow vertretenen Präventivkriegstheorie zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 könnten schon bald mit harten Strafen bedacht werden. Die Duma diskutiert derzeit einen Gesetzentwurf über „Gegenmaßnahmen gegen Versuche auf dem Territorium ehemaliger Sowjetrepubliken, den Nazismus, nazistische Verbrecher und ihre Helfer zu rehabilitieren“. Dieser sieht Geldoder Haftstrafen von drei bis fünf Jahren für „falsche Geschichtsinterpretation“ vor, egal ob sie von russischen oder ausländischen Personen stammen.

Wie zu kommunistischer Zeit sollen Andersdenkende also mit dem Staatsanwalt eingeschüchtert werden, sei es aus Mangel an Argumenten oder aus fehlender Sensibilität gegenüber undemokratischen Herrschaftsmethoden. So oder so muß man hoffen, daß sich Präsident Medwedew und Regierungschef Putin besinnen und ihr Land in puncto Geschichtspolitik auf einen freiheitlicheren Kurs zurückführen.

Martin Schmidt



Zurück in die alten Zeiten? Ein russischer Gesetzentwurf sieht harte Strafen für „falsche Geschichtsinterpretationen“, etwa über die Massaker von Katyn, vor. Das Bild zeigt Michael Gorbatschow (r.) 1982 mit sowjetischen Führern. Bild: Ullstein

Große Namen in der Krise

Opel-Rettung nicht um jeden Preis – Zukunftsaussichten zwingen Autoindustrie zu Anpassungen

Um Überkapazitäten zu vermeiden, müssen Auto-Hersteller auf die demographische Entwicklung und Veränderungen im Statusdenken reagieren.

Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg fürchtet offensichtlich, ihm könnten die ordnungspolitischen Felle wegschwimmen. Für Wahlkampfzeiten überraschend schnell und eindeutig wies der CSU-Politiker den Ruf des notleidenden Arcandor-Konzerns nach staatlicher Unterstützung zurück. Der Hilferuf von Arcandor bestätigte die Befürchtung, daß die Beihilfen für die Auto-Industrie nur den Beginn einer Welle von Rufen nach politischen Eingriffen in die Wirtschaft markieren könnten.

Vor diesem Hintergrund wird in Berlin auch die Zurückweisung aller drei Angebote für Opel gesehen. Weder Fiat noch Magna oder der Finanzinvestor Ripplewood vermochten die Bundesregierung zu überzeugen, denn aus Sicht Berlins haben alle eines gemeinsam: Ihre Konzepte bauen auf milliardenschweren Staatsbürgschaften, die ein enormes Risiko für die Steuerzahler mit sich brächten.

Angesichts der globalen Lage auf dem Automarkt prophezeien Skeptiker sogar den sicheren Verlust der Staatsgarantien. Sie argumentieren mit düsteren Zahlen: Danach haben alle Autobauer der Welt derzeit eine Produktionskapazität von 90 Millionen Wagen pro Jahr. 2009 aber würden voraussichtlich nur halb soviele Autos verkauft – ein fatales Überangebot.

Und alles deutet darauf hin, daß auch bei deutlich verbesserter Wirtschaftslage die Nachfrage nicht mehr annähernd an die Produktionskapazitäten herankommen wird, daß die Überkapazitäten also gewaltig bleiben werden. Dafür spricht schon ein Blick in die jüngste Vergangenheit: Selbst in den Zeiten bester Konsumlaune vor drei oder vier Jahren mußten sich die US-Hersteller mit ruinösen Rabatt-Angeboten unterbieten, um ihre Fahrzeuge loszuwerden. Auch das ist ein Grund dafür, daß Chrysler und GM schon am Beginn der derzeitigen Krise praktisch bankrott waren – normalerweise treten die Schwierigkeiten erst auf, wenn die Konjunktur schon eine ganze Weile schlecht läuft. Heute gibt es in den USA, dem mit Abstand größten Automarkt der Welt, mehr Automobile als Führerscheine.

Die existenziellen Probleme, denen sich die Autobauer in Europa, den USA oder Japan in der weiteren Zukunft gegenübersehen, rühren indes nicht allein aus den Überkapazitäten. Hinzu kommen psychologische und demographische Veränderungen in der Gesellschaft. Psychologisch gesehen hat das Auto nach Meinung von Trendforschern in weiten Teilen der wohlhabenden Industriegesellschaften seinen Rang als Prestigeobjekt eingebüßt. Keines zu besitzen, gilt nicht mehr als Ausweis für mangelnde finanzielle Möglichkeiten. Praktische oder gar ökologische Begründungen für Autolosigkeit werden heute geachtet, Autobesitz andererseits verschafft kaum noch Ansehensgewinn. Dazu kommen vor allem in Deutschland demographische Entwicklungen: Es gibt weniger Fahranfänger wegen der schwächeren Jahrgänge. Hinzu kommt, daß es die Menschen im Unterschied zu den Jahrzehnten bis in die 1980er Jahre wieder in die Stadtzentren zieht statt an den grünen Rand. In den Kernen der Ballungsräume ist die Verkehrsdichte hoch, das Parkplatzangebot begrenzt und das öffentliche Verkehrsnetz gut ausgebaut, alles Argumente gegen einen Autokauf aus rein praktischen Gründen.

> In den USA gibt es mehr Autos als Führerscheine

Schlußendlich steht nach den Japanern und Koreanern der nächste Angriff asiatischer Anbieter bevor, diesmal aus China und Indien. Marktbeobachter werten die ersten, wenig beeindruckenden Gehversuche der beiden auf dem europäischen Markt als wenig aussagekräftig. Sie würden es wieder und wieder versuchen, mit Billigstprodukten die westliche Konkurrenz zu bedrängen.

Hier indes könnte sich für deutsche Hersteller eine Eigenschaft als günstig herausstellen, der derzeit als ihr größtes Manko gehandelt wird: Ihre Fixierung auf den sogenannten Premiummarkt der Ober- und Mittelklassewagen.

Mag dies ökologisch ein Nachteil sein und gerade in Zeiten schwächelnder Konjunktur zu harten Einschnitten führen. Auf den rasant wachsenden Märkten der aufstrebenden Schwellenländer, China und Indien voran, spielt das Auto als Prestigeobjekt noch eine wichtige Rolle. Der zu Wohlstand gekommene Inder oder Chinese aber dürfte die deutsche Limousine von der traditionsreichen Marke mit dem klangvollen Namen noch auf lange Sicht dem einheimischen Produkt (oder gar: Plagiat) vorziehen. Anders bei Kleinwagen: Hier zählen praktische Erwägungen weit mehr, weshalb europäische Anbieter solcher Autos die asiatische Billigwelle mit voller Wucht zu spüren bekommen werden.

Aber zu schmerzhaften Anpassungen wird es auch in Deutschland kommen, ein teuer subventionierter Aufschub der Entwicklung hinterläßt statt Lösungen nur Schulden. Wie sehr trifft dies den deutschen Arbeitsmarkt? Der Verband der Automobilindustrie (VDA) spricht gern von „jedem siebten Arbeitsplatz“, der in Deutschland „am Automobil“ hänge. Verstanden wird das meist so, als sei jeder siebte Arbeitsplatz davon abhängig, daß in Deutschland Autos produziert werden.

Doch so verstanden ist die Zahl schlicht falsch, denn hier werden auch Händler, Straßenbauer und alle anderen mitgezählt, deren Anstellung irgendwie mit Autos zu tun hat. Die aber verlören ihren Job natürlich nicht automatisch, selbst wenn hierzulande kein einziger Wagen mehr vom Band rollte. Wirklich mit der Autobranche verzahnt ist „nur“ jede 21. Stelle in Deutschland, wie die Zeitschrift „Capital“ errechnet hat. Das wären trotzdem noch 1,76 Millionen Beschäftigte. *Hans Heckel*



Kleine Sensation: Die ganze Nachbarschaft bewundert die neuen Kleinwagen Tata Nano aus indischer Eigenproduktion. Bild: laif

MELDUNGEN

Stellen werden privat vermittelt

Nürnberg – Fast ein Drittel aller Neueinstellungen kamen 2008 über persönliche Kontakte zustande, ein Viertel über Zeitungsinserate des Arbeitsgebers und ein Sechstel über die Arbeitsagentur, inklusive BA im Internet. Ein Zehntel kam über andere Internet-Jobbörsen zustande. Ebenso viele Einstellungen gingen auf eigenständige Bewerbungen zurück. Dies ergab eine Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. *H.H.*

VDA: Ökosteuer senken!

Frankfurt am Main – Der Verband der Automobilbauer (VDA) fordert von der Bundesregierung eine Senkung der 1999 von Rot-Grün eingeführten Ökosteuer. Außerdem sollten Vorschriften und Regularien abgebaut werden. Die Steuer sollte die Lohnnebenkosten senken. Doch, „Arbeit ist nicht billiger geworden“ dadurch, so der VDA in Frankfurt am Main. *H.H.*

USA fürchten »dritte Welle«

Washington – Die Hiobsbotschaften vom US-Immobilienmarkt enden nicht. Demnächst drohe sogar eine „dritte Welle“ von Pleiten, Zwangsversteigerungen und Preisverfall: Nach den spekulativen Hauskäufen vor drei Jahren, den „Ramschhypotheken“ für kaum Zahlungsfähige 2008 kommen jetzt die eigentlich soliden Häuslebauer dran. Sie verlieren massenhaft ihre Abreit und sind plötzlich zahlungsunfähig. Die Arbeitslosenquote könnte US-Experten zufolge von derzeit 8,9 auf über zehn Prozent Ende 2010 steigen. Schon jetzt sehen US-Hypotheken-Banken zusätzliche wankende Hauskredite in der Gesamthöhe von 100 Milliarden Dollar auf sich zukommen. *H.H.*

Diamanten verlieren Glanz und Schliff

Wirtschaftskrise stoppt Förderung, Produktion und Verkauf – Minenstädte werden zu Geisterstädten

Galten Diamanten in den 80er Jahren weltweit noch als eine der wertbeständigsten Geldanlagen, so lehrt die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise das Gegenteil. Während etwa Gold angesichts des Finanzdebakels mit Wertpapieren in der Gunst der Anleger immer höhere Wertzuwächse erzielte, sackten die Preise für Rohdiamanten bis Mai um 30 bis 60 Prozent ab. Kurzarbeit, Stellenabbau, Entlassungen, Minenschließungen in aller Welt sind die Folge eines zusätzlich stagnierenden Absatzes in den Förderländern von Indonesien und Rußland über Afrika bis Kanada.

Bei den 1800 Juwelieren in der Welthandelszentrale für die glitzernden Steine im belgischen Antwerpen grassiert die Angst vor einem hochkarätigen Bankrott. Vor allem bei Industrie-Diamanten brachen die Exporte Belgiens bereits Ende 2008 um 35 Prozent ein. Die Ausfuhr in die USA sank schon im September um 13 Prozent, die Lage im ebenfalls wichtigen Italiengeschäft ist nicht viel besser, verkündete Phillip Claes, Leiter der Welt-Diamanten-Börse.

Immerhin wurden in Antwerpen in den vorher gegangenen Glanzzeiten rund 16,2 Milliarden Euro pro Jahr umgesetzt und zusammen mit Vermögensberatern auf einen weiterhin stürmisch wachsenden Markt hingearbeitet. Der gegenwärtige Preisverfall dürfte diese Anlageform in der Zukunft allerdings schwächen.

Die bekanntesten Schürfer De Beers (Südafrika) und Alrosa (Rußland) fuhren wegen des dramatischen Preisverfalls für Diamanten inzwischen ihre Produktion drastisch zurück.

De Beers fördert in Botswana, Südafrika und Namibia. Mehrere Gruben des Branchengiganten wurden geschlossen, eine neue Mine im Kongo gestoppt, die Förderung in Kanada gedrosselt. De Beers, einst führend in der Branche, mußte ohnehin in den letzten Jahren einen Rückgang seines weltweiten Marktanteils durch neue Wettbewerber außerhalb Afrikas von 80 auf 40 Prozent verkraften. Die ersten Verkaufsveranstaltungen, die sogenannten „Sights“, zu Beginn des Jahres brachten dem zu 45 Prozent zum britisch-südafrikanischen Konzern Anglo American gehörenden Unternehmen (weitere 40 Prozent im Besitz der südafrikanischen Familie Oppenheim) lediglich 220 Millionen US-Dollar gegenüber 1,3 Milliarden im Vorjahr ein. Wurden 2008 noch für sechs Milliarden Glitzersteine abgesetzt, so erwarten Analysten für 2009 nur noch einen Umsatz von 3,5 Milliarden – ein mächtiger Aderlaß für den wegen seines Kanada-Engagements mit 3,6 Milliarden Dollar hoch verschuldeten Konzern.

> Statt 1,3 Millarden nur 220 Millionen Dollar eingenommen

Die Aussichten der glitzernden Branche für 2010 beurteilen Marktexperten nicht besser. Der israelische Diamantenveteran Chaim Even-Zohar sieht eine Erholung erst mit dem Weihnachtsgeschäft 2010 kommen. Lediglich geschliffene Steine finden noch – wenn auch schleppend und mit Preisverfall – Absatz, denn auch die Frauenwelt der High-Society spart. In Hollywood etwa purzeln die Gagen selbst der großen Filmstars. Die rückläufigen Bonuszahlungen in der Finanzindustrie werden ebenfalls für den Einbruch bei den edlen Steinen verantwortlich gemacht. Besonders deutlich spürte das die amerikanische Kette Tiffany: Sie erlitt im letzten Weihnachtsgeschäft einen Einbruch um 35 Prozent. Der Chefökonom der Rapaport-Gruppe, Yariv Segev, spricht sogar von „katastrophalen Verkaufszahlen“.

Chaim Even-Zohar sieht in dem weltweiten Vertrauensschwund in Bankeinlagen allerdings einen Hoffnungsschimmer für den Edelsteinabsatz, obwohl Experten vor der Problematik dieser Anlage warnen: Diamanten sind zwar leicht zu erwerben, aber nur schwer zu verkaufen, meinen sie.

Die größten Vorkommen des edlen Steins befinden sich in Rußland, Afrika, in Australien und Kanada. Die Weltproduktion an Naturdiamanten (etwa durch de Beers oder Rio Tinto) liegt normalerweise bei 20 Tonnen pro Jahr. Dazu kommen synthetisch erzeugte Diamanten für den Industriebedarf, der bereits in den Zeiten guter Konjunktur 80 Prozent des Marktes abdeckten. Künstliche Steine wurden erstmals 1953 durch den schwedischen Physiker Erik Lundblad erzeugt.

Nur ein Viertel aller Natursteine ist qualitativ als Schmuckstein geeignet. Der Rest geht als „Bort“ an die Industrie, etwa zur Herstellung von Schneidwerkzeugen und Schleifmitteln.

Bei kleinen Steinen bis 1,2 Karat hält die Nachfrage noch an, bei Drei- bis Fünfkarätern, so berichtet Juwelier Horst Knop in Namibia, hingegen herrscht totale Flaute. Knop: „Trotz bis zu 60 Prozent Rabatt seitens des Großhandels, niemand will sie haben.“

Gerade Namibia, das zwei Millionen Karat je Jahr zu Lande und mit Spezialschiffen zur See fördert und damit elf Prozent zum Bruttosozialprodukt beiträgt, sieht sein Rückgrat in ernsthaften Schwierigkeiten, die Diamantenverkäufe tendieren gegen Null. Das trifft natürlich auch die verarbeitende Industrie. In 35 Jahren Berufsdasein hat beispielsweise Mark Nevesteen, Manager der Diamantschleiferei Hardstone Processing, „so etwas“ noch nie erlebt. Der namibische Konzern Namdeb hat 1500 von 3100 Arbeitern entlassen, doch nur noch 320 arbeiten regulär. „Wir sitzen auf großen Vorräten, da macht eine weitere Förderung keinen Sinn.“

Die weltweiten Lagerbestände werden auf gut 50 Milliarden Dollar geschätzt. Und die muß der angeschlagene Markt erst einmal wieder aufnehmen, bevor die Förderbänder erneut anlaufen können. Minenstädte wie Oranjemund in Namibia, so weiß die Ladenkette Spar, sinken deswegen bereits auf das Niveau von Geisterstädten ab, Restaurants schließen, Häuser stehen leer. An den Börsen sinken die Kurse für Diamant-Minenaktien stärker als die anderer Rohstoffkonzerne.

„Diamanten sind für die Ewigkeit“, tönt eine alte James-Bond-Titelmelodie von Shirley Bassey. Das kann gegenwärtig nur jene Händler und Konzerne trösten, die das derzeitige Desaster überstehen und sich dann den Markt der Zukunft teilen.

Joachim Feyerabend

Jesus Superstar

Von Silke Osmann

Die Reisetaschen und Rucksäcke sind längst ausgepackt, der Alltag hat die Besucher des Kirchentages wieder eingeholt. Was mag geblieben sein, was nachhaltig wirken? Urteilt man nach den Medienberichten, dann war es für die jugendlichen Besucher – etwa 40 Prozent waren jünger als 18 Jahre – in erster Linie ein „Riesenevent", ein Ereignis der Superlative. Eine Tageszeitung sprach gar vom „Woodstock an der Weser". Der (kleine) Unterschied: Jesus Superstar statt Jimi Hendrix.

Das Erlebnis der Masse zieht junge Menschen zu Hunderttausenden zu christlichen Großereignissen wie dem Evangelischen Kirchentag oder dem katholischen Weltjugendtag. Der Papst wird bejubelt wie ein Popstar. Zu christlichen Liedern, vorgetragen von Rockbands, wird getanzt.

Klar, Gespräche über den Glauben, über Gott und die Welt werden auch geführt. Ob die Jugendlichen allerdings Antworten auf ihre Fragen gefunden haben, bleibt dahingestellt. Was ist geblieben vom Kirchentag? Wieviel Kirche ist geblieben, wieviel Glaube? „Ganz ehrlich", so ein Teilnehmer aus der Schweiz, „der Glaube steht hier für mich nicht so im Vordergrund." Beat statt Beten, Spaß statt Bibel. Doch es gibt noch Hoffnung: „Das Beste ist die Gemeinschaft, die man überall spürt", meinte eine junge Frau. Und das ist gut so. Kirche lebt schließlich von der Gemeinschaft.

Wenig zu feiern

Von Konrad Badenheuer

Was gab es eigentlich groß zu feiern am 23. Mai? Das Grundgesetz ist eine erfolgreiche und gelungene Verfassung, ein Staatsakt an einem runden Jahrestag ist angemessen – einverstanden. Aber wozu das große Volksfest und der Millionenaufwand in Berlin? Das Land steckt tief in der Krise. Selbst wenn der gegenwärtige Einbruch der Wirtschaft bald seinen Boden finden sollte – was bisher ein frommer Wunsch ist – wird die Lage nicht wieder so sein wie im Sommer 2008. Der deutsche Staat hat in kürzester Zeit gigantische Schulden aufgenommen, um den Zusammenbruch abzuwenden. Niemand weiß, wie diese Bürde mittelfristig geschultert und langfristig wieder abgetragen werden kann, im Gegenteil: Die Krisenbekämpfer haben etliche Lasten nur in die Zukunft verlagert, etwa bei der Bankensanierung.

Aber braucht man nicht gerade in Zeiten wie diesen Momente der Ermutigung und Vergewisserung, wie sie ein Fest zum Verfassungsjubiläum bieten kann? Diese Frage wäre zu bejahen, wenn etliche der Fehler, die zur aktuellen Misere beigetragen haben, nicht selbst mit dem Grundgesetz zu tun hätten: Die bestehende Schuldengrenze – über Jahrzehnte mißachtet. Das Lebensrecht der Ungeborenen – millionenfach gebrochen. Der besondere Schutz der Ehe – durch die „Lebenspartnerschaft" abgewertet. Die Verfassung als Ganze – durch Belanglosigkeiten wie die Beförderung der Tiere zu „Mitgeschöpfen" und allerlei „Kleingedrucktes" herabgewürdigt. Es gab wirklich nicht viel zu feiern am 23. Mai.

Friedliche Revolution

Von Wilfried Böhm

Fast 20 Jahre sind vergangen, seit die Friedliche Revolution von 1989 die kommunistische Zwangsherrschaft in der damaligen DDR durch einen Aufstand des Volkes hinweg fegte. Aus dem „Wir sind das Volk" der ersten Proteste war schnell das „Deutschland einig Vaterland" und damit die Forderung nach der staatlichen Einheit geworden. Was 1953 am 17. Juni aufgrund der realen Machtverhältnisse noch scheitern mußte, aber als leuchtendes Freiheitsfanal seinen geschichtlichen Platz gefunden hat, konnte 1989 gelingen: eine deutsche Freiheitsrevolution, die geschichtlich den Rang der amerikanischen (1776), der französischen (1789) und der russischen Februarrevolution (1917) hat. Im Zusammenhang mit einer dieser Revolutionen würde allerdings niemand – und das zu recht – von „Wende" sprechen.

Doch im Alltag der Bürger, in den Medien und auch in der Sprache fast aller Politiker ist die Friedliche Revolution des Jahres 1989 sprachlich längst zur „Wende" verkommen, für die einen bewußt und mit der Absicht der Geschichtsklitterung, für die anderen aus purem gedankenlosen Dahergerede. Weiß doch kaum jemand, daß der Begriff „Wende" im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 1989 ausgerechnet von Egon Krenz stammt.

Das unpassende Wort »Wende« stammt von Egon Krenz

Dieser politische Ziehsohn und Nachfolger Erich Honeckers als Generalsekretär der kommunistischen SED erklärte damals eindeutig: „Wende bedeutet jedoch aber keinen Umbruch."

Krenz meinte im Politbüro der SED mit dem Begriff „Wende" nichts anderes als die Beibehaltung der parteipolitischen Linientreue und des Führungsanspruchs unter veränderten Bedingungen, wie sie in den kommunistischen Parteien in ihrer Geschichte immer wieder von den jeweiligen ihren Führungen eingefordert und durchgesetzt wurde.

Bevor Krenz das Wort „Wende" aus der kommunistischen Politsprache in die Diskussionen des Jahres 1989 einführte, war dieser Begriff in der deutschen Politik nur einmal aufgetaucht: 1982 in der damaligen Bundesrepublik, als Helmut Kohl 1982 die FDP für sich gewann, die bisher mit der SPD regiert hatte und deren Bundeskanzler Helmut Schmidt nun durch Kohl abgelöst wurde. Hans Dietrich Genscher (FDP) konnte auf diese Weise sein Wirken an der Spitze des Auswärtigen Amtes fortsetzen, während der Zuchtmeister der SPD Herbert Wehner für die FDP die Bezeichnung „Pendlerpartei" prägte. Dieses Manöver, also ein politisches Taktieren in einer parlamentarischen Demokratie, wurde damals mit dem Begriff „Wende" belegt.

Das bedeutete wahrlich etwas ganz anderes als das, was Krenz 1989 in seiner Politsprache meinte, als er „Wende" ausdrücklich vom „Umbruch" unterschied, den es nach seiner Meinung zu meiden galt.

Für die Friedliche Revolution des Jahres 1989 den Begriff „Wende" zu gebrauchen, ist demnach in jeder Hinsicht unhistorisch.



Egon Krenz (r.) mit seinem politischen Ziehvater Erich Honecker: „Wende bedeutet jedoch aber keinen Umbruch", versuchte er die friedliche Revolution von 1989 sprachlich und inhaltlich holprig im Sinne der SED umzudeuten. Im Falle von Krenz gab es übrigens ein Stück Gerechtigkeit: Wegen der Schüsse an der Mauer und Wahlfälschung saß er fast vier Jahre im Gefängnis.

Bild: imago

Moment mal!



Niemand skandierte Ga-Ga-Gandhi

Von Klaus Rainer Röhl

Die Enttarnung des Todesschützen Kurras, der im Rahmen eines Polizeieinsatzes den Studenten Benno Ohnesorg erschoß, als langjähriger Mitarbeiter der Ost-Berliner Stasi wühlt zur Zeit die Gemüter auf und bewegt die Phantasie der Zeitungsschreiber, sich auszumalen, wie alles verlaufen wäre, wenn die rebellierenden Studenten gewußt hätten, daß der Todesschütze ein inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatsicherheit (MfS) war, dazu Mitglied der SED, die man ohnehin verachtete und bekämpfte? Wäre alles anders gekommen? Wurde die Gewalt bei der Studentenbewegung von 1967/68, die schließlich in der Gründung der Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF) gipfelte, durch einen Agent Provocateur erzeugt, im Auftrag der DDR? Das ist sehr zweifelhaft.

Über die Gewalt der außerparlamentarischen Bewegung wird heute gern die Legende verbreitet, die Bewegung sei von allem Anfang an im Geiste Gandhis und Martin Luther Kings strikt friedlich gewesen und habe mit gewaltlosen Scherzaktionen und dadaistischen Ulkveranstaltungen nur die „versteinerten Verhältnisse zum Tanzen", also die Menschen zum Nachdenken über die Änderung des Systems bringen wollen. Dann aber habe die Polizei durch gewaltsame Einsätze, die in der Erschießung von Benno Ohnesorg gipfelten, die Welle der Gewalt erst ausgelöst. („Wir schießen zurück!", schrieb damals die Berliner Anarchistenpostille „Agit 883".) Dann sei es noch einmal für eine lange Zeit friedlich weitergegangen, bis ein halb geistesgestörter Bachmann Rudi Dutschke durch Pistolenschüsse lebensgefährlich verletzt habe. So sei alle Gewalt gewissermaßen als „Gegengewalt" zu verstehen, wie ein damals modischer Ausdruck lautete und ein Leitartikel Ulrike Meinhofs in „konkret" hieß.

Die Gewalt brauchte nur einen Vorwand

Diese Legende trifft für einen großen Teil der Mitläufer zu – und so (als deren Wunschprojektion) ist ihre große Verbreitung verständlich –, nicht jedoch für die geistigen Führer der Bewegung. Auch nicht für den Moses der 68er, Rudi Dutschke, der später umsteuerte und zum Langen Marsch aufrief. Im Gegenteil. Es ist kein Geheimnis, daß die Wortführer der 68er, auch wenn sie den „gewaltfreien Widerstand" predigten, von Anfang an mit den militanten Guerillabewegungen in der Dritten Welt sympathisierten, die ihren Erfolg und ihre Anhängerschaft ausschließlich brutal eingesetzter Gewalt verdankten. Ja, sie erlebten die Kriegshelden wie etwa Che Guevara und Ho Tschi Minh als romantische Identifikationsfiguren, deren Namen als Schlachtrufe bei Demonstrationen skandiert wurden. Niemand skandierte Ga-Ga-Gandhi.

Die 68er Bewegung war zu keinem Zeitpunkt nur Gandhi und Luther King verpflichtet, sondern theoretisierte von Anfang an über Gewalt, das Durchbrechen des seit dem Spätmittelalter geltenden Gewaltmonopols des Staates. Das war kein Streitpunkt. Lediglich über den Zeitpunkt und den Ort des Einsatzes der Gewalt wurde heftig gestritten. Nur in der Dritten Welt? Auch in den westlichen Großstädten? Das war in das Belieben der einzelnen Gruppe gestellt. Die Diskussion wurde auch in meiner Zeitung „konkret" geführt. Bis es zu einem Eklat kam, als mir der Artikel „Die Ärzte von Hue" untergeschoben wurde, in dem die Ermordung deutscher Mediziner durch den Vietcong noch gerechtfertigt wurde: „Die deutschen Ärzte haben versucht, subjektiv ehrlich und wohlgemeint (!) zu demonstrieren, wie Medizin in ihrem Heimatland betrieben wird und glänzend funktioniert ... Die Revolutionäre wissen, daß ärztliche Tätigkeit ohne ein ausgeprägtes gesellschaftliches und politisches Bewußtsein mörderisch ist. Traditionelle medizinische Hilfseinrichtungen in großen Städten sind nichts als ein Alibi für die täglichen Verbrechen des Völkermords. Die geschändeten Bauern, wenn sie als Soldaten der Befreiungsarmee die großen Städte einnehmen, durchschauen nicht die feinen Rationalisierungsargumente der Ärzte hinter den feindlichen Linien. Sie kennen nur die Wut darüber, daß sich die Ärzte nicht den eigentlichen Problemen der Bevölkerung stellen ..." Deshalb also wurden die Ärzte „hingerichtet". Aus Wut. Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Klaus Rainer Röhl! Diesen hanebüchenen, lebensgefährlichen und antihumanen Unsinn abgedruckt zu haben bleibt meine Schuld.

Ein zweiter Aufsatz, „Gewalt in den Metropolen", beschäftigte sich mit den ersten Opfern, die auf Demonstrationen durch Steinwürfe ums Leben gekommen waren. Er liest sich, im Juni 1968, wie eine theoretische Vorbereitung der Baader-Meinhof-Gruppe: Ein Aufruf zum bewaffneten Kampf: „In prinzipieller Hinsicht endet die Frage nach der Gewalt in der Frage, ob wir entschlossen sind, unsere Ziele zu erreichen. Wir wollen endgültig verhindern, daß die Menschen hier an Geist und Körper zu Krüppeln geschlagen werden, die nur noch arbeiten, kaufen und hassen können. Wir werden damit nicht warten, bis noch eine Generation und noch eine Generation kaputtgemacht wird, sondern wir wehren uns jetzt. Den Sozialismus werden wir nur bekommen, wenn wir unsere Feinde wissen lassen, daß *wir alle Mittel* (Hervorhebung vom Verf.) anwenden werden, die nötig sind, ihn zu bekommen ...".

Schönheit der Utopie wurde zur in über Leichen gehende Ungeduld

Ich habe diese ersten überraschend offenen Gewaltdiskussionen, die eigentlich nichts anderes waren als Aufrufe zur Gewalt, nicht ernst genug genommen. Wußte noch nicht, daß Worte direkt in 9mm-Geschosse übergehen könnten, die Schönheit der Utopie in die über Leichen gehende Ungeduld. Ich habe alles veröffentlicht, bis mir selber die Scheiben eingeschlagen, die Haustür eingetreten, die Telefonleitungen durchschnitten, meine Kinder entführt und die Mutter meiner Kinder – mitgegangen – mitgefangen wurde.

Wir waren noch ahnungslos. Niemand hat damals protestiert, keiner unserer Mitarbeiter sprang nach der Lektüre des Aufsatzes über die „Ärzte von Hue" ab, alle liberalen Zeitungen äußerten Verständnis, die großen liberalen Verlage boten Höchstpreise für Cohn-Bendit und andere Gewaltapostel. Noch machte man einen Unterschied zwischen der Gewalt gegen Sachen und der gegen Personen. Doch wenige Monate später bewies Andreas Baader durch seine mit der Pfarrerstochter Gudrun Ensslin ausgeführte Kaufhausbrandstiftung, daß die Grenzen fließender wurden. Befragt, ob sie das Warenhaus auch angezündet hätten, wenn darin das Hausmeisterehepaar anwesend gewesen wäre, antwortete Ensslin: „Ja!"

Diese Äußerung wurde nie veröffentlicht. Die Interviewerin war Ulrike Meinhof, die kurze Zeit darauf die Kaufhausbrandstiftung in einem Leitartikel zu rechtfertigen suchte. Von da bis zur Gründung der RAF war es nur noch ein Schritt. So wie der wirklichen Brandstiftung die scheinbar spielerischen Verse der Kommune vorangegangen waren, gingen Worte oft den Handlungen voraus. („Burn, warehouse, burn", schrieben diese 1967 in einem Flugblatt. Staatsanwälte und Journalisten, die dies als Aufforderung zur lebensgefährlichen Brandstiftung sahen, wurden von einem bekannten liberalen Publizisten verspottet, weil sie die literarische Ironie nicht verstanden hätten.)

Die Gewalt brauchte einen Vorwand. Ein Mitarbeiter der Stasi oder ein schießwütiger Waffennarr lieferte den Vorwand. Die Gewaltfrage war Bestandteil der Bewegung. Die RAF war – nach ihrem eigenen Verständnis – nur die Folgerung aus den Diskussionen im SDS.

Klaus Rainer Röhl war Chefredakteur von „konkret". Seine Geschichte beschreibt er in „Mein langer Marsch durch die Illusionen – Mein Leben unter Hitler, der KPD, den 68ern, der RAF und Ulrike Meinhof".

Die Bodenhaftung nie verloren

Zum 200. Todestag des Komponisten Joseph Haydn – Seine Musik ging um die Welt

Er zählt zu den bekanntesten Komponisten deutscher Sprache: Joseph Haydn. Vor 200 Jahren starb er nach einem erfüllten Leben in Wien.

Jeder kennt sie, nur wenige aber wissen, daß die Melodie unserer Nationalhymne vor über 200 Jahren von einem Österreicher für ein gekröntes Haupt komponiert wurde. Von seiner zweiten Englandreise 1794/95 zurück in Wien und vielleicht noch das englische „God save the Queen“ im Ohr, komponierte Haydn für das Oberhaupt des Heiligen Römischen Reichs die Kaiserhymne „Gott erhalte Franz, den Kaiser, unsern guten Kaiser Franz“.

Zum Geburtstag von Franz II. wird die neue Hymne am 12. Februar 1797 in allen Wiener Theatern gesungen, im Burgtheater in Gegenwart des Kaisers selbst. Dieser zeigt sich zufrieden mit der Komposition und schenkt Haydn dafür eine Dose mit seinem Bild. Bis 1920 und von 1929 bis 1946 ist sie in verschiedenen Fassungen die Nationalhymne Österreichs.

Eine neue Hymne für den Kaiser

Am 26. August 1841 dichtet August Heinrich Hoffmann von Fallersleben in der Insel-Einsamkeit von Helgoland zu Haydns Melodie das Deutschlandlied. Schon gut fünf Wochen später, am 5. Oktober, ist „Deutschland, Deutschland über alles“ in Sängers Munde und in Hamburg erstmals öffentlich zu hören.

1922 wird das Hoffmann-Haydnsche Lied zur deutschen Nationalhymne erkoren, im Dritten Reich wird nur die erste Strophe gesungen, die um das nationalsozialistische Horst-Wessel-Lied erweitert wurde. 1952 wird das „Lied der Deutschen“ mit Hervorhebung der dritten Strophe „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ Nationalhymne. Übrigens, schon Haydn selbst hatte die Melodie „zweitverwertet“, im zweiten Satz seines Kaiserquartetts.

Daß Haydn ein großer Musiker werden sollte, ließen die dörflich-einfachen Verhältnisse, aus denen er stammte, nicht erwarten. Als er am 31. März 1732 als zweites von zwölf Kindern in Rohrau an der Grenze zum Burgenland das Licht der Welt erblickte, mühten sich sein Vater als Wagenbauer und seine Mutter in der Schloßküche der Grafen Harrach redlich um den Lebensunterhalt der wachsenden Familie. Doch der liebe Gott hatte dem kleinen Joseph eine besondere Gabe mit in die Wiege gelegt: eine schöne Stimme. Die Eltern erkannten deren Chance, ließen sie von Verwandten im nahen Hainburg an der Donau ausbilden und hatten Erfolg.

Auf der Suche nach jungen Talenten entdeckte der musikalische Direktor des Stephansdoms den Knaben, nahm ihn mit nach Wien und beschäftigte ihn dort die nächsten neun Jahre als Chorsänger – bis dieser mit 17 Jahren die hohen Stimmen nicht mehr singen konnte.



Joseph Haydn: Nach einem Porträt von Thomas Hardy (1791) Bild: Internet

Was folgte, waren zehn Jahre des Suchens und Findens: verschiedenste Tätigkeiten, Weiterbildung, frühe Kompositionen. 1757 hatte Haydn es geschafft. Er erhielt seine erste wichtige Stelle als Direktor eines kleinen Orchesters bei Graf Karl von Morzin auf Schloß Lukawetz (Lukavec) bei Pilsen.

Als dieser in finanzielle Schwierigkeiten geriet, waren es keine Geringeren als die Esterházys, einer der reichsten und verschwenderischsten Fürstenhöfe der österreich-ungarischen Monarchie, die ihn 1761 bis zu seinem Lebensende „übernahmen“ und für damalige Verhältnisse großzügig entlohnten, selbst als Pensionär.

Der Hofmusiker folgte den Esterházys zu ihren Residenzen und Palais, von Wien ins Burgenland, nach Eisenstadt und Esterháza, Ungarns prachtvollstes Barockschloß, und nach Ödenburg (Sopron). Die Abgeschiedenheit der Provinz beflügelte Haydns Schaffen, wie er selbst bekannte: „Ich war von der Welt abgesondert, niemand in meiner Nähe konnte mich an mir selbst irremachen und quälen, und so mußte ich original werden.“

Das Leben in der Provinz förderte auch seine Produktivität. Haydn schuf mehr als 1200 Werke, darunter 107 Sinfonien, 83 Streichquartette, 24 Opern, 14 Messen, sechs Oratorien sowie Solokonzerte, Kammermusik, Klaviermusik, Motetten, Lieder und Kantaten. Kein anderer Komponist hat ein ähnlich buntes und umfangreiches Oeuvre hinterlassen. Vollständig erfaßt hat es der niederländische Musikwissenschaftler Anthony van Hoboken (1887–1983), nachzulesen im Hoboken-Verzeichnis.

Haydns sagenhafte Karriere wurde 1791 noch dadurch gekrönt, daß die Universität von Oxford den Musiker zum Ehrendoktor ernannte. Die Bodenhaftung verlor Haydn jedoch nie. Glaubt man seinen Zeitgenossen, muß er sogar der sympathischste Komponist aller Zeiten gewesen sein: von geradlinigem Charakter, fleißig, umgänglich und stets zu Scherzen aufgelegt – wie sie so oft auch in seiner Musik zu erkennen sind.

Er liebte gutes Essen und Trinken, das Angeln und die Jagd – und seine Mitmenschen. Selbst bei seinen Künstlerkollegen war er so beliebt, daß Mozart, Beethoven und viele andere ihn „Papa Haydn“ nannten.

Der Esterházysche Kapellmeister machte seine Arbeit ohne Fehl und Tadel. Skandale wie etwa Mozart hinterließ er der Nachwelt nicht. Auch wenn seine 1760 geschlossene Ehe zum Desaster geriet, er seine Frau in einem Brief abschätzig „questa bestia infernale“ nannte, er jahrelang Affären hatte – die er allerdings mit äußerster Diskretion behandelte.

Mit dem Ableben von Fürst Nikolaus I. im September 1790 wurde Haydn in Dankbarkeit entlassen. Sohn Anton bevorzugte die Konsolidierung der Finanzen. Haydn stand die Welt offen. Er ließ sich 1791 zu einer Englandreise überreden und hatte so großen Erfolg, daß er 1794 London ein zweites Mal besuchte und sogar kurzzeitig damit liebäugelte, ganz auf der Insel zu bleiben.

Zurück in Wien ging Haydn mit Feuereifer weiter ans Werk. Als er im April 1798 sein Oratorium „Die Schöpfung“ im Palais Schwarzenberg erstmals dirigierte, war der Andrang überwältigend. Während sich drinnen die Spitzen der habsburgischen Hocharistokratie auf goldenen Stühlen drängten, versammelten sich draußen Tausende, die keinen Einlaß fanden, auf dem Wiener Mehlmarkt.

Immerhin hatten zwölf der adligen Herren dem damals 66jährigen Komponisten ein Honorar von 500 Dukaten für sein neues Stück gezahlt, umgerechnet 50000 Euro. Und als am 24. Mai 1801 das Oratorium „Die Jahreszeiten“ in Wien uraufgeführt wurde, übernahm die Kaiserin höchstpersönlich die Sopranpartie.

Haydns Musik war ein einziger Siegeszug, der sich am 31. Mai 2009 wiederholen könnte. Dann soll Eisenstadt zum Epizentrum des „World Creation Day“ werden. Auf drei Kontinenten werden zeitversetzte Aufführungen des Oratoriums „Die Schöpfung“ stattfinden, von Seoul bis Toronto und Boston und in zwölf europäischen Städten. Aus dem Haydnsaal in Eisenstadt wird das Werk dazu auch per Radio rund um die Welt erklingen.

Der Tod ereilte Haydn in Wien am 31. Mai 1809 im stolzen Alter von 77 Jahren. Der „Vater der klassischen Sinfonie und des Streichquartetts“, als der er in die Musikgeschichte eingegangen ist, wurde auf dem Hundstumer Friedhof, heute Haydnpark, beigesetzt.

Eine Gedenktafel weist darauf hin, daß seine Gebeine am 6. November 1820 in die Eisenstädter Bergkirche überführt wurden. Zu Haydns 200. Geburtstag stiftete Paul V. Esterházy ihm dort sogar ein Mausoleum.

Helga Schnehagen

Unbeugsame Stimme der Ostdeutschen

Weit über West- und Ostpreußens Grenzen hinaus ist Carl Lange, geboren am 27. Januar 1885 in Schöneberg, durch seine „Ostdeutschen Monatshefte“ bekannt geworden, die er ab 1919 in Danzig herausgab. In dieser Zeitschrift fanden die damals schöpferischsten Schriftsteller und Künstler ihr Forum. Viele Sonderhefte mit zahlreichen Abbildungen sind heute wertvolle Zeugnisse für diese Geisteskultur. Lange betrieb seine Kulturpolitik verantwortungsvoll und in strenger Sachlichkeit. Vorurteile oder gar Feindseligkeiten waren ihm auch in einer Zeit fremd, da der Völkerhaß immer mehr um sich griff. Über 20 Jahre konnten sich die Hefte behaupten, bis liberale Zeitungen „wegen Papiermangels“ abgewürgt oder verboten wurden. 1955 konnten die Monatshefte wieder erscheinen.

Lange veröffentlichte Essays und etliche Gedichtbände, so seine Lyriksammlungen „Ruf aus der Stille“ (1933) und „Herz sei ruhig“ (1949). In seinem lyrischen Werk konnte er seine schöpferische Persönlichkeit ausleben, die sich von seiner journalistischen Produktion abhob. „Ihrer lyrischen Musikalität wegen“ wurden viele seiner Verse vertont, sogar Kaiserenkel Louis Ferdinand von Preußen war unter den Komponisten. Auch je zwei Bücher über August von Mackensen sowie den Kronprinzen hat Lange in den 30er Jahren geschrieben.

In den Märztagen 1945 war Carl Lange als reaktivierter Oberstleutnant im Danziger Generalkommando tätig. Er hielt dort bis zum letzten Augenblick aus. Ein russischer Offizier kannte sein Werk und bewahrte sein Haus vor Verwüstungen und Plünderungen.

Eine schwere Zeit begann für Lange erst 1950, als er in der neugegründeten DDR unter fadenscheinigen Gründen verhaftet und für längere Zeit eingesperrt wurde. Sein Königsberger Freund aus alten Tagen, der Schriftsteller Fritz Kudnig (1888–1979), berichtet, daß Lange „seine Gedanken damals mit einem Nagel an die gekalkten Wände seiner Gefängniszelle schrieb“. Nach seiner Entlassung entstand daraus die Sammlung „Gedanken und Gedichte aus dem Kerker“. Einige glückliche Jahre in Bremen waren Lange noch vergönnt. Er starb dort am 30. Mai 1959 im 75. Lebensjahr.

Lange muß um seinen Tod gewußt haben, denn er hat seinen eigenen Nekrolog in Verse gefaßt, die an seinem Grab verlesen werden sollten:

Ich rufe euch aus meiner Stille
den Dank für eure Liebe zu:
Nicht trauern!
Hier spricht Gottes Wille,
die Seele fand ersehnte Ruh.

Dieter W. Leitner

Als Unternehmer Höhen und Tiefen erlebt

Vor 125 Jahren starb der Neidenburger »Eisenbahnkönig« Bethel Henry Strousberg – Selbst Bismarck bat ihn um Rat

Einen „verantwortungslosen Spekulanten der Gründerzeit“ schimpften ihn die einen, als erfolgreichen Unternehmer modernen Stils schätzten ihn die anderen. Der Großvater des am 20. November 1823 als Sohn einer jüdischen Familie geborenen Baruch Hirsch Strausberg hatte in Neidenburg ein beachtliches Vermögen besessen und war 1806 Lieferant der preußischen Armee gewesen. Sein Sohn verlor das ganze Vermögen, und so mußte der Junge die Schule in Königsberg wieder verlassen – das Schulgeld war nicht mehr aufzubringen. Er ging nach England zu einem Onkel, wo er nach dem Tod des Vaters in das Exportgeschäft eintrat. Er ließ sich taufen und anglisierte seinen Namen in Bethel Henry Strousberg. In England gelangte Strousberg durch seine Tatkraft und seinen Unternehmensgeist wieder zu Geld – er gründete eine Zeitung („The Merchants Magazine“), kaufte später auch das „London Magazine“, arbeitete als Journalist und im Kunsthandel, hatte er doch ausgewiesene Kenntnisse in der Malerei. Auch im Versicherungsgeschäft machte er sich einen Namen, so daß er 1855 als erfolgreicher Geschäftsmann nach Berlin übersiedeln konnte. Zwei Jahre später erwarb er an der Jenaer Universität den Dr. phil. in absentia.

In Moskau wurde er wegen zu hoher Schulden verhaftet

Seine Kontakte nach England aber rissen nicht ab; so vertrat er eine englische Unternehmensgruppe beim Bau der Südbahn Königsberg–Lyck und beim Bau der Strecke Tilsit–Insterburg.

Hierbei entwickelte er das „System Strousberg“, bei dem die Lieferanten mit Aktien bezahlt werden sollten. Er selbst fungierte als Generalbauunternehmer, lieferte vom Rohmaterial bis zum Fertigprodukt alles für den Eisenbahnbau Notwendige; selbst die Bahnhöfe ließ Strousberg unter seiner Regie errichten.

Schnell war der Neidenburger zum „Eisenbahnkönig“ avanciert. Er baute Strecken nicht nur in seiner östlichen Heimat, auch in Mittel- und Westdeutschland, in Polen, Ungarn und Frankreich war er tätig. Er errichtete Waggon- und Lokomotivfabriken, kaufte Eisengruben und Kohlenbergwerke, vor allem aber Grundbesitz. Schließlich besaß Strousberg etwa 300000 Morgen Land und Wald, ein prachtvolles Palais in der Berliner Wilhelmstraße (der Amtssitz des Fürsten Bismarck lag in unmittelbarer Nähe) und eine Gemäldesammlung im Wert von 2,5 Millionen Mark.

Sein Rat wurde selbst von Bismarck geschätzt, der Strousberg 1869 um ein Treffen bat, um mit ihm „die Entwicklung des Staatsschuldenwesens“ zu besprechen.

Als Henry Strousberg dann auch in Rumänien eine Eisenbahnlinie bauen wollte, ereilte ihn das Unglück: 22 Millionen Mark Schulden bei der Moskauer Commerz-Leih-Bank waren aufgelaufen. Strousberg wurde 1875 in Moskau verhaftet und dort zwei Jahre lang festgehalten. Er mußte Konkurs anmelden und wurde erst durch die Intervention seiner Frau und des Auswärtigen Amtes entlassen.

Bethel Henry Strousberg starb am 31. Mai 1884 in Berlin. Noch heute erinnert der Vorort Strausberg an der Ostbahn nach Königsberg an diesen Ostpreußen aus Neidenburg.

Silke Osman

Ergänzung der Bf 109

Vor 70 Jahren, am 1. Juni 1939, hatte die Focke Wulf 190 ihren Erstflug. Ursprünglich wollte die Luftwaffe sich auf einen Standardjäger, die Messerschmidt Bf 109, konzentrieren. Angeblich soll eine im Spanischen Bürgerkrieg erbeutete russische Polikarpow I-16 einen Sinneswandel herbeigeführt haben. Focke-Wulf-Flugzeugbau erhielt den Auftrag, die Konstruktion sinngemäß technologisch ins Deutsche zu übersetzten. Das Ergebnis war die Fw 190.

Anders als die „Messerschmidt“ besaß die „Focke Wulf“ einen luftgekühlten Sternmotor, der gegenüber Treffern unempfindlicher war als der wassergekühlte Reihenmotor des Konkurrenzmusters. Allerdings fiel dessen Leistung in größeren Höhen deutlich



Foto: US Government

Focke-Wulf Fw190

ab. Nach dem Erlangen der Einsatzreife wurden die ersten Fw 190 A ab Juni 1941 an das im Westen eingesetzte Jagdgeschwader 26 ausgeliefert. Sie waren der britischen „Spitfire“ deutlich überlegen.

Ab 1944 kam die etwa 700 Stundenkilometer schnelle Fw 190 D mit dem Junkers Juno-213-Reihenmotor zu den Einsatzverbänden. Kurz vor Kriegsende begann die Serienfertigung der Folgemuster Ta 152 C und Ta 152 H, die nach Meinung einiger Piloten jedem feindlichen Jagdflugzeug überlegen waren. Sie erlangten aber wegen der leistungsstärkeren Düsenjäger kaum noch Bedeutung. Von der Fw 190 wurden über 20000 Exemplare gebaut.

Hans Lody

»Blutgräfin« oder Damenopfer

Der Spielfilm »Die Gräfin« behandelt das Leben der ungarischen Adligen Elisabeth Bathory

Die ungarische Gräfin Elisabeth Bathory ist für manche eine der schlimmsten Serienmörderinnen der Geschichte, anderen wiederum ein unschuldiges Opfer politischer Intrige. Unbestritten ist zumindest, daß sie 1611 zahlreicher Morde angeklagt und als Folge davon vier Jahre lang in ihren Privatgemächern eingemauert war – und daß mit dem aktuellen Spielfilm „Die Gräfin“ nun ihr Schicksal auch Eingang in die deutschen Lichtspielhäuser gefunden hat.

War Caesar ein Epileptiker, Alexander der Große homosexuell, Peter der Große ein brutaler Leuteschinder? Litt Napoleon an einer Magenkrankheit? Oder können solche Fragen nur gestellt werden, weil sich jede Generation historische Prominente neu „erfindet“, historische Realität und phantasievolle Fiktion in immer abenteuerlicheren Mixturen aufbereitet?

Das bekannteste Beispiel dieser Chaos-Historiographie ist ein rumänisches Fürstengeschlecht aus dem 15. Jahrhundert, dessen Mitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zum ungarischen „Drachenorden“ den Beinamen „Dracula“ trugen. Sie waren kluge Diplomaten und erfolgreiche Militärs, zogen sich aber durch Zoll- und Steuerforderungen die Gegnerschaft der Siebenbürger Sachsen zu, die in ihren Chroniken ein Horror-Image der Dracula verbreiteten. 1897 veröffentlichte der Schotte Bram Stoker seinen Roman „Dracula“, der aus den edlen Fürsten eine Karikatur machte – blutsaugende Vampire und Karpaten-„Untote“.

Das weibliche Pendant der rumänischen Dracula ist die ungarische Gräfin Elisabeth Bathory (1560–1614), an die derzeit der Kinofilm „Die Gräfin“ erinnert. Die französische Schauspielerin Julie Delpy schrieb das Drehbuch, komponierte die Musik, führte Regie und spielte die Hauptrolle. Mit dieser Omnipräsenz hat sie sich nicht übernommen, vielmehr einen historischen „Krimi“ und ein frühneuzeitliches Sittengemälde vorgelegt, das in Farben und Flair, Dialogen und Anspielungen, Kolorit und Schauplätzen einfach hinreißend inszeniert wurde. Es gibt in diesem Film keine Exaltationen, Überspanntheiten und Extreme, selbst der eigentliche Konflikt ist einfach: Jüngere Witwe verliebt sich in Jüngling, dessen Vater das Verhältnis durch eine Intrige zerstört. Die Frau meint, der Altersunterschied habe ihr den Geliebten entfremdet, und verfällt auf die Wahnidee, das Blut von Jungfrauen verhülfe ihr zu ewiger Jugend und Schönheit. Dazu werden Dutzende junge Mädchen umgebracht, bis am Ende die „Blutgräfin“ und ihr Anhang rächender Gerechtigkeit anheimfallen. Das alles wird spannend und stimmig erzählt, Historienmalerei und zugespitzter Konflikt sind in eine wohlüberlegte Dramaturgie eingebunden, die nichts dem Zufall überläßt: Zugunsten „streng protestantischer Kleider“ (Delpy) verzichtete man auf folkloristische Kostüme – obwohl der Film im damaligen Ungarn spielt.

1611 fand ein Prozeß gegen Gräfin Bathory statt, bei dem ihr Dutzende Morde zur Last gelegt wurden. Von ihrem „Blutdurst“ war noch keine Rede, den hat 1742 der Jesuitenpater Laszlo Turoczi erdacht, als er ihren Prozeß schilderte. Der endete mit einem „milden“ Urteil, Einmauerung in ihrem Privatzimmer. Warum ist sie nicht als Hexe auf dem Scheiterhaufen gelandet? Weil sie keine Hexe war, nur politisches Ärgernis von Gewicht.

Gräfin Bathory gehörte zum reichsten und mächtigsten ungarischen Fürstengeschlecht – ihr Onkel Stephan war König in Polen, ihr Cousin Großfürst von Siebenbürgen, ihr Mann Franz Graf Nádasdy größter Gläubiger des Königs Matthias II.. Ungarn war nach der Schlacht von Mohács 1526 größtenteils unter die Osmanen gefallen, aber die mächtigen Bathorys konnten verhindern, daß Rest-Ungarn zu Österreich kam. Und die kluge Elisabeth Bathory ließ sich von niemandem in die Karten blicken, wenn sie Besitz und Vermögen allein verwaltete und von ihrer nordwestlichen Burg Schächtitz ganz Ober-Ungarn, die heutige Slowakei, kontrollierte. Diese störrische Protestantin gebot zwar über ein Bollwerk gegen die Osmanen, störte aber Habsburger Wege nach Mähren, Schlesien und Galizien. Im Film wird die Gräfin mehrfach zum Teufel gewünscht, was historischer Wahrheit wohl entsprach.



Bilder (2): Archiv (kleines Bild) und x-Verleih (großes Bild)

Elisabeth Bathory: Die Gräfin (kleines Bild) wird in dem gleichnamigen Spielfilm von Julie Delpy (großes Foto) dargestellt, die auch für Regie, Drehbuch und Musik verantwortlich zeichnet.

Am Morgen des 29. Dezember 1610 wurde Schloß Schächtitz gestürmt, 1611 folgte der Prozeß gegen die Gräfin, am 21. August 1614 ihr Tod. Danach blieb die Burg unbewohnt, diente aber noch als Festung. Um 1670 erlosch das Geschlecht Bathory. Habsburg war eine Konkurrenzmacht los und konnte über das 1686 rückeroberte Ungarn allein gebieten.

Von der alten Burg ist nur noch eine Ruine übrig, im Film aber sind großartige Schlösser und Burgen zu sehen. Man hat sie in den neuen Bundesländern gefunden, als authentische Kulisse in den Film einbezogen, und das ganze Filmteam schwärmte, wie schöne Bauten Deutsche haben und wie pfleglich sie mit ihnen umgehen.

Ebenfalls stilecht wirken die Gewölbe, in denen Julie Delpy die angeblichen Blutorgien der Gräfin Bathory nachspielt – dezent und mit viel heimlicher Ironie. Wenn sie von jungen Mädchen sagt, „sie riechen nach Pferdemist“, dann ist das versteckte Komik. Häuser wie das der Bathorys waren zu ihrer Zeit eine Art Berufsschule für „höhere Töchter“: „weibliche“ Arbeiten wurden gelernt, Heiratschancen verbessert, Aussteuern angesammelt – es war Ehre und Empfehlung, an einem „guten Haus“ gedient zu haben. Die Vorstellung, diese Mädchen wären (wie später der Gräfin angedichtet wurde) anonyme Opfer einer sadistischen „Serienmörderin“ gewesen, ist historisch lachhaft.

Im Zweifel für die Angeklagte Elisabeth Bathory, die zwar fast 400 Jahre tot ist, aber in diesen vier Jahrhunderten in ständig neuen und wilderen Gewaltphantastereien verteufelt wurde. Bis zum Beweis des Gegenteils sollten wir sie als Opfer politischer Ränke sehen. Ein Film wie der von Julie Delpy dient als Fährtenleser – neben dem Sehvergnügen, das er in hohem Maße ist. *Wolf Oschlies*

Die Dramatik der Zeit eingefangen

Torsten Dietrich hat für seine Arbeit über den Oberbefehlshaber der 6. Armee alle verfügbaren Quellen ausgewertet

Der ehemalige Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Torsten Diedrich, hat eine umfassende Studie zur Vita des Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus (1890–1957) vorgelegt. In dieser Form ist die Abhandlung einmalig, berücksichtigt sie doch akribisch alle derzeit verfügbaren Quellen, um ein authentisches Bild dieses Offiziers zu zeichnen. Ohne Zweifel handelt es sich bei Paulus um eine tragische Figur der neueren Zeitgeschichte. Als Oberkommandierender der 6. Armee ist sein Name mit dem Untergang dieser Eliteeinheit in Stalingrad zur Jahreswende 1942/1943 und der Wende im Zweiten Weltkrieg überhaupt verbunden. Diedrichs Buch „Paulus – Das Trauma von Stalingrad – Eine Biographie“ zeichnet in sechs Kapiteln übersichtlich den Lebensweg des aus dem nordhessischen Breitenau stammenden Mannes nach.

Die militärischen Niederlage des deutschen Kaiserreichs im November 1918 und die schmachvollen Bedingungen des Versailler Vertrages im Jahre 1919 mit den maßlosen Gebietsabtretungen im Osten des Reiches empfand er wie das Gros seiner Landsleute als ehrabschneidend und ungerecht. Paulus hatte allerdings Glück im Unglück. Er wurde in das 100000-Mann-Heer der Weimarer Republik übernommen, so daß die Demobilisierung der Truppenverbände den jungen Offizier nicht existentiell bedrohte. Er war konservativ-unpolitisch und konzentrierte sich auf das Militärische, obwohl ihn die Krisen der Weimarer Republik nicht unberührt ließen.



Friedrich Paulus

Bild: Achiv

Kurz vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten im Jahre 1933 bekleidete Paulus den Rang eines Oberstleutnants im Generalstab, er war mit einer rumänischen Adeligen verheiratet und Taktiklehrer an der Kriegsakademie in Berlin. Seine zurückhaltende und feinfühlige Art, die geprägt war von nationalen und christlichen Vorstellungen, ließ ihn auf innere Distanz zum Nationalsozialismus gehen. Der Aufbau der neuen Wehrmacht, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Wiederbesetzung des entmilitarisierten Rheinlands durch deutsche Truppen 1936, die Heimholung des Sudetenlandes und der Anschluß Österreichs 1938 waren Balsam auf die geschundene Seele der deutschen Militärführung nach der Katastrophe von 1918.

Als die Wehrmacht am 22. Juni 1941 auf einer Frontlänge von 2000 Kilometer in die Sowjetunion eindrang, war die Armeeführung nach wenigen Wochen noch von einem schnellen Sieg überzeugt. Mitten in der Winterkrise 1941/1942 übernahm Paulus das Oberkommando über die 6. Armee. Der deutschen Militärführung war zwischenzeitlich schmerzlich bewußt geworden, daß man die Sowjetunion unterschätzt hatte. Die Weite des Landes und der mörderische Winter hatten die Schlagkraft der Wehrmacht dramatisch geschmälert. Zunehmend eskalierten die Spannungen zwischen Hitler und der Generalität über die Strategie und Führung der Truppenverbände. Das deutsche Heer hatte bis zu diesem Zeitpunkt rund eine Million Tote und Verwundete zu beklagen, nahezu 35 Prozent seiner personellen Kampfkraft verloren.

> Tragik und Typologie der Persönlichkeit spannend und anschaulich herausgearbeitet

Am 21. August 1942 begann mit dem Angriffsbefehl auf die Industriemetropole Stalingrad das Verhängnis der 6. Armee. Daß der Frontschlauch bis in das Zentrum Stalingrads hinein an den Flanken nur von schlecht ausgerüsteten Formationen rumänischer und ungarischer Waffenbrüder völlig unzureichend gedeckt war und die Russen förmlich zu einer militärischen Zangenoperation einlud, war dem mittlerweile auch gesundheitlich angeschlagenen Paulus bewußt.

Es trat ein, was kommen mußte. Die russischen Truppen vollendeten den Einschließungsring am 22. November 1942, die 6. Armee mit insgesamt 260000 Mann war im Kessel eingeschlossen. Die Frage, warum der gewiefte Taktiker Paulus nach dem Einschluß nicht sofort den Befehl zum Ausbruch gab, der zu diesem Zeitpunkt immer noch große Aussichten auf Erfolg gehabt hätte, kann auch Diedrich trotz großartiger Recherche und Berücksichtigung zahlreicher Quellen nicht umfassend klären.

Daß sich Paulus in sowjetischer Gefangenschaft zur kommunistischen Agitation gegen sein Heimatland mißbrauchen ließ und vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal als Zeuge der Anklage gegen seine Kollegen im Generalstab der Wehrmacht aussagte, ist vor dem Hintergrund des militärischen Desasters der Deutschen an der Ostfront und der endgültigen Wende des Krieges eher eine Fußnote der Geschichte.

Erst 1953 kehrte Paulus aus russischer Kriegsgefangenschaft nach Deutschland zurück, und zwar in die sowjetisch besetzte Zone. Hier wurde ihm von der DDR-Führung die Rolle des Kritikers der politischen und militärischen Westanbindung der Bundesrepublik Deutschland zugedacht, deren Resonanz aber sehr gering blieb.

In den letzten Jahren residierte der kurz vor der Kapitulation von Hitler noch zum Generalfeldmarschall ernannte Paulus in einer Villa in Dresden, wo er vier Jahre später stirbt und mit allen militärischen Ehren von der Partei- und Staatsführung der DDR beigesetzt wird.

Alles in allem ist Diedrich die Schilderung eines durchaus authentischen Paulus-Bildes gelungen. Besonders wohltuend bei der Darstellung der historischen Ereignisse fällt auf, daß Diedrich in klarer Sprache die Spezifik und Dramatik der damaligen Zeit so einfängt, daß diese auch für Nachgeborene verständlich und nachvollziehbar wird. Dabei vermag Diedrich das Tragische und die Typologie der Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls spannend und anschaulich herauszuarbeiten.

Jochen Lückoff

***Torsten Diedrich: „Paulus – Das Trauma von Stalingrad – Eine Biographie“**, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2009, geb., 580 Seiten, 39,90 Euro*

Ein »Ende mit Schrecken«

Vor 200 Jahren fiel der Freischärler Ferdinand von Schill in seinem Feldzug gegen die Besatzer

Für die einen war er ein Gesetzloser, für die anderen ein Freiheitsheld. Mit seinem Freikorps Schillsche Jäger schrieb er Geschichte. Vor 200 Jahren fiel der Rebell Ferdinand von Schill von Feindes Hand.

Die „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschen und Franzosen galt bis zum Zweiten Weltkrieg als ausgemachte Sache. Unter den Gründen für ihre Suggestivität finden wir nicht zuletzt die schwere militärische und finanzielle Ausbeutung, die Napoleon nach seinen Siegen von Austerlitz (1805) sowie Jena und Auerstedt (1806) in fast ganz Deutschland praktizierte und die als Reaktion den Haß der deutschen Patrioten und die Befreiungskriege (1813–1815) befeuerte. Da gab es schon frühzeitig Sturmvögel, wie den schneidigen Ferdinand Baptista von Schill.

1790 war er als 14jähriger in die preußische Armee eingetreten. Nach dem Ausbruch des Vierten Koalitionskrieges wurde er in der Schlacht von Auerstedt durch einen Säbelhieb schwer verwundet, konnte sich aber nach Kolberg durchschlagen, einer der wenigen preußischen Festungen, die den siegreichen Franzosen noch Widerstand leisteten. In Pommern machte er mit einem kleinen Streifkorps den Besatzern das Leben schwer, was ihm so gut gelang, daß sein König, Friedrich Wilhelm III., ihn noch im Dezember 1806 zum Premierleutnant beförderte und ihm den höchsten preußischen Orden verlieh, den Pour le Mérite. Seine folgenden Aktivitäten mit einem aus eigenen Mitteln aufgestellten Freikorps waren umso erfolgreicher, je kleiner sie angelegt waren – schneidig war er ja, aber kein überragender Truppenführer.

Mit Ende des Vierten Koalitionskrieges 1807 wurde er zwar zum Major befördert, aber Oberst August Neidhardt von Gneisenau, der ihn in Kolberg kennengelernt hatte, hat ihn zurückhaltend beurteilt: „Übrigens ist Schill äußerst brav, nur glaube ich nimmermehr, daß er die Talente des Anführers eines großen Korps habe. Sein Ideengang ist springend, ohne etwas zu ergründen ... Er wird, unter einen General von Einsicht und Charakterstärke gestellt, als Parteigänger schöne Dinge verrichten und der Ruf seines Namens viele Kombattanten um ihn her versammeln.“



Tod im Straßenkampf: Schill fiel am 31. Mai 1809 in Stralsunds Fährstraße. Bild: Archiv

Er war tatsächlich derart populär geworden, daß der König ihn am 10. Dezember 1808 an der Spitze der Truppen in Berlin einrücken ließ, nachdem die französischen Besatzer es geräumt hatten. Der Jubel der Bevölkerung klang ihm so in den Ohren, daß er Anfang 1809 beschloß, den patriotischen Widerstand gegen Napoleon, den im Süden die Österreicher förderten, in Norddeutschland anzufachen, um einen allgemeinen Aufstand zu entfesseln.

> Friedrich Wilhelm III. zieh ihn des Hochverrats und zog seine Güter ein, aber Wilhelm II. ehrte ihn mit der Benennung eines Regiments

Deswegen rückte er am 28. April mit seinem „2. Brandenburgischen Husarenregiment“, das ihm der König verliehen hatte, aus Berlin aus, scheinbar zum Exerzieren. Aber am Abend hielt er vor seiner Truppe im westlich von Potsdam gelegenen Geltow eine Ansprache. Hierin kündigte er an, sie gegen die Franzosen führen zu wollen, und erweckte dabei den Eindruck, im Auftrag des Königs zu handeln. Die meisten machten mit, und unterwegs bekam er weiteren enthusiastischen Zulauf. Einer seiner Offiziere wurde Adolf von Lützow, der spätere Freikorpsführer von 1813.

Es ging über Wittenberg nach Dessau, wo er einen Aufruf an das deutsche Volk erließ, der aber kaum Wirkung zeitigte. Vielmehr setzte der König von Westfalen, Napoleons Bruder Jerome, nun einen Preis auf Schills Kopf aus. Die Schillsche Truppe schwoll auf zirka 6000 Mann an. Als Schill aber erfuhr, daß die Österreicher im Fünften Koalitionskrieg von 1809 von Napoleon in Bayern besiegt worden waren, wollte er aufgeben, doch seine Kameraden rissen ihn weiter, entlang der Elbe nach Norden. Da sprach er am Marktplatz von Arneburg (Altmark) die denkwürdigen Worte: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!“ Anschließend mußte er sich vor mit Bonaparte verbündeten niederländischen und dänischen Truppen nach Mecklenburg zurückziehen.

Er kam nach Stralsund und wollte übers Meer entweichen, aber seine Reiter hielten ihn fest: „Wir wollen ziehen, so weit die Erde fest und der deutsche Himmel über uns ist“, riefen sie. Also begann die Freischar, sich in Stralsund notdürftig zu verschanzen. Die Stadtbürger verkrochen sich lieber. Es kam zum Straßenkampf, Schill fiel am 31. Mai in der Fährstraße, von einem Säbelhieb in die Stirn und von einer Flintenkugel in den Hinterkopf getroffen.

Die Feinde zogen dem Leichnam die Uniform aus und hieben ihm den Kopf ab. Der wurde in Spiritus konserviert und in das anatomische Museum der Universität Leiden verbracht. 1837 wurde er dann in Braunschweig unter dem Denkmal für die dort erschossenen 14 Gefangenen des Freikorps ordentlich beigesetzt. Rund 200 Leute Schills schlugen sich durch, 543 gerieten in Gefangenschaft und kamen auf Galeeren. Elf Offiziere wurde auf die Festung Wesel verbracht, wo sie am 16. September 1809 erschossen wurden. Auch Preußens König behandelte Schill wie einen Gesetzlosen. Er zieh ihn des Hochverrats und zog seine Güter ein. 1889 erfolgte jedoch – wenn auch reichlich spät – die Rehabilitierung, als Kaiser Wilhelm II. dem 1. Schlesischen Husarenregiment Nr. 4 den Beinamen „Schill“ verlieh. *Bernd Rill*

Widerstand oder Landesverrat?

Die „Rote Kapelle“ war bis zu ihrem Ende die wohl effektivste Spionageorganisation des Zweiten Weltkrieges. Der sowjetische NKWD hatte frühzeitig in Deutschland und im übrigen Westeuropa Zuträger zumeist kommunistischer Überzeugung angeworben. Ein in Berlin ansässiger Funker der „Roten Kapelle“ war Hans Coppi, dessen Ehefrau Hilde Coppi vor 100 Jahren, am 31. Mai 1909, in Berlin geboren wurde. Beide waren kleine Rädchen im großen Getriebe der Geheimdienste.

Am 26. Juni 1941, vier Tage nach dem Beginn der Feindseligkeiten zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee, begann der erste Sender der „Roten Kapelle“ die Nachrichten an „Direktor“ (Zentrale in Moskau) zu funken. Im Juli 1942 waren es sage und schreibe 325 Sender. Die vom früheren Führer des kommunistischen Studentenbundes und nunmehrigen Oberleutnant der Luftwaffe Harro Schulze-Boysen geleitete Berliner Sektion der Roten Kapelle hatte weitverzweigte Informationsquellen. Als am 28. März 1942 im „Führerhauptquartier“ die Ziele der deutschen Sommeroffensive erörtert wurden, funkte die „Rote Kapelle“ die Ergebnisse der Konferenz drei Tage später an „Direktor“.

Ausgangspunkt für ihre Enttarnung waren die Funkstellen in Brüssel und Paris, wo Leopold Trepper die Organisation führte. Im Juli 1942 dechiffrierte die Gestapo ein Telegramm aus Moskau nach Brüssel, in dem Namen und Adresse des ebenfalls der „Roten Kapelle“ angehörenden Offiziers im Reichsluftfahrtministerium Harro Schulze-Boysen standen. In der Folge wurden neben dem Luftwaffenoberleutnant fast alle Zuträger verhaftet und die meisten nach Gerichtsurteilen hingerichtet. Das war zu Kriegszeiten in keinem Land der Welt anders. Hilde Coppis Hinrichtung wurde aufgeschoben und erfolgte erst am 5. August 1943. Der Grund war Rücksichtnahme auf ihren neugeborenen Sohn. Er ist es auch, der heute die Darstellung seiner Mutter als „Widerstandskämpferin“ kultiviert. Ihre Verurteilung im Januar 1943 wurde aber nicht einmal im Zuge der großen pauschalen „Rehabilitation“ von während der NS-Zeit Verurteilten durch die rot-grüne Bundesregierung aufgehoben. Landesverrat kann eben kein Vorbild für einen demokratischen Staat sein, eine Rehabilitierung Coppis, die in der DDR gefeiert wurde, wäre auch ein Schlag ins Gesicht der Männer und Frauen des 20. Juli.

Hilde Coppi Bild: DHM

Als sowjetisches Spionagenetz wurde die „Rote Kapelle“ in der DDR glorifiziert. Das SED-Regime widmete ihr Briefmarken, ließ Fernsehfilme über sie drehen und benannte Straßen und Schulen nach ihr. Das betraf auch das Ehepaar Coppi. Es gibt in Ost-Berlin immer noch eine Hans-und-Hilde-Coppi-Oberschule und eine Coppistraße. Allerdings beschränken sich diese Erscheinungen weitgehend auf die ehemalige DDR samt Ost-Berlin. *Bruno Schmitt*

Der »Weltspiegel«-Mann

Vor 75 Jahren wurde Winfried Scharlau geboren

Wohl die meisten kennen ihn noch aus dem „Weltspiegel“ und die Älteren von uns auch noch aus dem Vietnamkrieg. Vor 75 Jahren, am 12. Juni 1934, kam der Arztsohn Winfried Scharlau zur Welt. Der gebürtige Duisburger gehörte zu den Journalisten mit akademischer Ausbildung. Nach dem Abitur studierte er überwiegend in Münster Germanistik, Geschichte, Philosophie, öffentliches Recht und Slawistik. Der Promotion folgte ein Postgraduiertenaufenthalt in Oxford. Schon damals lockte ihn das Ausland.

1964 fing der Historiker als redaktioneller Mitarbeiter beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) an. 1967 ging er als ARD-Korrespondent nach Südvietnam, von wo aus er erstmals über den Vietnamkrieg berichtete. 1968 kam er nach Deutschland zurück, um für den „Spiegel“ zu arbeiten, den er allerdings bereits 1969 wieder Richtung NDR verließ. Für seinen neuen, alten Arbeitgeber moderierte er erst den „Weltspiegel“, um dann 1973 wieder als ARD-Korrespondent nach Südostasien zu gehen, wo er die Berichterstattung über den Vietnamkrieg wieder aufnahm.

Nach Kriegsende kam er 1977 nach Hamburg zurück, wo er beim NDR die Stelle des Chefredakteurs Fernsehen übernahm. Scharlau zog es aber wieder nach Südostasien. Noch vor Auslaufen seines Chefredakteursvertrages ging er 1981 wieder als ARD-Fernsehkorrespondent in diese Ecke der Welt. Die Berichterstattung über den Wechsel auf den Philippinen von der Diktatur des Ferdinand Marcos zur Demokratie gehörte dabei zu seinen wichtigsten Aufgaben.

Trotz des von ihm diagnostizierten „Asien-Bazillus“ verschlug ein Dreh des Personalkarussells Scharlau 1987 wieder nach Hamburg. Dort übernahm er im darauffolgenden Jahr nicht nur wieder die Moderation des „Weltspiegel“, sondern auch die inhaltliche Verantwortung als Leiter der Redaktion. 1991 zog es ihn allerdings wieder ins Ausland, wenn auch nicht nach Südostasien. Statt dessen ging es nach Washington, wo er mit Wolf von Lojewski das dortige ARD-Studio leitete.

Winfried Scharlau Foto: Internet

1993 kehrte er nun endgültig nach Hamburg zurück, um hier als Direktor die Leitung des NDR-Landesfunkhauses zu übernehmen. Nebenbei moderierte er wieder den „Weltspiegel“, eine Tätigkeit, die sich mit Unterbrechungen wie ein roter Faden durch seine Berufsbiographie zieht und ihn mit dem Ausland in Kontakt hielt. Diese Moderatorentätigkeit übte er auch noch aus, nachdem er 1998 die Leitung des Landesfunkhauses in jüngere Hände übergeben hatte. 2000 gab er schließlich auch die „Weltspiegel“-Moderation ab.

Als Buchautor war Scharlau aber noch weiter tätig. Auch hier bildete wieder Südostasien den Schwerpunkt. Kurz vor seinem Tod erschien mit dem Buch „Der General und der Kaiser“, das die Besatzungspolitik des US-Generals Douglas McArthur in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg thematisiert, sein letztes Werk. Am 7. Dezember 2004 starb Winfried Scharlau in Hamburg. *M. Ruoff*

Post und Atom

Siegfried Balke leitete beide Ministerien

Nach Abitur und Chemiestudium in München ging der am 1. Juni 1902 in Bochum geborene Sohn eines Schneidermeisters in die chemische Industrie, wo er Karriere machte. Balke wurde von den Nationalsozialisten als Halbjude und von den Besatzern als Nichtbelasteter eingestuft, was ihn nach dem Zweiten Weltkrieg für die Verbandspolitik prädestinierte. Nachdem er 1945 mit anderen den Verein der Bayerischen Chemischen Industrie München gegründet hatte, wurde er im darauffolgenden Jahr dessen Vorsitzender. Außerdem wurde er Mitglied der Präsidien des Zentralverbandes der Chemischen Industrie und des Landesverbandes der Bayerischen Industrie.

Siegfried Balke Foto: Internet

Auf Vorschlag der CSU, der er erst 1954 beitrat, holte Konrad Adenauer den Industriellen und Verbandspolitiker 1953 in sein zweites Kabinett. Den Schwerpunkt seiner Arbeit legte der Minister dabei auf die Modernisierung und Rationalisierung des Postbetriebes. Daneben arbeitete er im Auftrage des Kanzlers Möglichkeiten zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im technisch-naturwissenschaftlich-mathematischen Bereich aus.

Als Franz Josef Strauß 1956 Verteidigungsminister wurde, wechselte Balke als dessen Nachfolger ins Atomministerium. Ihn interessierte an der Kernkraft weniger der militärische als der wissenschaftliche und wirtschaftliche Aspekt. Angesichts seines wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Engagements hoffte er, Minister zu bleiben, als sein Ministerium infolge der durch die „Spiegel“-Affäre ausgelösten Regierungsumbildung für Forschung zuständig wurde. Aus Gründen der Parteiarithmetik erhielt jedoch ein Freidemokrat das Ministerium.

Enttäuscht zog Balke sich in die Wirtschaft und die Verbandsarbeit zurück. Einen Höhepunkt stellte dabei sicherlich seine Tätigkeit als Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) von 1964 bis 1969 dar. Am 11. Juni 1984 starb Siegfried Balke in München. *Manuel Ruoff*

Griechische Vertriebene haben es besser

Zu: „Richtungsweisendes Urteil“ (Nr. 19)

Zunächst besten Dank für alle diese wertvollen Informationen und vor allem auch für die vielen ausgewogenen Kommentare. Zur Sache: Man muß wohl Grieche, Türke, Tscheche, Pole oder eben schlicht Nichtdeutscher sein, um im Rechtsstaat der hochgelobten Europäischen Union ernst genommen zu werden. So begrüßenswert der Prozeß um das geraubte Eigentum der Griechin auch ist, so erschüttert lese ich, daß im Falle der deutschen heimatvertriebenen Kläger das Gericht sich für nicht zuständig erklärte, obwohl ja die Vertreibung und der Eigentumsraub noch fortbestehen und noch keine Rehabilitierung erfolgt ist. Sogar ein deutscher Richter stellte sich gegen die deutschen Kläger. Was hier an üblem Spiel mit uns getrieben wird, kann man über den seriös arbeitenden „Grundeigentümerverband der Vertriebenen“ erfahren. Anschrift ist: Otto Callies (Vorsitzender), Am Sumpfgraben 11, 22547 Hamburg, Telefon (040) 832 215 05.

Dietmar Neumann, Neu Wulmstorf

Zweierlei Maß bei Rechten und Linken

Zu: „Die Herausforderung“ (Nr. 19)

Der 1. Mai, Tag der Arbeit oder der Gewalt? In diesem Jahr wohl eher das letztere. Ein gutes Beispiel für den unterschiedlichen Umgang mit politischer Gewalt in Deutschland. In Dortmund greifen, unerwartet, über 300 Rechtsextremisten von der Maikundgebung kommende Gewerkschaftler an. Es gibt mehrere Verletzte aber auch 280 Festnahmen: ein Erfolg der von dieser neuen Art rechter Gewalt überraschten Polizei sollte man meinen. Trotzdem folgte massive Kritik. Frau Roth sprach von einer Bedrohung der Zivilgesellschaft und der Landtag machte eine Sondersitzung.

Und in Berlin? Hier werden Polizisten, fast schutzlos, dem Mob ausgeliefert. Bei gewaltsamen Übergriffen von über 2000 Linksextremisten werden über 400 Beamte verletzt. Es gibt 290 Festnahmen und der Innensenator spricht von einem Erfolg.

Nein, Herr Körting, dies war eine Niederlage! Eine Niederlage des Rechtsstaates, der Demokratie und der Freiheit.

Thorsten Seeling, Bergkamen

Beste Zeitung

Zu: *PAZ*

Die *PAZ* wird von meiner Frau und mir Artikel für Artikel gelesen. Es ist die beste Zeitung über Jahre, die man in Deutschland lesen kann.

Klaus Staschko, Willich

SPD hetzt Bürger

Zu: „Machtkampf und Klassenkampf“ (Nr. 16)

Die SPD befindet sich auf einem für unser ganzes Land sehr schlechtem Wege. Sie dividiert die Bürger auseinander und schafft Fronten, wie wir sie nur aus der Weimarer Zeit kennen, auf die dann Hitler folgte. Neid kann nicht die treibende Kraft in einem Wahlkampf sein. Es steht keiner Partei zu, die Bürger aufeinander zu hetzen. Nur wir alle können die SPD aufhalten, wenn wir nicht ihren Schalmeienklängen folgen.

Gunther Knafel, Saale



Leben im Lager: Die Kinder schafften es noch am ehesten, sich mit der Tristesse abzufinden. Bild: Archiv

Unterwerfung

Zu: „Ausgrenzung ohne Beispiel“ (Nr. 17)

Vorauseilende Unterwerfung ist leider in unserem Land weit verbreitet und hat nun einen Höhepunkt in der Ausgrenzung der deutschen Autoren gefunden, die jenseits von Oder und Neiße beheimatet sind. Man fragt sich, was nicht noch alles in unserem Lande möglich ist.

Ist es denn so schön, sich in fremder Leute Hintern einzunisten? Hat dieser deutsche Staat überhaupt noch ein historisches Recht, weiter zu existieren? Es scheint nicht schade um ihn zu sein.

Hansheinz Saurbier, Oschatz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Dänische Ärzte retteten meine Schwester Renatchen

Zu: „Kindergräber im Dünensand“ (Nr. 20)

Eva Dröses Behauptung, daß dänische Ärzte die Behandlung von kranken Deutschen nach der Flucht in Dänemark ablehnten, muß ich in einem selbst erlebten Fall widersprechen: Als Zeitzeuge war ich vom 22. März 1945 bis 1. Dezember 1947 (Jahrgang 1934) Flüchtling und Internierter in Dänemark. Mein kleines Schwesterchen Renate, vier Jahre alt, war am 5. Juni 1945 schwer erkrankt, sie hatte hohes Fieber. Sie wurde nach ärztlicher Untersuchung mit dem Ambulanzauto von Givskud in Jütland nach Give ins städtische Krankenhaus gefahren. Das Gemeindehaus war am 25. März 1945 unsere erste Einquartierung. Unsere Mutter durfte auch mitfahren. Nach ihrer Rückkehr teilte sie uns den Befund mit, daß Renatchen eine schwere Lungenentzündung habe, die sie sich auf der vierwöchigen Flucht zugezogen habe. Nach etwa 14 Tagen durfte Mutter mit Sondergenehmigung (wir waren ab 6. Mai 1945 schon Internierte) die Kleine im Krankenhaus besuchen. Sie mußte aber den zehn Kilometer langen Weg von Givskud nach Give per pedes zurücklegen. Die Freude war groß, der Kleinen ging es gut, sie war bei den dänischen Ärzten in den besten Händen. Am 18. Juli 1945 wurde sie aus dem Krankenhaus in Give als geheilt entlassen. Meine Schwester gehörte zu den wenigen Kleinkindern, die die Strapazen überlebt hatten. Renate ist jetzt 68 Jahre alt und erfreut sich bester Gesundheit.

Arno Zilian, Lübeck

Politiker dienen zuerst sich selbst

Zu: „Wir schulden Politikern für Rentenerhöhung keinen Dank“ (Nr. 20)

Wofür sollten wir Politikern überhaupt Dank schulden? Gibt es denn Politiker, die nur das Lebensziel haben, sich in den Dienst unseres Heimatlandes zu stellen, die keinen persönlichen Zweck verfolgen? Ich vermag das nicht zu glauben. Und wenn es nicht ein materieller Vorteil ist, dann ist es die Eitelkeit, sich im Spiegel ob einer erreichten Position zu bewundern. Und die Ausübung von Macht hat doch auch gewaltige Reize, Politiker tun uns nichts zu Gefallen. Was sie tun und auch uns nützt, dient vor allem ihren eigenen Zwecken. Wer daran zweifeln sollte, muß nur die Wahlprogramme der Parteien studieren.

Bernd Bielitzer, Berlin

Todesangst in Marienburg

Zu: „In Marienburg wurden 2500 Tote exhumiert“ (Nr. 20)

Zu den Berichten in Ihrer Zeitung über das Massengrab in Marienburg können meine Schwester Hedwig Denecke, 86 Jahre, mein Bruder Benno Döhler, 71 Jahre, und ich, Rosemarie Busche, 73 Jahre, etwas beitragen. Ich habe zweimal versucht, dieses Erlebnis zu Papier zu bringen, aber jedes Mal hat mich die „alte Angst“ erwischt und die Trauer über das Verhalten unserer Regierung zu diesem Thema gelähmt.

Wir waren von Danzig aus, versehen mit einem russischen Passierschein und den Worten: „zurück nach Hause und arbeiten wie bei CHitler“ zu Fuß in Richtung Allenstein unterwegs.

Zwischen dem 10. und 18. April 1945 wurden wir von polnischen Soldaten in der Stadt Marienburg von der Straße aus mit sehr barschem Ton in ein sehr großes Haus unweit der Marienburg – oder waren es Räumlichkeiten, die dazu gehörten, das wissen wir heute nicht mehr genau – befehligt.

In einem kahlen Raum in einer Ecke saßen drei bis vier Frauen mit mehreren Kleinkindern zusammengekauert. Nachdem man uns die andere Ecke zugewiesen hatte, stiegen die polnischen Soldaten eine breite Treppe zur nächsten Etage hoch, die wohl schon belegt war.

Es war eine schreckliche, angstvolle Atmosphäre in diesem völlig leeren, nackten Raum. Meine Mutter bedeutete uns kopfnikkend den Raum leise zu verlassen. Wir sind ganz schnell durch mehrere Gäßchen und Ecken wortlos gegangen, eher gelaufen, bis wir in „Sicherheit“, außer Reichweite waren.

Und so sind wir wohl durch den Wagemut unserer Mutti dem Tod davongelaufen. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Toten in Marienburg preußische Flüchtlinge aus Danzig und Umgebung waren. Die Anzahl der Toten entspricht ungefähr den marschierenden Menschengrüppchen, denen wir begegnet sind. Sie sind wahrscheinlich alle den Mördern in die Hände gefallen. Unserer Mutter können wir für das „zweite“ Leben nicht mehr danken. Sie ist mit 85 Jahren verstorben. Aber wir wissen wenigstens jetzt, warum wir damals in diesem schrecklichen Raum so eine Angst hatten.

Wenn Sie die „Diensteinsätze“ dieser polnischen Soldaten herausfinden, dann wissen Sie, und wir, wer die „tapferen“ Einsätze geleitet hat.

Rosemarie Busche, Bad Neuenahr-Ahrweiler

Wie kann Laibach Tito ehren?

Zu: „Peinlicher Beschluß“ (Nr. 20)

Das ist nicht nur peinlich, das ist ein zum Himmel schreiender Skandal. Tito ist der Massenmörder des Balkans. Ungezählte Volksdeutsche sind seinen Mörderbanden zum Opfer gefallen. Wo er Macht ausübte, herrschte die Gewalt. Er soll verflucht sein in alle Ewigkeit. Wenn Laibach ihn ehren sollte, sollten wir Laibach vergessen und die diplomatischen Beziehungen zu Slowenien einfrieren.

Albert Bose, Neubrandenburg

Zur Versöhnung gehört Wahrheit

Zu: „Vom Geist der Versöhnung geleitet“ (Nr. 18)

Darüber lohnt es sich nachzudenken. Versöhnung will jeder redliche, friedliche Mensch. Aber es ist nicht damit getan, Versöhnung zu wollen. Sie muß auch auf festem Boden stehen, und der muß wahrhaftig sein. Da haben Lügen und Fälschungen keinen Platz. Auch nicht ein Wille zur Vergebung, der dem anderen selbst die Lügen vergibt. Versöhnung und Wahrheit gehören zusammen. So ist zu fragen, ob die Mitglieder des Stiftungsrates überhaupt alle die Wahrheit kennen, ob sie sich um die Wahrheit bemüht haben. Wenn schon bei den deutschen Mitgliedern am notwendigen „Unterbau“ Zweifel erlaubt sind, was wird dann sein, wenn Polen mitzureden haben?

Ich meine, daß wir Deutschen über eine Erinnerungsstätte an die Vertreibungen verfügen müssen.

Hans-Peter Steding, Neunkirchen

Disqualifiziert

Zu: „Die linke Front bröckelt“ (Nr. 19)

Frau Schwans Warnungen vor Unruhen ähneln verblüffend dem, was man in der Rhetorik eine Paralipse oder Praeteritio (praetrire=übergehen) nennt (Tenor: „Ich will ja nicht davon reden, daß ...“ „Und ganz zu schweigen davon, daß ...“), bei der man also argumentationstaktisch und genüßlich etwas dadurch hervorhebt, daß man vorgibt, es übergehen zu wollen. Cicero läßt grüßen. Die Grenze zwischen einem anregenden „Ich fürchte“ und „Nun macht mal“ ist fließend. Frau Schwan zündelt somit. Wenn ein Gewerkschafter so argumentiert, ist das ein Ärgernis, wenn die Aspirantin für das höchste Staatsamt das tut, ist das ein Skandal. Diese Person hat sich für dieses Amt disqualifiziert.

Dr. Ing. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Keineswegs ein Einzelfall

Zu: „Das ist die Angst der Polen“ (Nr. 16)

Wie viele dieser Leserbriefe würde es noch geben, wenn nicht schon so viele der deutschen Opfer tot wären und in der Bundesrepublik nicht die politische Feigheit herrschte? Wie viele hätten sich wohl zu Wort gemeldet, wenn sie mit offenen Ohren hätten rechnen können. Und wie viele hätten wohl nie einen solchen Leserbrief schreiben können, weil von ihren Familien niemand polnischen Terror überlebt hat?

Natürlich war es nur eine Minderheit der Polen, die man als Mörderbande bezeichnen kann, und natürlich hat kein heute lebender Pole die Verbrechen an Deutschen zu verantworten, und natürlich wollen wir mit den Polen in Frieden zusammenleben. Aber warum soll nicht ans Licht der Öffentlichkeit, was Deutschen angetan worden ist?

Was das politische Polen sich gegenüber unserem Land erlaubt, ist die Folge des Verhaltens der deutschen politischen Klasse.

Gottfried Kronacher, Konstanz

Bibeltreue qualifiziert bei EKD offenbar nicht

Zu: „Tendenz zum Chamäleon“ (Nr. 19)

Über die Wahl von Frau Göring-Eckardt zum EKD-Synodenpräses werden sich Christen nicht freuen, für die das Lebensrecht Ungeborener sowohl biblisch als auch durch Artikel 1 Grundgesetz (Menschenwürde) begründet ist. Abgesehen von der Linkspartei hat wohl keine im Bundestag vertretene Partei so sehr im Sinne einer „Kultur des Todes“ gegen den Schutz Ungeborener gekämpft wie die Grünen, denen der neue Präses in führender Position angehört. Insofern bestätigt diese Wahl den unevangelischen Kurs Evangelischer gegen das von Gott geschenkte Leben. Die Wahl des Gegenkandidaten Günther Beckstein wäre hingegen ein Lichtblick gewesen. Er darf nun als Vize einflußloses, konservatives Feigenblatt spielen.

Insgesamt scheint es bei den EKD-Wahlen doch so, daß ein politisches Amt – möglichst im politisch linken Spektrum ausgeübt – mehr qualifiziert als Bibeltreue. Dazu paßt die – sachlich übrigens deplazierte – gleich nach der Wahl verlautbarte und vom Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir beklatschte Äußerung Göring-Eckardts, daß sie sich mehr Akzeptanz für Homosexuelle wünscht. Der EKD hätte man nicht nur einen Präses mit mehr biblischem Fundament, sondern auch mit etwas mehr Realitätssinn gewünscht. Schutz brauchen heute – wie man an den Ausschreitungen in Marburg sah – nicht die Homosexuellen, sondern die Christen.

Andreas Späth, 1. Vorsitzender der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern e.V., München

Beschränkt

Zu: „Ausgrenzung ohne Beispiel“ (Nr. 17)

Welch armselige Charaktere sind denn diese Verfasser des „Literarischen Führers Deutschland“?

Wieder einmal bestätigt sich für mich, daß Intelligenz und Dummheit in einem Kopf bequem Platz haben und wahrscheinlich nichts von der gegenseitigen Nachbarschaft wissen, obwohl der Platz dort „beschränkt“ ist.

Wolfgang Hoffmann, Buchholz



Nr. 22 – 30. Mai 2009

MELDUNGEN

Vize-Chefin des VdG kommt aus Ostpreußen

Oppeln – Am 11. Mai wurde Kristine Plocharski auf der Wahlversammlung des „Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“ (VdG) einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie war in der vergangenen Wahlperiode ein aktives Vorstandsmitglied, das immer sehr bedacht war, den deutschen Gesellschaften zu helfen. Die Fahrten nach Oppeln waren zum Teil recht beschwerlich,



so Kristine Plocharski. Doch das schreckt die 59jährige nicht, die auch Vorsitzende der „Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit“ (AGDM) ist. Auf dem neuen Posten ist sie für alle deutschen Gesellschaften im Norden der Republik Polen zuständig (von Stettin bis Goldap und Treuburg). *Bel*

Opfer einer Falschmeldung

Los Angeles – Von ihm könne er noch viel lernen, er sei einer der größten Schauspieler unserer Zeit. Dies sagte der US-Schauspieler Tom Hanks über seinen deutschen Kollegen Armin Müller-Stahl. Der 1930 in Tilsit geborene Armin Müller-Stahl ist dieser Tage mit Hanks in der Verfilmung des Thrillers „Illuminati“ von Dan Brown zu sehen. Der Ostpreuße spielt den aufstrebenden Kardinal Strauss – eine Schlüsselfigur in dem Hollywood-Reißer über den Vatikan. Dies sorgte für Verwunderung, war doch vor knapp zwei Jahren vermeldet worden, daß Müller-Stahl sich mehr der Malerei widmen und somit mit der Schauspielerei aufhören wolle. „Den Eindruck muß ich korrigieren“, sagte er jetzt der „Welt“. „Vor zwei Jahren habe ich einem Journalisten im Rahmen einer Ausstellung meiner Bilder gesagt, daß ich mit meiner Zeit geizen



werde. Es ist richtig, ich werde die Filmerei langsam auslaufen lassen, denn inzwischen bin ich 78, da wird meine Zukunft knapp, und es gibt noch andere Dinge, die ich außerhalb der Schauspielerei realisieren möchte ... Aber prompt stand in der Zeitung: ‚Müller-Stahl hört auf‘. Jetzt werde ich bei allen möglichen Interviews gemaßregelt, weil ich in diesem Jahr mit einem Film nach dem anderen im Kino zu sehen bin. Aber zwischen ‚langsam auslaufen lassen‘ und ‚aufhören‘ ist ein großer Unterschied. Ich möchte meine Glaubwürdigkeit nicht an solchen falschen Zitaten messen lassen.“ *Bel*

Geheimnisvolle Klänge

Museumsnacht und Festivals: Königsberg begrüßt den Sommer

In diesem Jahr fand in einigen europäischen Städten die fünfte lange Nacht der Museen statt. Als gesamteuropäisches Projekt stand sie unter der Schirmherrschaft des französischen Kulturministeriums. Die erste Museumsnacht fand 1997 in Berlin statt.

Die Berliner Museumsnacht wurde zum Pilotprojekt für alle folgenden nächtlichen Museumsöffnungen. In diesem Jahr übernahm die Unesco die Schirmherrschaft, was die internationale Bedeutung dieses Kulturprojekts unterstreicht.

In Königsberg gab es 2006 zum ersten Mal eine Museumsnacht. Damals nahmen nur vier städtische Museen daran teil, und es kamen nur 1000 Besucher. Im vergangenen Jahr kamen bereits 4000 Menschen, der Andrang war so groß, daß es zu Beschwerden gekommen war, weil manche Interessierte für ihr ausgegebenes Geld (350 Rubel = 8,30 Euro) nur die Rücken anderer Leute gesehen hätten statt der erwarteten Attraktionen und Vorführungen. Deshalb hatten die Veranstalter in diesem Jahr nur halb so viele Karten verkauft und gleichzeitig den Eintrittspreis auf 450 Rubel (10,35 Euro) erhöht. Zum Vergleich: In St. Petersburg kostete ein Mehrfachticket 250 Rubel (5,75 Euro), in Moskau ließ man die Besucher kostenlos ein.

Trotz finanzieller Schwierigkeiten fand nun zum vierten Mal eine Museumsnacht in Königsberg statt. Die Gebietsregierung stellte dafür 100 000 Rubel (2300 Euro) zur Verfügung, etwa die gleiche Summe gab die Stadtverwaltung für Busse aus, die in der Museumsnacht zwischen den Museen pendelten.

Sechs städtische und sieben Gebiets-Museen hatten speziell für diese Nacht ein exklusives Programm erarbeitet. Die Königsberger Kulturzentren hielten für die Gäste viele Überraschungen bereit. Die Vorführungen wiederholten sich. So konnten die Besucher fast alle Aufführungen einmal sehen, wenn sie von einem Museum zum nächsten fuhren. Die eingesetzten Busse waren ständig überfüllt.



Kneiphof: Festbühnen in Domnähe laden zum Verweilen ein. Bild: Tschernyschew

Auf dem Ausgrabungsgelände beim Schloß waren anstelle der Wikingerrufe des Vorjahres nun geheimnisvolle Klänge fernöstlicher Musik zu hören, zu denen sich junge Tänzer aus dem Märchen „1001 Nacht“ virtuos bewegten. Das kunsthistorische Gebietsmuseum begrüßte seine Gäste mit einer unerwarteten Bewirtung. Im Museum stand ein echter Bienenstand. Honignaschend wurden sie zum Stück „Die Dich Liebende“ des Volkstheaters der Jugend geführt, andere zur Ausstellung, die Immanuel Kant und E.T.A. Hoffmann gewidmet war.

Das Programm des Bernsteinmuseums war zweigeteilt: Auf dem Museumsvorplatz konnten die Gäste eine Feuershow bewundern und den Auftritt eines Blasorchesters, drinnen erwartete sie eine Show der Luftakrobaten „Schwebend durch die Nacht“. Vor den Mauern der Festung Dohna (Bernsteinmuseum) gab es diesmal eine Oldtimer-Ausstellung mit alten Automobilen, Motorrädern und Motorrollern.

Die Kunstgalerie erweiterte in der Museumsnacht ihr Fach und stellte auch Musiker vor. Zuerst trat eine Jazzband mit der Vorstellung „Grapelli und 5 Kilogramm Noten!“ im Geiste der 30er Jahre auf, danach führte das Tanztheater „Werchotur“ sein Stück „Irgendwo da unten“ auf.

Das Museum Friedländer Tor hatte eine Musikgruppe aus Deutschland eingeladen. Die „Lüneburger Schrotttrommler“ erstaunten die Zuschauer mit ungewöhnlichen Klängen: Handkarren, Waschschüsseln, Kochtöpfe, Kanister, Tanks und ähnliche Haushaltsgegenstände dienten als Instrumente. Dazu sprangen und tanzten die Musiker. Im „Königstor“ erzählten die Organisatoren den Besuchern von den Geheimnissen der Natur, besonders von den Rätseln der Kurischen Nehrung. Unter dem Mikroskop konnten die Gäste Mikroorganismen beobachten.

Die lange Nacht der Museen war jedoch erst der Beginn eines Veranstaltungszyklus‘ in Königsberg. Dazu gehörte unter anderem ein Blasorchesterfestival für Kinder und Jugendliche , das gemeinsam mit dem Festival „Sterne des Baltikums“ durchgeführt wurde. Den Höhepunkt bildete ein farbenfroher Orchesterumzug durch die Hauptstraßen, der am Dom endete. Auf dem Kneiphof gab es ein buntes Volksfest. Auf verschiedenen Bühnen zeigten Künstler ihr Können. *Jurij Tschernyschew*

Hohenstein: Im Zeichen des 650. Jubiläums

Vertreter der Kreisgemeinschaft Osterode nehmen an Jubiläumsfeierlichkeiten teil

Die Entstehung der Stadt Hohenstein ist eng mit der Tätigkeit des Osteroder Komturs Günther von Hohenstein verbunden. Auf seine Initiative wurde 1350 am jetzigen Standort mit dem Bau einer Burg begonnen, neben der auch eine Siedlung entstand, die von Handwerkern und Kaufleuten bewohnt war. 1359 erhielt diese Siedlung den Namen Hohenstein und die Stadtrechte verliehen.

Die 650jährige reichhaltige multikulturelle und überwiegend deutsche Geschichte der Stadt bildet für die ehemaligen und heutigen Einwohner ein wichtiges gemeinsames Erbe, und aus diesem Grunde steht das gesamte Jahr 2009 ganz im Zeichen dieses bedeutsamen Jubiläums, das mit vielfältigen Veranstaltungen begangen wird.

Darunter war auch vom 1. bis 4. Mai ein Treffen mit Partnern, zu denen die Stadt vertragliche Beziehungen unterhält. Hieran nahmen neben Vertretern aus Strängnäs (Schweden), Banska Stiavnica (Schemnitz/Slowakei), Felsözsolca (Ungarn), Labiau (Königsberger Gebiet), der Samtgemeinde Walkenried und der Feuerwehr Bad Sachsa auch Vertreter der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. (KGO) teil.

Die KGO und die Stadt Hohenstein haben im Mai 2005 eine Vereinbarung abgeschlossen, welche die damals bereits über zehnjährige Zusammenarbeit auf eine vertragliche Grundlage stellte.

Ziel dieser Vereinbarung ist es, das gemeinsame historische Erbe, das Andenken an die ehemaligen Einwohner der Stadt und das Wissen über die Geschichte der Stadt zu wahren und zu pflegen sowie die heute hier lebende deutsche Volksgruppe zu unterstützen. Im einzelnen sieht diese Vereinbarung eine Zusammenarbeit in folgenden Bereichen vor:

- Erhaltung der Kulturgüter der Stadt, die bis 1945 entstanden sind, und Vertiefung des historischen Wissens über die Stadt und die Gemeinde.
- Einbeziehung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. in die Arbeiten zur Sicherung, Erhaltung und Wiederherstellung von Sehenswürdigkeiten, Gebäuden und Denkmälern im Gebiet der Stadt und der Gemeinde unter Beachtung der deutschen Vergangenheit sowie bei der Pflege der deutschen Friedhöfe.
- Verbreitung und Vertiefung des Wissens über die Tätigkeit von bedeutenden Persönlichkeiten, die vor 1945 in Hohenstein gelebt haben.
- Erforschung und Bewahrung historischer Ereignisse aus der Zeit vor 1945.
- Unterstützung der Identität, der kulturellen Traditionen und der Lebensweise der deutschen Volksgruppe sowie Hilfe im sozialen und humanitären Bereich.
- Förderung des Erlernens und Gebrauchs der deutschen Sprache.
- Unterstützung der in der Stadt wirkenden deutschen Gesellschaft.
- Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und Kontakte zwischen den ehemaligen und den heutigen Einwohnern der Stadt, insbesondere durch Einladungen zu Veranstaltungen und Unterstützung gegenseitiger Besuche, vor allem junger Menschen.
- Förderung des Tourismus und möglichst auch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Gleiche Vereinbarungen bestehen auch zwischen der KGO und den Städten Osterode/Ostpreußen, Liebemühl sowie den Landgemeinden Osterode/Ostpreußen, Gilgenburg, Lokken und Grünfelde.

Die Vertreter der KGO überreichten dem Bürgermeister und dem Rat der Stadt in der Ordensburg ein Wappen von Hohenstein als Erinnerungsgeschenk. Die Besichtigung einer Ausstellung, und des restaurierten Burgwalls mit Erläuterungen zur Stadtgeschichte zählten zum Veranstaltungsprogramm. Die Stadtgeschichte wurde historisch realistisch dargestellt. Den Höhepunkt bildete ein internationaler Bauernmarkt auf dem Gelände des Freilichtmuseums nahe der Stadt mit musikalischen Auftritten von Folkloregruppen und vielfältigen Angeboten an zirka 70 Ständen – ein wahres Volksfest. *Edgar Steiner*

Aus: Osteroder Zeitung, Ausgabe Mai 2009

Kräfte bündeln

Neues von den Deutschen in Elbing

Die Vereinigung der Deutschen in Elbing hat eine neue Vorsitzende und will sich dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren anschließen. Diese Änderungen beschloß die Gesellschaft auf ihrer jüngsten Vollversammlung. „Der Dachverband hat uns auf vielfache Weise seine Obhut spüren lassen. Wir sind immer wieder zu Veranstaltungen und Feiern eingeladen worden“, erklärt die neue Vorsitzende Róza Kankowska den Beitrittsbeschluß. Bei den Begegnungen seien persönliche Kontakte zur deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen entstanden, was nun den Ausschlag gegeben habe, berichtet das „Schlesische Wochenblatt“.

Außerdem gehöre Elbing auch zur selben Wojwodschaft, erklärt die neue Stellvertreterin, Regina Czymbor. „Jetzt können wir noch enger zusammenarbeiten.“ Henryk Hoch, der Vorsitzende der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren ist hoch erfreut über den Zuwachs, schließlich sei sein Verband dazu da, die Deutschen in der Wojwodschaft möglichst gemeinsam zu vertreten. Elbing nehme man „ganz besonders bereitwillig auf. Man hat dort eine gute Geschäftsstelle sowie Leute mit Ideen und Tatkraft.“ Zu den weiteren Stärken der rund 400 organisierten Elbinger gehörten die guten Kontakte zu den anderen Minderheiten, namentlich den Ukrainern, den Roma, den deutschen Gesellschaften in Pommern und natürlich zu den vertriebenen Elbingern. Auch die Kontakte zur Stadtverwaltung seien gut auch wenn es in diesem Jahr zum ersten Mal keine Deutschkurse gebe. *K.B.*

Künftig zusammen mit Ermland/Masuren

Kein Herz für Deutsche im Osten

Helmut Sauer: Frau Schwan sind die Deutschen in Polen egal – Koordinatoren-Rolle

Die „Schlacht“ um das Schloß Bellevue ist geschlagen, Gesine Schwan hat gegen Amtsinhaber Horst Köhler den Kürzeren gezogen“. Doch als ausgewiesene Polen-Expertin ist die Professorin aus Frankfurt an der Oder weiterhin eine wichtige Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und vor allem eine Schlüsselfigur der deutsch-polnischen Beziehungen.

Schon deswegen verdient die Kritik von Helmut Sauer, dem Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU an Frau Schwan weiterhin Beachtung. „In ihrer Arbeit als ‘Koordinatorin für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit’ des SPD-geführten Auswärtigen Amtes hat Schwan es seit Jahren versäumt, auch die Interessen der deutschen Minderheit in Polen zu berücksichtigen“, bedauert Sauer das Verhalten Schwans. „Dabei geht es hier um mindestens 300000 Menschen, die laut Artikel 116 des Grundgesetzes Deutsche sind. Gerade diese, der Nachkriegsgeschichte geschuldete Situation sollte die deutsche Minderheit zu einem besonderen Faktor innerhalb der deutsch-polnischen Beziehungen machen.“ Davon aber habe Frau Schwan nichts erkenne lassen, im Gegenteil: „Schwan sprach sich in Polen gegen deutschsprachige Kindergärten und Schulen aus. Das ist die Wahrheit!“

Mit dieser deutlichen Stellungnahme erwiderte der CDU-Bundestagsabgeordnete ein öffentliches Plädoyer der früheren Verfassungsrichterin Jutta Limbach (SPD) für die Wahl ihrer Parteifreundin Schwan zur Bundespräsidentin. In dieser wenige Tage vor der Präsidentenwahl in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Lobeshymne erklärte Limbach unter anderem: „Nicht zuletzt ihr Engagement in der deutsch-polnischen Nachbarschaft zeichnen sie aus“, und „auf Menschen pflegt sie zuzugehen, weil sie weiß, dass Versöhnung nicht allein auf der Ebene von Regierungen gelingen kann“.

Schwan lehnt sogar deutsche Schulen in Oberschlesien ab

Dazu Sauer: „Jederzeit hätte die selbsternannte ‘bekennende Christin’, die als Sozialdemokratin es wohl als besonders wichtig erachtet, in Polen ihre katholische Glaubenszugehörigkeit hervorzuheben, auf diese Menschen zugehen können. Niemals hat sie aber auch nur den Versuch unternommen, sich mit Vertretern der auf Bezirksebene aktiven Organisationen des Verbands der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), dem dortigen Dachverband der Deutschen Minderheit, zu treffen. Gesprächspartner aus den Bezirken Schlesien, Breslau, Oppeln, Grünberg, Allenstein, Danzig, Stettin, Lodsch und Thorn bestätigten dies.

Dieses offensichtliche Desinteresse an einem Teil des deutschen Volks, diese Vernachlässigung geradezu, wiegt umso schwerer, wenn man sich Schwans fortwährenden Einsatz für die polnischen Interessen in Deutschland vor Augen führt: Die Erinnerung an ihre Parteinahme gegen die Nominierung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, in den Stiftungsrat der staatlichen „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist noch frisch. Da die Deutschen in Schlesien zum großen Teil deutsche Staatsbürger sind, bewertet Sauer die Haltung Schwans als „Amtspflichtverletzung“. *OMV/K.B.*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

Wie genau unsere Leserinnen und Leser die Ostpreußische Familie durchforsten und versuchen, Lösungen zu finden oder erste Informationen zu ergänzen, zeigen die Zuschriften, die uns in den letzten Wochen erreichten. Manchmal sind es nur ein paar Zeilen, öfters längere und sehr in das Detail gehende Ausführungen wie die von Herrn **Dr. Hans-Dietrich Nikolaisen** aus Büsum. Sie betreffen die bereits geklärte Frage nach den deutschen Besitzern des Hauses Ernst-Wichert-Straße 1 in Königsberg-Maraunenhof, die von der heute dort wohnenden Russin **Olga Popova** über ihre deutsche Freundin **Ilse Meier,** Bad Salzuflen, gestellt wurde. Herr Dr. Nikolaisen konnte nun alle Bewohner der damals im Besitz der Steinmetzwitwe **Anna Kliesch** befindlichen Villa und des ebenfalls ihr gehörenden gegenüberliegenden Hauses Ernst-Wichert-Straße Nr. 2 auflisten. Zu einem der Mieter hatte Herr Dr. Nikolaisen persönliche Beziehung, denn es war sein Klassenlehrer an der Hindenburg-Oberschule, **Curt Madeika**. Dies und noch viel mehr konnte er Frau Meier mitteilen, wobei ein Hinweis noch besonders wichtig ist: Im Bildband „Königsberg in Preußen, die nördlichen Stadtteile“ von Gerhard Thiering sind beide Häuser abgebildet. Vielen Dank für Ihre Mühe, lieber Herr Dr. Nikolaisen, die Sie sich ja auch im Fall des Königsbergers **Wolfgang Schneider** gemacht haben, der sein Geburtsgeheimnis zu enträtseln sucht. Leider hat auch Ihr Hinweis auf die Preußische Staatsbibliothek in Berlin, in der die Königsberger Tageszeitungen aus der betreffenden Zeit einzusehen sind, nichts erbracht, seine Geburtsurkunde war nicht zu finden. Aber schon das Mitdenken, Mitfühlen unserer hilfsbereiten Leser ist für viele Suchende ein großer Gewinn.

Es gibt schwierige Wünsche, die kaum zu erfüllen sind. Und so ist auch eingetreten, was ich schon bei der Veröffentlichung vor zwei Jahren vermutete: Auf die Frage nach der „Poscheruner Mühle“ bei Tauroggen hat sich niemand gemeldet. Herr **Andreas Marecki** aus Dresden wollte gerne etwas mehr über diesen historischen Ort im äußersten Nordosten wissen, an dem im Dezember 1812 die denkwürdige Konvention von Tauroggen unterzeichnet wurde. Auf russischer Seite von General Diebisch-Sabalkansky, auf preußischer von General York, dem ein Denkmal in Form eines „Yorksteins“ gesetzt wurde. Dieser Stein wurde von Litauern als Musikerdenkmal umgenagelt. „Wer weiß etwas von dieser Aktion und wann sie erfolgte?“ fragten wir damals. Leider gab es keine Antwort. Nun hat Herr Marecki aber einige Aufnahmen bekommen, die den Yorkstein zeigen, der auch „Zarendenkmal“ genannt wird, darunter eine aus heutiger, litauischer Zeit. Die historische Aufnahme von dem Yorkstein stammt von **Oppeln-Bronikowski** aus dem Ersten Weltkrieg. Hier weiß Herr Marecki aber nicht genau, ob es sich um den bekannten Springreiter oder dessen Vater handelt. Im Hintergrund ist ein Rundturm zu sehen, in dem sich die alte russische Zollgrenzverwaltungsstelle befand. Immer noch fehlen Herrn Marecki Hinweise auf ein altes Ölgemälde von der Poscheruner Wassermühle, ob und wo es noch existiert, und ob es farbige Abbildungen in Büchern oder Zeitschriften gibt. Vielleicht hilft ja jetzt die Nachfrage weiter? (Andreas W. Marecki, Hermann-Schmidt-Platz 8 in 1259 Dresden.)



Yorkstein in Tauroggen: Auch Zarendenkmal genannt.

Bild: privat

Wir können wieder einmal gratulieren, wieder zu der Verleihung der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und wieder an einen Menschen aus unserer Heimat – diesmal aber an eine Frau: **Anita Motzkus** aus Schönlinde, Krs. Gerdauen, erhielt im Schloß Reinbek die vom Bundespräsidenten Horst Köhler verliehene Auszeichnung aus der Hand des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen. Mit dieser Ostpreußin wird eine Frau geehrt, die ihr eigenes Schicksal hinter das der Menschen stellt, die auch heute noch, 65 Jahre nach dem Russeneinfall in Ostpreußen, Unterstützung und Anerkennung benötigen, denn beides wurde ihnen bisher versagt – die sogenannten „Wolfskinder“ die in Litauen verbliebenen Waisen aus dem nördlichen Ostpreußen. Auch Anita Motzkus war als Fünfjährige bettelnd durch Litauen gezogen, und deshalb liegt ihr die Hilfe für die damals entwurzelten Kinder am Herzen, nicht nur für die 20 aus ihrem Heimatkreis Gerdauen stammenden, sondern für alle noch lebenden „Wolfskinder“, deren Zahl noch knapp unter 100 liegt. Den Laudatoren und den zur Feierstunde am 20. Mai in das Schloß Reinbek Geladenen war es in seiner ganzen Bandbreite aber nicht bekannt, und sie lauschten deshalb sichtlich berührt den Ausführungen von Frau Motzkus, die diesem Teil ihrer Betreuungsarbeit in ihrer Dankesrede viel Platz einräumte. Denn ausgezeichnet wurde die in Hamburg lebende Ostpreußin für ihr gesamtes Betätigungsfeld, das zum großen Teil in Schleswig-Holstein liegt. Rendsburg ist die Patenstadt von Gerdauen, hier liegt ihr heimatliches Refugium und das kam auch in der Laudatio zum Ausdruck:

Ruth Geede Foto: Pawlik

„Anita Motzkus engagiert sich seit Jahrzehnten im humanitären und kulturellen Bereich. Seit über 40 Jahren gehört sie der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen an. Sie gibt immer wieder den Anstoß zu Hilfsaktionen und unterstützt sowohl private wie auch offizielle freundschaftliche Begegnungen mit den heute russischen Bewohnern im ehemaligen Heimatkreis. Insbesondere engagiert sie sich für die „Wolfskinder“ in Litauen unter anderem durch außerordentliche Spendenaktionen. In Presseveröffentlichungen, Vorträgen und persönlichen Gesprächen weist sie auf das weithin unbekannte Schicksal dieser ostpreußischen Waisen hin, deren schwerer Schicksalsweg 1945 begann und bis heute dauert. Zu den Wolfskindern in Litauen aus dem Kreis Gerdauen hält sie persönliche Kontakte und steht ihnen als Ansprechpartnerin zur Seite. Sie setzt sich für die Völkerverständigung und humanitäre Unterstützung ein.“ In Bezug auf das nördlichste Bundesland heißt es dann weiter: „Im Heimatmuseum Kreis Gerdauen mit angeschlossenem Archiv in Rendsburg organisierte sie unter dem Schirm der Patenträgerschaft von Stadt Rendsburg und Kreis Rendsburg-Eckernförde eine neue Ausstellung und vermittelte die Mitgliedschaft der Heimatstube Kreis Gerdauen im Museums-Verein Kreis Rendsburg-Eckernförde“. Weiter wird ihre vielseitige Tätigkeit für die Kreisgemeinschaft Gerdauen vor allem auf dokumentarischem Gebiet herausgestellt, mit der sie zum Erhalt ostpreußischen Kulturguts erheblich beiträgt. Wir können das aus Sicht der Ostpreußischen Familie nur unterstreichen, denn Anita Motzkus, mit der ich seit Jahrzehnten eng zusammenarbeite und die mir oft in schwierigen Fällen geholfen hat, ist eine verläßliche Ansprechpartnerin und immer für eine engagierte Mitarbeit bereit. Deshalb, liebe Anita Motzkus, möchte ich Sie sehr herzlich zu der verdienten Anerkennung beglückwünschen.

Erwähnt werden soll aber auch, daß auf der Veranstaltung im Reinbeker Schloß eine weitere Heimatvertriebene aus dem Osten mit der Verdienstmedaille ausgezeichnet wurde. **Margit Freifrau von Tettau** aus Aumühle hat sich in ihrer über ein halbes Jahrhundert dauernden Tätigkeit große Verdienste um die soziale Integration der Heimatvertriebenen erworben Bis vor zwei Jahren war die heute 82jährige Danzigerin im Lübecker „Bund der Danziger“ aktiv, war als Kulturreferentin der Danziger Frauen und als Landesfrauenreferentin im BdV tätig. Auch als Bundesfrauenleiterin hat sie maßgeblich zur sozialen Eingliederung der Heimatvertriebenen beigetragen und sich im Danziger Förderkreis „Haus Hansestadt Danzig“ in Lübeck eingesetzt.

Nette Briefe sind gekommen, in denen kein Wunsch geäußert, keine Frage gestellt wird, sondern die einfach sagen wollen: Die Ostpreußische Familie ist wunderbar, macht weiter so. Dafür sage ich ganz herzlichen Dank, denn das ist „Ölke oppet Seelke“. Ach ja, unser Platt. Da hatten wir die Frage unseres Lesers **Fridolin Herrgeist** nach einer anderen Bezeichnung für den „Fleischwolf“ in ostpreußischer Mundart gebracht. Ich habe auch darüber gegrübelt, denn ich wußte: So hatten wir zu Hause diese für das „Klopsland Ostpreußen“ unentbehrliche Küchenhilfe nicht genannt. Aber wie? Da kam ein Anruf von einer lieben Leserin, die sagte, daß ihre Mutter immer von der „Maschine“ gesprochen hätte. Da fiel es mir ein: natürlich, wenn Muttchen etwas „durchdrehen“ wollte, bat sie um die „Fleischmaschine“. Ich war nicht darauf gekommen, weil Herr Herrgeist eine plattdeutsche Bezeichnung suchte. Na, vielleicht genügt ihm ja die „Maschien“ – wollen mal abwarten, ob sich noch eine andere Bezeichnung findet.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 101. GEBURTSTAG

Schartner, Frieda, geb. **Schröder**, aus Groß Degesen, jetzt Hardekamp 13, 24620 Bönebüttel-Husberg, am 4. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kramar, Emma, geb. **Bier**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Langenfort 62, 22307 Hamburg, am 7. Juni

Neumann, Kurt, aus Lötzen, jetzt Moltkestraße 17, 73312 Geislingen/Steige, am 2. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ludwig, Margarete, geb. **Tewes**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Frankenweg 8, 74653 Künzelsau, am 4. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Greiner, Frida, geb. **Kloss**, aus Ortelsburg, jetzt Am Knill, 58, 22147 Hamburg, am 7. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ahrens, Dora, geb. **Kudszus**, aus Sensburg, jetzt Hermannstraße 14, 45479 Mülheim an der Ruhr, am 6. Juni

Kankel, Martha, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, jetzt Pestalozzistraße 41, 17438 Wolgast, am 6. Juni

Prostka, Adolf, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Ochsenkoppel 3, 24796 Bovenau, am 4. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bökens, Gertrud, geb. **Braun**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, jetzt Urdenbacher Allee 37, 40593 Düsseldorf, am 2. Juni

Seidel, Heinz, aus Lyck, jetzt Clemens-Cassel-Straße 2, 29223 Celle, am 6. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Birkner, Edith, geb. **Lorenz**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Van Delden Straße 12, 48683 Ahaus, am 2. Juni

Donnerstag, Alfred, aus Wehlau, Deutsche Straße, jetzt Rotdornring 1, 26725 Emden, am 7. Juni

Kloss, Gertrud, geb. **Haupt**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Kluse 7, 58636 Iserlohn, am 5. Juni

Lückert, Hildegard, geb. **Granzow**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lutherplatz 8, 99817 Eisenach, am 5. Juni

Mischorr, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Elsterweg 6, 75382 Althenstett, am 1. Juni

Mrotzek, Gertrud, geb. **Prytulla**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Wiesestraße 35, 32052 Herford, am 6. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gallus, Ursula, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Goethestraße 46, 04924 Bad Liebenwerda, am 1. Juni

Kraska, Ernst, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Putzbrunner Straße 51, 85521 Ottobrunn, am 4. Juni

Kühne, Gerda, geb. **Eder**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dalldorfer Weg 19, 39397 Gröningen, am 2. Juni

Stadie, Herta, geb. **Burscheid**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Johannis-Straße 7, Zimmer 115, 35390 Giessen, am 6. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Cornelsen, Charlotte, geb. **Philipp**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, jetzt Hamburger Straße 71, 28205 Bremen, am 5. Juni

Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Möllner Landstraße 119 c, 22117 Hamburg, am 3. Juni

Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, jetzt Siegener Straße 29, 56477 Rennerod, am 5. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böhmer, Peter, aus Romau, Kreis Wehlau, jetzt Spiegelstraße 53, 38820 Halberstadt, am 5. Juni

Fehlhaber, Frieda, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Kramerstraße 2, 31547 Rehburg-Loccum, am 2. Juni

Johann, Hildegard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Mittelfeld 25, 21339 Lüneburg, am 6. Juni

Kallnischkies, Hedwig, geb. **Böttcher**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, jetzt Pfälzer Straße 6, 65428 Rüsselsheim, am 7. Juni

Karasch, Fritz, aus Rumeyken, Kreis Lyck, und Babeck, Kreis Treuburg, jetzt Kirchweg 8, 39638 Weteritz, am 1. Juni

Mootz, Else, geb. **Salamon**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt In der Römerstraße 181 E/2, 60439 Frankfurt, am 4. Juni

Rimsa, Irene, aus Ebenrode, Kreis Ortelsburg, jetzt Tulpenweg 2, 56587 Straßenhaus, am 4. Juni

Stenzeleit, Erna, geb. **Schapals**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Bruno-H.-Bürgel-Straße 43, 16833 Fehrbellin, am 2. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Dora-Erika, geb. **Laschat**, aus Plein, Kreis Elchniederung, jetzt Wasserstraße 3, App. 208, 59505 Bad Sassendorf, am 2. Juni

Bertuleit, Martha, geb. **Priekuhn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Sadowastraße 18, 23554 Lübeck, am 5. Juni

Bremer, Eva, geb. **Beier**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Lütt-Chaussee 19, 21644 Sauensiek, am 5. Juni

Budzinski, Waltraut, geb. **Hermann**, aus Lyck, Sentker Chaussee, jetzt Wiedeloh 26, 44319 Dortmund, am 6. Juni

Dutz, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, jetzt Breite Straße 1, 37127 Dransfeld-Bördel, am 4. Juni

Geppert, Gerda, geb. **Gallert**, aus Gundau, Kreis Wehlau, jetzt Oberstraße 18 a, 20144 Hamburg, am 1. Juni

Golz, Elisabeth, geb. **Dubaschny**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Hohe Warte 8, 28307 Bremen, am 4. Juni

Klisch, Gertrud, geb. **Jeschonnek**, aus Treuburg, Bussestraße, jetzt Kurze Straße 5, 49477 Ibbenbüren, am 5. Juni

Kühnel, Elfriede, geb. **Janson**, aus Ebenrode, jetzt Dannenbergstraße 34 b, 29456 Hitzacker, am 2. Juni

Lopenz, Christel aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Ohrddrufer Straße 47, 99310 Arnstädt/Thüringen, am 4. Juni

Reit, Hedwig, geb. **Heydasch**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Helgenstock 12, 65719 Hofheim-Wallau, am 2. Juni

Rohwerder, Brigitte, aus Ammerburg, Lötzener Straße 12, jetzt Wallstraße 131, 51063 Köln, am 4. Juni

Ruppelt, Irene, geb. **Plotzitzka**, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Beethovenallee 4, 27474 Cuxhaven, am 1. Juni

Salz, Alfred, aus Jarken, Kreis Treuburg, jetzt Wunramstraße 13, 31139 Hildesheim, am 4. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Inge, geb. **Raethjen**, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, jetzt Havelweg 8, 30559 Hannover, am 1. Juni

Behm, Ingrid, geb. **Alex**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, jetzt Roggestraße 28, 21073 Hamburg, am 3. Juni

Bulda, Gerda, geb. **Pyko**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Ortelsburger Straße 26, 45897 Gelsenkirchen, am 2. Juni

Dürr, Sofie, geb. **Merk**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, jetzt Parkstraße 13, 85748 Garching, am 6. Juni

Freundlich, Margarete, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Kronprinzenallee 188, 42119 Wuppertal, am 2. Juni

Frigge, Siegfried, aus Wehlau, Kirchenstraße, jetzt Im Hundel 48, 46286 Dorsten, am 7. Juni

Gritzka, Kurt, aus Lyck, Litzmannstraße 12, jetzt Passendorfer Weg 3, 06128 Halle, am 3. Juni

Grunewald, Heinz-Erich, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Auf der Wann 6, 35398 Gießen, am 2. Juni

Hipler, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Schwanenteich 1, 53174 Bad Neuenahr, am 4. Juni

Jäger, Hildegard, geb. **Noreikat**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, jetzt Appenroder Straße 7, 38315 Hornburg, am 6. Juni

Janke, Charlotte, geb. **Moysesczik**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Krusenhofer Weg 20, 24647 Wasbek, am 5. Juni

Jucknat, Günther, aus Sinnhöfen, und Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Jahnstraße 79, 22869 Schenefeld, am 6. Juni

Knies, Manfred, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Mühlenstraße 17, 29353 Ahnsbeck, am 5. Juni

Kompa, Gertrud, geb. **Link**, aus Wenden, Kreis Rastenburg, jetzt Lange Straße 137, 32791 Lage/Lippe, am 6. Juni

Kroma, Horst, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Greichenbach 19 b, 37181 Hardegensen, am 4. Juni

Kröhnert, Gerda, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, jetzt Schweizer Straße 8, 47058 Duisburg, am 4. Juni

Kwast, Ursel, geb. **Schröder**, aus Liep, Kreis Königsberg, jetzt Schelpwiese 6, 38226 Salzgitter, am 3. Juni

Lennartz, Ingeburg, geb. **Koprek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Limpericher Straße 7, 53225 Bonn, am 1. Juni

Lorenzen, Ilse, geb. **Butzlaff**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Nordstraße 6-12, 24395 Gelting, am 4. Juni

Lottermoser, Ilse, geb. **Ogorrek**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Reherweg 123, 31787 Hameln, am 4. Juni

Maszycki, Lydia, geb. **Buberrek**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Elsterweg 11, 29614 Soltau, am 2. Juni

Mehner, Lieselotte, geb. **Mertins**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Holm 17, 24119 Kronshagen, am 6. Juni

Möller, Magda, geb. **Gudat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Auf dem Sand 11 a, 21271 Hanstedt-Quarrendorf, am 3. Juni

Müller-Pohl, Edith, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Göteborger Straße 11, 28719 Bremen, am 7. Juni

Näther, Brigitte, geb. **Naraschewski**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Dr.-Otto-Nuschke-Straße 11, 08396 Waldenburg, am 6. Juni

Pasternack, Alfred, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Harkortstraße 11, 59423 Unna, am 4. Juni

Paul, Inge, geb. **Schlemminger**, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Am Kaufhaus 1, 02692 Großpostwitz, am 6. Juni

Peter, Rudi, aus Königsberg, Grolmannstraße 11, jetzt Buchenweg 7, 27412 Tarmstedt, am 29. Mai

Piechottka, Wilhelm, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Grevenweg 21, 20537 Hamburg, am 5. Juni

Sender, Heinz, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, jetzt Lindenplatz 4, 39646 Oebisfelde, am 1. Juni

Schmidtmann, Rüdiger, aus Ortelsburg, jetzt Ziegeleistraße 4, 99817 Eisenach, am 2. Juni

Schoel, Friedrich-Wilhelm, aus Groß Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße, 19417 Nisbill, am 1. Juni

Schultz, Irma, geb. **Stannies**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Gartenstraße 16,19370 Parchim, am 5. Juni

Thimm, Jürgen, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Aulweg 109, 35392 Gießen, am 6. Juni

Weihs, Hildegard, geb. **Jaekel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Sandkäferweg 11, 21077 Hamburg, am 4. Juni

Wrobel, Heinz, aus Treuburg, Hindenburgring, jetzt Saselbergring 15, 22395 Hamburg, am 7. Juni



Tews, Hermann, und Frau Christel, geb. **Neumann,** aus Waltersdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Freiensteinstr. 7, 17209 Massow, am 15. Mai

»Wir gratulieren«
auch im Internet-Archiv unter
www.preussische-allgemeine.de

Königsberger Kriegswaisen

Bad Pyrmont – Die ehemaligen Königsberger Kriegswaisen-Kinder (1945–1947) kommen vom 18. bis 21. September 2009 im Ostheim, Bad Pyrmont, zu einem individuellen, ungezwungenen Treffen zusammen. Kosten pro Person und Tag: 48 Euro bei Vollpension im Einzelzimmer, bei Vollpension im Doppelzimmer 42 Euro. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Helga van de Loo, Telefon (0228) 251271, oder Hannelore Neumann, Telefon (06034) 4581.

Ernst Wiechert-Freundeskreis

Braunschweig – Zwei interessante Vorträge gibt es am Mittwoch, 3. Juni, 16 Uhr, im Stadtparkrestaurant, Jaspersallee 42, Braunschweig. Unter dem Titel „Auf den Spuren des Dichters Ernst Wiechert in der Schweiz“ referiert Kurt Hoffmann über die Zeit des Dichters in der Alpenrepublik. Anschließend berichtet Klaus Hausmann in seinem Vortrag: „Der aktuellste Reisebericht über Königsberg / Kaliningrad – und was zur Erinnerung an Ernst Wiechert in dieser Stadt geblieben ist“ über das heutige Königsberg. Der Eintritt für diese Vortragsveranstaltung des Ernst Wiechert-Freundeskreis-Braunschweig ist frei. Nähere Informationen bei Horst Radeck, Wachholtzstraße 7, 38106 Braunschweig, Telefon (0531) 339690.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein
25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß
12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont
7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6. / 7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
26. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen der LO

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 29. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Deutsche in Sibirien – Wie Rußlanddeutsche in der westsibirischen Steppe leben.
Sonnabend, 30. Mai, 22.10 Uhr, n-tv: Angriff auf die Tipitz.
Sonntag, 31. Mai, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 31. Mai, 21.45 Uhr, Phoenix: Sehnsucht Europa.
Montag, 1. Juni, 20.15 Uhr, RBB: Damals mit Panda, Gorilla & Co. 1844 wurde der Zoologische Garten in Berlin gegründet.
Dienstag, 2. Juni, 20.15 Uhr, RBB: Noble Adressen. Potsdamer Villen – Zwischen Filmkulissen und Preußenschlössern.
Mittwoch, 3. Juni, 21 Uhr, Arte: Überleben im Versteck – Jüdische Kinder und ihre Retter.
Mittwoch, 3. Juni, 23.32 Uhr, ARD: Tiananmen – 3. Juni 1989.
Mittwoch, 3. Juni, 23.30 Uhr, Arte: Die Sonne – Japans Kaiser rüstet sich 1945 für das Leben nach Kriegsende. Geschichtsdrama.
Donnerstag, 4. Juni, 22.05 Uhr, N24: History – Die letzte Feindfahrt.
Freitag, 5. Juni, 22.05 Uhr, N24: Nürnberg – Görings letztes Gefecht.
Freitag, 5. Juni, 23.15 Uhr, DMAX: D-Day in Farbe.

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont / Ostheim – Das Ostheim führt auch im Jahr 2009 wieder die Sommerakademie-Sticken in Bad Pyrmont durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum, Ajour, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten.
Das siebentägige Seminar beginnt am Montag, 27. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Montag, 3. August 2009 nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 403 Euro im Doppelzimmer, 445 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für sieben Tage. Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137. – Die Ausstellung „Käthe Kollwitz – Graphik“ ist noch bis zum 12. Juni im Kulturforum Vis-à-Vis in Buchen zu sehen, Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag und Sonntag von 14 bis 17 Uhr.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 17. Juni, Tagesfahrt der Gruppe zum Kloster Brombach. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, Anmeldungen an Eli Dominik, Telefon (0791) 72553.

Reutlingen – Die Jahreshauptversammlung der Gruppe startete mit einer Kaffeetafel in gemütlicher Gesprächsrunde. Die Mitglieder und Gäste tauschen Erlebnisse aus und diskutieren über Begebenheiten seit der letzten Zusammenkunft. Anschließend eröffnete Frau Hunger die Versammlung mit dem Gedicht „Die Heimat, die heilige Scholle“ und begrüßte die Anwesenden herzlich. Sie dankte der Landesvorsitzenden Uta Lüttich und dem Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Metzingen für ihr Kommen und verlas die Tagesordnung. Ihr folgte Frau Lüttich, die die Anwesenden herzlich begrüßte. Die Totenehrung übernahm Frau Hunger: Brigitte Gutzeit und Ursula Berger traten ihren letzten Gang an. Ferner wurden, stellvertretend für die verstorbenen Angehörigen von Mitgliedern, Frau Thun und Frau Paul genannt. Die Erste Vorsitzende verlas im Anschluß auch den Rechenschaftsbericht, unter anderem über die abgehaltenen Vorstandssitzungen. Zudem trafen sich die beiden Vorsitzenden mehrere Male zu Gesprächen. An der Landesfrauentagung nahmen Frau Orthmann und Andreas Praß teil. Die Landesdelegiertentagung wurde von Frau Hunger und Herrn Praß wahrgenommen. Ebenso wurden von Vorstandsmitgliedern Veranstaltungen der Nachbargruppen in Metzingen und Tübingen besucht. Frau Hunger betonte, daß die Gruppe sehr gute Verhältnisse zu den anderen Gruppen, sowie zur LM Schlesien und LM Pommern aufgebaut hat. Höhepunkt des vergangenen Jahres, war das Deutschlandtreffen in Berlin, an dem die Gruppe mit einem eigenen Reisebus teilnahm. Zur jährlichen Feier am Gedenkstein auf dem Friedhof „Römerschanze“ trafen sich erfreulich viele Mitglieder. Dabei erfreut sich der anschließende Besuch im Restaurant „Edelweiß“ einer besonderen Beliebtheit. Mitglieder, die sich im Altenheim befinden, werden von verschiedenen Vorstandsmitgliedern besucht. Sämtliche Jahresveranstaltungen werden immer noch gut frequentiert, besonders zu Weihnachten und zum Erntedankfest. Abschließend richtete Frau Hunger ihren Dank an die Mitglieder des Vorstandes für die geleistete Arbeit, aber auch an die Helfer im Hintergrund, für die stellvertretend Frau Zaiss und Herr Reinke genannt wurden. Die Kassiererin, Frau Praß, und die Leiterin der Frauengruppe, Frau Orthmann, hielten beide ihren Jahresbericht. Es folgte die Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes. Frau Lüttich bedankt sich für die Rechenschaftsberichte und beantragt die Entlastung des gesamten geschäftsführenden Vorstandes. Die Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes erfolgt einstimmig. Die Kassenprüferin, Frau Stoller bestätigte die ordnungsgemäße und einwandfreie Arbeit der Kassenführerin. Frau Lüttich beantragte daraufhin die Entlastung der Kassenführerin, die einstimmig erfolgte. Für zehnjährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Horst Baron (wegen Krankheit in Abwesenheit), Ingeborg Brosch, Vera Gerlach. Für 20jährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Hans Günther Stobbe und Konrad Berner. Nun wurde es Zeit für die Neuwahlen. Wahlleiterin wurde Uta Lüttich. Als neue Erste Vorsitzende wurde Frau Hunger vorgeschlagen. Deren Wahl erfolgte einstimmig. Als neuer Zweiter Vorsitzender wird Andreas Praß vorgeschlagen, die auch einstimmig erfolgte. Zum neuen Schatzmeisterin wurde Marianne Praß einstimmig gewählt. Als neue Schriftführerin wurde Waltraud Neudahm, die die Wahl unter der Bedingung annimmt, daß sie keine Protokolle schreiben müßte. Hierzu erklärt sich Andreas Praß bereit. Ella Orthmann wurde einstimmig zur Frauengruppenleiterin gewählt. Kassenprüferin wurde Helene Stolle. Ute Durbahn steht als Beirat nicht mehr zur Verfügung. Die Beiräte werden bei der nächsten Vorstandssitzung in den Vorstand berufen. Ilse Hunger bedankte sich bei den Mitgliedern. Sie wies darauf hin, daß sich für die Heimattage Baden-Württemberg 300 Gruppen angemeldet haben. In Absprache mit Herrn Scheffler soll für den Trachtenumzug geplant werden. Allen Mitgliedern, die eine Tracht besitzen, wird eine Teilnahme am Umzug nahe gelegt. Frau Lüttich ist bereit, drei Trachten auszuleihen. Es folgte der Bericht der Landesvorsitzenden Uta Lüttich. Diese empfahl unter anderem die Landesdelegiertentagung, am 19. und 20. September 2009, des Weiteren berichtete sie über die Lage in den einzelnen Gruppen. Es gibt in Baden-Württemberg noch 24 gemischte Ost-Westpreußen-Gruppen und zwei reine Frauengruppen in Schomdorf und Weinheim. Auch auf das nächste Deutschlandtreffen der Ostpreußen verwies sie, es soll im Jahr 2011 stattfinden. Jedoch nicht mehr in Berlin, da die Preise in der Hauptstadt unheimlich gestiegen sind. Frau Hunger beendete die Veranstaltung und wünschte allen eine gute Heimfahrt.

Stuttgart – Mittwoch, 10. Juni, 13.15 Uhr, Stuttgart Hauptbahnhof. Halbtagsausflug der Gruppe nach Waldenbuch, dort um 14 Uhr Besichtigung des Volkskundemuseums, Kaffeetrinken und Rundgang im neuen Museum – mit Möglichkeit zum Einkauf – der Firma Ritter (Schokolade). Informationen und Anmeldungen bei Klaus-Peter Okun, Telefon (0711) 4898879, oder J. Schuster, Telefon (07157) 3593.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 11. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe am Ulmer Rathaus zum Spaziergang im Fischerviertel. Anschließend Einkehr in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 30. Mai, geplant ist etwas zum 60jährigen Bestehen der Gruppe.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 5. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 13. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel am Kuhbogen, Hof. Motto: „Sommer in Ostpreußen“.

Kitzingen – Sonnabend, 6. Juni, 14.30 Uhr, Sommerfest bei den „Meuschel“. Die Teilnehmer erwartet ein „Weinfröhlicher Nachmittag“ in der „Heckenwirtschaft“.

München Nord/Süd – Sonnabend, 13. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel Vorführung des Videofilm „Das neue Bernsteinzimmer“. – Die Zusammenkünfte der Gruppe begannen in diesem Jahr mit einem Vortrag von Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, über das bekannte ostpreußische Liebeslied „Ännchen von Tharau“. Im Februar hielt Dr. Ortfried Kotzian, Direktor des Hauses des Deutschen Ostens München, einen Diavortrag über die von ihm durchgeführte Fahrt nach Danzig, Westpreußen und Masuren. Etwas über die Aktivitäten des BJO erfuhr die Gruppe im März in Wort und Bild von Gernot Danowski vom BJO. Mit gemeinsamem Singen bekannter Lieder und kleinen Wortbeiträgen wurde im April der Frühling begrüßt. Den Höhepunkt der bisherigen Veranstaltungstermine bildete im Mai die 60-Jahrfeier der Gruppe Nord/Süd. Als Gäste sehr zahlreich erschienen. Der Vorsitzende Hansjürgen Kudczinski konnte unter anderem den Landesvorsitzenden F. W. Böld, die Bezirksvorsitzende aus Landshut und Landshut, Abordnungen von Gruppen aus Oberbayern und anderen Landsmannschaften, sowie die Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, Andreas Lorenz (MdL) und Alscher vom BdV begrüßen. Nach der Begrüßung und dem Totengedenken begann der kulinarische Teil mit Unterbrechungen. 13 Mitglieder wurden geehrt für 50 und mehr Jahre Mitgliedschaft. Das Verdienstabzeichen erhielten Astrid v. Menges und Jürgen Wisch; das Ehrenzeichen in Silber wurde verliehen an Heinz Kiupel und Hans-Otto Kößler. Die in Tracht erschienenen Damen erhielten ein Maikäfer-Präsent. Zwischenzeitlich labten sich alle an den Köstlichkeiten des dargebotenen Brunchs. Anschließend gab es einen vom Vorsitzenden zusammengestellten und kommentierten Rückblick mit Dias auf die vergangenen 60 Jahre, der viele Erinnerungen wachrief. Damit endete die dem Anlaß angemessene würdige Feier.

Nürnberg – Freitag, 12. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Es wird ein Videofilm „Erlebnisse von Flüchtlingen“ gezeigt.

Weiden – Sonntag, 7. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Heimgarten.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen – Donnerstag, 4. Juni, 14 Uhr, Grillnachmittag bei Schmidt, Schmiede, Gutsstraße 1-2 (Kladow). Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Lötzen – Donnerstag, 4. Juni, 14 Uhr, Grillnachmittag bei Schmidt, Schmiede, Gutsstraße 1-2 (Kladow). Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Sensburg – Donnerstag, 4. Juni, 14 Uhr, Grillnachmittag bei Schmidt, Schmiede, Gutsstraße 1-2 (Kladow). Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Lyck – Sonnabend, 6. Juni, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Rastenburg – Sonntag, 7. Juni, 15 Uhr, „Stammhaus“, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Frau Sontag, Telefon (033232) 21012.



Wehlau – Sonntag, 7. Juni, 15 Uhr, „Lindengarten“, Alt-Buckow 15 a, 12349 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremen – Dienstag, 9. Juni, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide, Informationen und Kontakt bei Frau Kunz, Telefon 471874. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de











Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 16. August, 14 Uhr, Besuch der Freilicht-Theateraufführung der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird „Das Jahr IX", ein historisches Schauspiel unter der Regie von Vilija Neufeldt. Tagesablauf: 14 Uhr Abfahrt des Busses Kirchenallee, 15 Uhr Kaffee und Kuchen, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt. Gesamtpreis 28 Euro, 18 Euro ohne Busfahrt. Anmeldung und nähere Informationen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520. – **Sonnabend**, 22. August, 8 Uhr, Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat" im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa". Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die Festrede. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 35 Euro. Weitere Informationen beim LvD. Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon und Fax (040) 346359, oder bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 27. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Dazu sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen, bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde einige fröhliche Stunden zu verbringen. Kosten für Kaffee, Kuchen und Videofilm: 5 Euro. Es wird der Film: „Königsberg mit Bootsfahrt nach Pillau" gezeigt. Sie erreichen den Seniorentreffen mit der Buslinie 116, ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis spätestens zum 26. Juni.



Insterburg – Donnerstag, 4. Juni, Tagesausflug der der Gruppe in die „Elbtalaue". Der für den 3. Juni vorgesehene Termin entfällt aus diesem Grunde. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonntag, 14. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein mit Singen im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstr. 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Hanau – Mittwoch, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Wiesbaden – Dienstag, 9. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Motto: „Was da kreucht und fleucht – Allerlei Tierisches".



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Alle sind wieder herzlich eingeladen, am Ostpreußischen Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren teilzunehmen, welches am 25. Juli 2009 im Freilichtmuseum Hohenstein stattfindet. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eigens eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen. In Frauenburg erleben wir ein Orgelkonzert im Dom und besuchen den Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Mit dem Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Außerdem sind für folgende Busreisen 2009 noch Plätze frei: Riesengebirge 14. bis 21. Juni; Thorn–Posen 29. Juni bis 3. Juli; Krakau-Lemberg–Breslau 8. bis 17. Juli; Königsberg 6. bis 12. August sowie Lötzen–Vilnius–Memel–Osterode 21. August bis 1. September. Auskünfte siehe o.g. Anschrift / Telefon.

Güstrow – Mitte Mai besuchten 24 Ostpreußen der Gruppe das in der Nähe von Güstrow gelegene Trakehner-Gestüt Ganschow. Alle hatten sich schon auf diesen Tag gefreut. Der Empfang war zünftig: Eine Gestütsmitarbeiterin überraschte die Gäste mit einem „Gestütsschluck" (Kräuterbitter). Dann ging es zur Besichtigung. Ein Ostpreuße, der jahrelang auf dem Gestüt gearbeitet hat, erklärte alles sehr ausführlich. Pferde wurden vorgeführt, Ställe besichtigt, und danach führte eine einstündige Kremsertour durch die Umgebung des Gestüts – ein Erlebnis in der schönen Natur. Nach dieser Ausfahrt ging es zur vorgebereiteten Kaffeetafel mit frischgebackenem Hefestreuselkuchen feinster Art. Damit ging ein gemütlicher Nachmittag zu Ende. Dem Trakehner Gestüt ist für die gute Betreuung sehr zu danken. Die Güstrower Ostpreußen sehen mit Interesse den jährlichen Stutenparaden entgegen, die im Juli an drei Wochenenden stattfinden.

Neubrandenburg – Das 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern findet am Sonnabend, 3. Oktober 2009, 10 bis 17 Uhr, im Jahn-Sport-Forum, Neubrandenburg statt. Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung gebeten sowie um zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Die Gruppe bietet wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren an. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September 2009 an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Helmstedt – Donnerstag, 4. Juni, 8.30 Uhr, Wassergymnastik im Hallenbad. – Donnerstag, 11. Juni, 8.30 Uhr, Wassergymnastik im Hallenbad. Donnerstag, 11. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. Nähere Auskünfte erteilt H. Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Dienstag, 9. Juni, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 4. Juni, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt, in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B 2. Fahrtkosten: DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395. – Die Gruppe ist nun auch im Internet vertreten: www.ostpreussen-bonn.de Für Verweise (sogenannte „Links") auf diese Seite wäre der Vorstand dankbar. Verlinkungswünsche, Hinweise und Anregungen bitte an den Kassenwart Wilhelm Kreuer, Telefon (tagsüber): (0228) 6824964, Telefon (privat) (02246) 5100, Fax (0228) 682884964, E-Mail: w.kreuer@-arcor.de

Düsseldorf – Mittwoch, 3. Juni, 19 Uhr, Düsseldorfer Chorgemeinschaft mit Iskra Ognyanova im Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH. – Donnerstag, 4. Juni, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Sonntag, 7. Juni, 11 Uhr, Treffen zur Wanderung durch den „Benrather Schloßpark". Treffpunkt ist die Freitreppe vor dem Schloß. – Mittwoch, 10. Juni, 19 Uhr, Düsseldorfer Chorgemeinschaft mit Iskra Ognyanova im Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH. – Freitag, 12. Juni, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Stammtisch" im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62.

Gütersloh – Montag, 8. Juni, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. – Montag, 15. Juni, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. Gütersloh – Sonnabend, 20. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zur Fahrradtour an der Freiherr-vom-Stein-Realschule. Ziel der Fahrt ist die Landkäserei Steinlage in Rietberg-Druffel. Nach der Betriebsbesichtigung mit Käseprobe gibt es Kaffee und Kuchen und die Möglichkeit im Hofladen einzukaufen. Der Tag endet mit einem gemütlichen Grillabend. Anmeldung bei Josef Block, Telefon (05241) 34841 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Haltern – Donnerstag, 4. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Köln – Dienstag, 2. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel International, St. Apernstraße 32, Köln. Es gibt ein leichtes Programm zu Pfingsten. Anschließend, 16 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Berichten aus allen Bereichen (Gruppe, Kasse, Kultur, Prüfung und Neuwahl des Vorstandes).

Leverkusen – Die Gruppe hielt ihre Jahreshauptversammlung mit Wahlen ab. Zu Beginn bat der Vorsitzende um eine Schweigeminute für die Verstorbenen. Danach dankte der Vorsitzende dem bisherigen Vorstand für die vorzügliche Zusammenarbeit, den Kulturgruppen für ihre unschätzbare Leistung und allen, die durch ihre Hilfe, wo immer sie gebraucht wurde, so viel für den Zusammenhalt der Gruppe getan haben. Es folgte die genaue Berichterstattung aller zuständigen Funktionsträger, die mit Zufriedenheit und Zustimmung der Mitglieder aufgenommen wurde. Nach der Entlastung der Schatzmeisterin und des gesamten Vorstandes führte der gewählte Wahlleiter Heinz Lorenz die Wahl des neuen Vorsitzenden durch. Gewählt wurde in Wiederwahl Sigisbert Nitsche als Vorsitzender. Für den Stellvertretenden Vorsitzenden konnte keine Kandidatur gefunden werden. Der nun erweiterte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Schriftführer Heinz Lorenz, Stellvertreterin Christa Olk, Schatzmeisterin Anna Pelka, Stellvertreterin Else Huget, Kulturreferentin Anna Pelka, Stellvertreterin Hedwig Zentek, Frauengruppenleiterin Anna Pelka, Stellvertreterin Else Huget. Beisitzer: Christa Mehlmann, Gerhard Wedig, Leonhard Wedig, Erich Huget und Marta Kaminski Philippe, Stellvertreterin Agnes Thommek. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig gewählt. Alle haben die Wahl angenommen. Der Vorsitzende sprach die Hoffnung auf eine weitere, so gute Zusammenarbeit aus. Nach einer Vesper traten die Tanzgruppe „Die flotten Marjellchen und Bowkes" (Leitung Christa Mehlmann) und die Laiengruppe (Leitung Hedwig Zentek) unter großem Beifall auf.

Neuss – Eine Reise nach Ostpreußen. Die Gruppe Neuss unternimmt dieses Jahr vom 28. Juli bis 6. August eine Busreise nach Ostpreußen mit vielen interessanten Führungen und Besichtigungen. Von Neuss über Stettin, Köslin, Stolp, Danzig, Marienburg, Frische Nehrung, Frauenburg, Allenstein, Lötzen, Thorn. Im Programm bietet man eine Fahrt auf dem Oberland-Kanal, den Rollbergen, dort werden die Schiffe mit Wasserkraft über verschiedene Ebenen gezogen. Auch wird eine Schiffsfahrt auf den masurischen Seen gemacht. Sie erleben die Johannisburger–Heide, in der Sie Natur pur haben. Besichtigen Sie die Marienburg, den größten Backsteinbau Europas, die nach großer Zerstörung originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Die Übernachtungen sind in guten polnischen Mittelklassehotels mit Halbpension. Erleben Sie Ostpreußen in seiner ganzen Schönheit. Sicherlich haben Sie schon viele Filme in den Medien über Ostpreußen gesehen, es ist aber kein Vergleich, diese Schönheit in natura zu erleben. Auf der gesamten Reise wird großer Wert darauf gelegt, daß es keine Hektik gibt und Sie das reichhaltige Programm in Ruhe erleben und genießen können. Natürlich ist man mit einer deutschsprachigen Reiseleitung unterwegs. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400, Fax (02131) 7429078.

Siegburg – Montag, 8. Juni, Treffen der Gruppe im Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Diese Treffen finden jeden zweiten Dienstag im Monat statt.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 29. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 5. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 18. Juni, 14 Uhr, Fahrt der Gruppe nach Mainz-Lerchenberg, Spaziergang im Olmer Wald mit Einkehr im Bürgerhaus. Treffpunkt: 14 Uhr, vor der Gaststätte Biertunnel, Bahnhofsplatz 2, Mainz.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden kann.
Jean Paul

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Elisabeth Schacht
geb. Weislowski

* 27. 10. 1909 in Braunsberg — † 16. 5. 2009 in Marl

In stiller Trauer:
Manfred Schacht mit Andreas Schacht
Elisabeth Fechter, geb. Schacht und Kurt Fechter
Udo Fechter und Astrid Timmermann Fechter
Thomas Fechter und Angela Fechter, geb. Höltken
und alle Angehörigen

45770 Marl, im Mai 2009

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 22. Mai 2009, um 13.00 Uhr in der Auferstehungskirche in Marl an der Westfalenstraße statt.
Anschließend gegen 14.00 Uhr erfolgte die Beisetzung auf dem Hauptfriedhof in Marl an der Sickingmühler Straße (Blumensiedlung).



Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können.

Horst Neumann

* 18. September 1934 in Peitschendorf, Kreis Sensburg — † 12. Mai 2009 in Bendorf a. Rh.

Traurigen Herzens nehmen wir Abschied von meinem Lebensgefährten, Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel.

Im Namen aller Angehörigen
Karin Zminkowski

56170 Bendorf, Horchemsweg 34

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 6. Juni, 9.45 Uhr, Tagesausflug der Gruppe vom Neustadter Bahnhofsvorplatz. Mit dem Zug geht es nach Wachenheim. Nach einem 15minütigen Spaziergang erreicht man die Sektkellerei Schloß Wachenheim. Dort nimmt die Gruppe an einer Führung teil und verkostet anschließend drei verschiedene Sekte. Zum Mittagessen und gemütlichen Beisammensein begibt man sich in eine nahe gelegene Gaststätte. Die Kosten für Bahnfahrt, Führung und Sektprobe belaufen sich auf 10 Euro. Verbindliche Anmeldungen an Manfred Schusziara, Telefon (06321) 1873699, bis zum 30. Mai.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

Landesgruppe – Unter dem Titel: „Wir haben Sachsen verändert" läuft noch bis zum 5. Juni im Bürgerfoyer des sächsischen Landtags in Dresden eine Ausstellung, die sich mit dem Thema Vertreibung beschäftigt. Folgende Schwerpunkte finden dabei Berücksichtigung: 1. Die Vertriebenen vor der Vertreibung, 2. Flucht und Vertreibung, 3. Flüchtlinge / Vertriebene in Sachsen (in der SBZ, der DDR nach der Wende). Diese Ausstellung wurde zusammen mit anderen Landsmannschaften in Sachsen konzipiert.

Chemnitz – Sonnabend, 6. Juni, 10.30 Uhr, 6. Frauenseminar der Landesgruppe im „Platner Hof", Chemnitz. Die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, referiert zu Leben und Schaffen von Lovis Corinth. Ferner wird der Zerstörung Königsbergs im August 1944 – vor 65 Jahren – gedacht. Umrahmt wird die Veranstaltung durch den Chor „Lied der Heimat". Alle interessierten Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 3. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus", Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Donnerstag, 11. Juni, 13.30 Uhr, Treffen der Gruppe Tierpark / Rosenkaffee.

Dessau – Montag, 8. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Dienstag, 9. Juni, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post. – Dienstag, 9. Juni, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen" in der Immermannstraße 19. – Freitag, 12. Juni, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

Osterburg – Busfahrt der Gruppe zur Bundesgartenschau nach Schwerin. Kosten 35 Euro pro Person.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Das letzte Treffen war wieder gut besucht. Nach der Begrüßung erinnerte Gisela Brauer an Herta Nowack, die bis zu ihrem Tode im April 2009 mit der Gruppe eng verbunden war. Die Zweite Vorsitzende dankte wieder für den liebevoll gedeckten Kaffeetisch. Der Nachmittag wurde mit einem Lied eingeleitet. Dann stand „Essen in Ostpreußen" wieder auf dem Programm. Katharina Makarowski hatte einen heiteren Text darüber mitgebracht, als der Gemüseanbau in Ostpreußen von der Regierung verordnet wurde. Bis dahin war doch Fleisch aller Art das Grundnahrungsmittel in Ostpreußen. Von den Bauern wurde der Anbau von Gemüse sehr skeptisch aufgenommen; ja, man sah sogar eine Gefahr, wenn Gemüse zum Bestandteil der Ernährung werden sollte. In der lebhaften Aussprache kamen immer wieder neue Gedanken zum Vorschein, so daß beinahe das Kaffeetrinken vergessen wurde. Georg Baltrusch konnte später von einer landsmannschaftlichen Sitzung in Kiel dazukommen. Zur Freude der Teilnehmer las er eine Anekdote über den überaus gewissenhaften Hilfs-Schrankwärter Koschorreck, der einen Eisenbahnwaggon gekauft hatte, nachdem er als Pensionär sein Bahnwärterhäuschen als Dienstwohnung räumen mußte. Der Waggon wurde zwischen zwei Prellböcken aufgestellt. Sein früherer Vorgesetzter, der Reichsbahnrat, erlebte auf seinen Dienstreisen so manche Überraschung, wenn er seinen gewissenhaften Beamten vor seinem „Eigenheim auf Rädern" antraf. Als Geburtstagskinder des Monats April wurden Georg Baltrusch und Boris Makarowski mit einer Flasche Wein geehrt.

Bad Schwartau – Mittwoch, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Samos", Eutiner Ring 7, 23611 Bad Schwartau. Egon Milbrod hält einen Diavortrag „Australien mal anders".

Mölln – Mittwoch, 3. Juni, 8 Uhr, Tagesfahrt der Gruppe, aus Anlaß des 60jährigen Bestehens der Gruppe, nach Hamburg. Der Tagesablauf ist wie folgt geplant: Abfahrt: 8 Uhr Betriebshof Voßkuhl, 8.05 Uhr Feuerwehr, 8.10 Uhr Schneiderschere, 8.15 Uhr Haltestelle im Wasserkrügerweg, 8.30 Uhr ZOB Mölln. In Hamburg: 9.45 Uhr Stadtrundfahrt (unter anderem mit Besuch der Speicherstadt), 11.30 Uhr Mittagessen „Kramer Amtsstuben, 14 Uhr Bergedorf-Vierlandenfahrt bis Jungfernstieg (diese Schiffsfahrt dauert etwa drei Stunden). Rückkehr nach Mölln: 18–18.30 Uhr. Die Busfahrt, die Stadtführung, die Schiffsfahrt und das Mittagessen sind für die Mitglieder frei, Sie brauchen nur die Getränke selbst zu bezahlen. Im Bus wird eine Speisekarte herumgereicht, nach der jeder ein Gericht auswählen kann. Auf dem Schiff gibt es Möglichkeit Kaffee zu trinken (Selbstzahler). Für Nichtmitglieder kostet die Fahrt, einschließlich Bus, Stadtführung, Mittagessen und Schiffsfahrt 40 Euro. Getränke müssen selbst bezahlt werden. Anmeldungen umgehend an Bruno Schumacher, Telefon (04542) 5044.

Neumünster – Donnerstag, 11. Juni, 12 Uhr, Jahresausflug der Gruppe nach Hamburg. Dort unter anderem eine Schiffsfahrt auf der Alster. Abfahrt ist um 12 Uhr am Bus-Bahnhof Neumünster hinter dem Finanzamt. Das Mittagessen findet im Café Wien, einem ehemaligen Alsterdampfer, statt. Eine Alsterschiffsfahrt führt ab Jungfernstieg durch den Osterbekkanal, den Barmbeker Stichkanal, den Stadtparksee und den Goldbekkanal. Die Rückkehr in Neumünster wird gegen 19 Uhr sein. Anmeldungen bitte bis 2. Juni 2009 unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 30. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Eigenprogramm mit Singen, Spielen und Geschichten.

Uetersen – Dienstag, 23. Juni, Sommerausfahrt nach Neustadt/Ostsee. Es werden noch Mitfahrer gesucht. Anmeldungen und Informationen beim stellvertretenden Vorsitzenden Jochen Batschko, Telefon (04122) 82403.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 6. Juni, 10 Uhr, landesweites Ostpreußentreffen im Rahmen der „Ostdeutschen Kulturtage" im Hotel Thüringen, Weimar. Unter dem Motto: „Freund Adebar in unserer Heimat – was man über ihn weiß und was man so von ihm erzählt". Der Storch gehört neben Elch und Trakehner-Pferd zu den Symbol-Tieren der Heimat und wird bei Heimatbesuchen stets zum Anziehungspunkt. Durch den Vortrag soll auf die natürlichen Bedingungen verwiesen werden, die der Storch dort vorfindet und Kenntnisse vermitteln über Körperbau, Nahrungsaufnahme, Brutverhalten und Vogelzug. Dabei sollen lustige Verteilchen in Mundart über den Storch nicht zu kurz kommen. Im Anschluß an den Vortrag ist selbstverständlich ein zünftiges Kulturprogramm, mit der Folkloregruppe Wandersleben, vorgesehen. Bringen Sie bitte Freunde und Bekannte und vor allem Kinder und Enkelkinder mit.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Im Dienst für die Heimat – Als Werner Grisar am 18. Mai 1939 im Kreis Goldap geboren wurde, war die Welt noch einigermaßen in Ordnung. Aber schon Monate später begann der Zweite Weltkrieg und das Schicksal nahm seinen unheilvollen Lauf. Im Januar 1945 erreichte das Drama einen ersten Höhepunkt. In der Nähe von Angerburg wurde die flüchtende Familie von den Soldaten der Roten Armee eingeholt. Erst 1957 gelang nach mehreren vergeblichen Anträgen die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Beruflich mußte sich Werner Grisar neu orientieren. In der Heimat war er bei der polnischen Post angestellt. In Bremen gelang ihm jedoch der berufliche Einstieg im Karosseriebau mit gutem Erfolg. Als Industriemeister im Karosseriebau im Werk von Daimler Benz ging er in den Ruhestand. Schon vor der Wende hat er in unserer Kreisgemeinschaft auf vielen Gebieten mitgearbeitet. Viele Jahre hat er auf Reisen der Kreisgemeinschaft Angerburg in die Heimat und bei Begegnungen mit polnischen Gesprächspartnern als Dolmetscher fungiert. Auch Berichte aus polnischen Publikationen hat er ins Deutsche übersetzt und Kontakte mit den heutigen Bewohnern und den in der Heimat verbliebenen Deutschen vermittelt. Außerdem ist Werner Grisar als Reiseleiter tätig auf den jährlichen Fahrten nach Angerburg und Masuren. Auf diesen Reisen wird den Teilnehmern die Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie von Stadt und Kreis Angerburg in Erinnerung gerufen. Ferner bearbeitet der Jubilar seit dem 1. Oktober 1996 die Familiennachrichten und verschickt zu hohen Geburtstagen die Glückwünsche der Kreisgemeinschaft an die Angerburger. Diese zeitaufwendige Arbeit erledigt Werner Grisar außerordentlich zuverlässig. Für seinen vorbildlichen Einsatz für Angerburg und Ostpreußen wurde er am 8. September 2007 mit dem „Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen" ausgezeichnet. Die Kreisgemeinschaft Angerburg gratuliert Werner Grisar recht herzlich zum 70. Geburtstag und wünscht ihm für die kommenden Jahre alles erdenklich Gute und beste Gesundheit.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Martin Heyser, Telefon, Billungstraße 29, 26614 Soltau, Telefon (05191) 978932, E-Mail: mheyser@gmx.de. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (05191) 978932, Billungstraße 29, 29614 Soltau.

Ebenrode Nachruf – Am 7. Mai 2009, kurz nach Vollendung seines 85. Lebensjahres, verstarb unser ehemaliger Kreisvertreter Paul Heinacher. Die Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) verliert mit ihm eine ihrer großen, führenden Persönlichkeiten. – Seit 1977 war Paul Hei-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

nacher im Kreistag tätig, zunächst als Kirchspielvertreter. Bereits zwei Jahre später wurde er Mitglied des Vorstandes sowie gleichzeitig Schriftleiter. Nicht nachlassende Tatkraft und sein Blick für die wesentlichen Erfordernisse führten immer wieder zu bemerkenswerten Erfolgen, sei es in der Neugestaltung des Heimatbriefes, der Einrichtung der Heimatstube oder bei der Vorbereitung der verschiedenen Heimattreffen. 1988 wurde er zum Kreisvertreter gewählt. Ein Jahr später begann die Zeit der politischen Wende. Gerade für Europa waren die Folgen bedeutsam, denn das Ende des „Kalten Krieges“ ermöglichte die Öffnung der Ost-West-Grenzen. Nach Jahrzehnten der hermetischen Abriegelung als militärisches Sperrgebiet wurde auch Nordostpreußen wieder zugänglich. Kreisvertreter Paul Heinacher war einer der ersten, die die Tragweite dieses Geschehens erkannten, und setzte unverzüglich alle Hebel in Bewegung, um Kontakte zu der russischen Verwaltung in unserer alten Heimat herzustellen. Das gelang und führte schnell zu umfangreichen Maßnahmen im humanitären und kulturellen Bereich. Große Hilfstransporte trugen dazu bei, die Not der Menschen dort zu lindern, die Schloßbacher Kirche wurde geräumt, unsere Kreisgemeinschaft war an Maßnahmen der Sanierung und des kulturellen Austausches beteiligt, ob in Trakehnen oder in Göritten. In seiner umfassenden, mutigen Reaktion auf die politischen Ereignisse und dem folgenden couragierten Engagement in der alten Heimat dürfte Paul Heinachers größtes Verdienst liegen. Sein Wirken wurde anerkannt mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen und mit der Wahl in den Bundesvorstand. – Nun ist er von uns gegangen. In den letzten Jahren als Kreisvertreter fiel ihm die Wahrnehmung seiner vielfältigen Aufgaben zunehmend schwerer. Für 2003 kündigte er sein Abtreten an, aber nochmals ließ er sich wählen, als sich zunächst kein Nachfolger fand. Erst 2004 konnte er sich zurückziehen. Danach war er noch als Kreisältester zwei Jahre lang aktiv. Paul Heinacher war ein ganz Großer, den die Kreisgemeinschaft nun verloren hat. *Martin Heyser, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen).*



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Treffen der drei ostpreußischen Heimatkreise: Tilsit-Ragnit, Elchniederung und Stadtgemeinschaft Tilsit – Ende April fand ein Regionaltreffen von Tilsit-Ragnit, Elchniederung und Stadtgemeinschaft Tilsit in Magdeburg statt. Nach den Treffen 2006 in Sindelfingen durch die Kreisgemeinschaft Elchniederung und 2007 in Kiel durch die Stadtgemeinschaft Tilsit war jetzt der Heimatkreis Tilsit-Ragnit für die Ausrichtung im AMO-Haus in Magdeburg verantwortlich. Zuerst erfolgte ein musikalischer Auftakt durch den Ostpreußen-Singkreis Magdeburg, und dann konnte der Kreisvertreter von Tilsit-Ragnit, Hartmut Preuß, rund 279 Landsleute begrüßen. Es folgten die Grußworte des Stadtvertreters von Tilsit-Stadt, Ulrich Depkat, und des Kreisvertreters der Elchniederung, Manfred Romeike. Danach wurde durch Frau Fürstenberg eine einfühlsame Totenehrung vorgenommen. Nach dem geistlichen Wort und den Grußworten des Vertreters der Stadt Magdeburg erfolgte ein zweiter Auftritt des Ostpreußen-Singkreises. Wer sich an die Heimat erinnern wollte, konnte sich ostpreußische Bücher und Landkarten im Foyer ansehen und kaufen, sich über Heimatreise informieren oder einfach mit seinen Nachbarn über frühere Zeiten plachandern.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (02234) 71906, Am Clarenhof 18, 50859 Köln.

Kirchspieltreffen Eschenau / Klingerswalde – Das nächste Treffen des Kirchspiels Eschenau / Klingerswalde findet am 12. und 13 September 2009 im „Elbotel“, Fritz-Triddelfitz-Weg 2, 18069 Rostock, statt. Unterkunft kann im genannten Hotel gebucht werden. Alle Fragen bitte an Josef Spill, Kuphalstraße 54, 18069 Rostock, Telefon (0381) 8099063, E-Mail: Josef.Spill-@web.de



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. September 2009 – Eine zehntägige Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. September, Abfahrt ab Duisburg, 6 Uhr, Zwischenübernachtung in Schneidemühl Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostop) und Braunsberg zur Grenze. Dort erwartet die Reisegruppe die russische Reiseleiterin Nadja, zwecks beschleunigter Abfertigung. Drei Übernachtungen in Rauschen im Hotel Universal mit Tagesausflügen. Ab 12. September fahren wir nach Pillau und dann weiter Richtung Königsberg. Dort wohnen wir bis zum 16. September im Hotel Kaliningrad. Am 16. September, 8 Uhr, geht es zur Grenze nach Braunsberg. Weitere Informationen und das komplette Programm und Anmeldungen bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Der Pfingstheimatbrief Nr. 132 – Der Pfingstheimatbrief ist inzwischen fertig gestellt und in Druck gegeben worden. Diese Ausgabe enthält neben vielen interessanten Themen auch einen Hinweis auf das Neidenburger Heimattreffen am 20. September 2009 im RuhrCongress Bochum, wozu wir herzlich einladen. Alle Landsleute und Freunde der Kreisgemeinschaft, die in der Versandliste erfaßt sind, erhalten den Heimatbrief noch vor Pfingsten. Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber bekommen möchte, teile bitte seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Ein Exemplar wird dann umgehend zugesandt. Eine große Anzahl der Weihnachtsausgabe unseres Heimatbriefes konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, da sich die Anschriften der Landsleute geändert hatten. Alle Bezieher werden deshalb erneut dringend gebeten, Adreßänderungen und sonstige Personenstandsänderungen sofort den Mitgliederdatenverwalter Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Diedrichstraße 2, 24143 Kiel, Telefon und Fax (0431) 77723, E-Mail: Kiellinie9@gmx.de.

Realgymnasium / Oberschule für Jungen – Das 66. Schultreffen fand in Wittenberg statt. Drei Tage lang wandelten wir auf den Spuren Martin Luthers. Nirgends ist die Geschichte der Reformation so eindrucksvoll zu spüren wie hier. Fast jedes Haus atmet Reformationsgeschichte. Direkt neben dem Lutherhaus, in dem der Reformator 40 Jahre lebte und arbeitete, befand sich unser Hotel. Insgesamt 58 Teilnehmer waren angereist. Die offizielle Eröffnung erfolgte nach der Kaffeetafel. Gernot Grübler verlas Grüße und bat dann den neuen Stadtvertreter um seine Grußansprache. Ulrich Depkat berichtete von dem Wechsel in der Führungsmannschaft der Stadtgemeinschaft, würdigte das Wirken der Schulgemeinschaft als tragenden Pfeiler der heimatverbundenen Arbeit und zeichnete Lm. Grübler in Würdigung seiner ehrenamtlichen Tätigkeit mit dem Silbernen Ehrenzeichen aus. Dann ergriff Hans Dzieran das Wort zu seinen Ausführungen, die er dem 170. Gründungstag des Tilsiter Realgymnasiums gewidmet hatte. Er gedachte der Schule „Überm Teich“, die heute vor einer ungewissen Zeit steht, die aber weiterlebt in den Herzen und Hirnen ihrer Schüler und im Wirken der Schulgemeinschaft SRT. Am nächsten Tag erlebten wir an Bord der MS Lutherstadt Wittenberg während einer zweistündigen Schiffsfahrt die faszinierende Flußlandschaft der mittleren Elbe. Am Nachmittag besuchten wir die Stadtkirche St. Marien, wo Luther seinen ersten evangelischen Gottesdienst in deutscher Sprache hielt. Beim Betreten der Kirche wurde der Blick sofort gefangengenommen von dem großen Reformationsaltar, gestaltet von Lucas Cranach. Den Abschluß bildete ein halbstündiges Orgelkonzert. Wittenberg war eine Reise wert.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Regionaltreffen – Seit einigen Jahren ist es üblich, daß die benachbarten Heimatkreise Tilsit-Ragnit, Elchniederung sowie die Stadtgemeinschaft Tilsit ihr jährliches Heimattreffen gemeinsam veranstalten. Das ist schon aus Gründen der rückläufigen Mitgliederentwicklung zwingend erforderlich. Die Verantwortung für die Durchführung der Treffen geht reihum und der Ort wechselt regional. Bisherige Austragungsorte der letzten Jahre waren Potsdam, Sindelfingen und Kiel. Diesmal war es Magdeburg. Das Treffen war unter der Regie der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit vorbereitet und die Standortwahl erwies sich als großer Treffer. Die Stadt ist zentral gelegen; war mit Bahn und Pkw gut erreichbar und das AMO, ein früheres Kulturhaus, bot einen großen Saal, gute Akustik, eine ansprechende Bühne, flotte Bedienung, preiswerte Speisen und Getränke, kostenfreie Parkmöglichkeiten, bequeme Bestuhlung – was will man noch mehr? Eine stabsmäßige von Walter Klink ausgearbeitete Organisation lenkte die Besucher an die Tische ihrer Kreisgemeinschaften und die 13 Kirchspiele des Kreises Tilsit-Ragnit. An die 300 registrierte Teilnehmer waren zusammengekommen, mehr als die Hälfte aus den neuen Bundesländern. Punkt 10 Uhr eröffnete Kreisvertreter Hartmut Preuß offiziell das Treffen und hieß alle Teilnehmer herzlich willkommen. Ein besonderer Gruß galt den zahlreichen Ehrengästen, darunter dem Vertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Magdeburg, Beigeordneter Rainer Nitsche und dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen in Sachsen-Anhalt, Bruno Trimkowski. Grußansprachen hielten auch der neue Stadtvertreter von Tilsit, Ulrich Depkat, und der Kreisvertreter der Elchniederung, Manfred Romeike. Nach der Totenehrung, vorgenommen von Irmgard Fürstenberg, ergriff die Pfarrerin Höppner das Wort zur geistlichen Andacht. Einen herzlichen Willkommensgruß der Stadt Magdeburg und ihres Oberbürgermeisters Dr. Trümper entbot der Beigeordnete für Wirtschaft, Rainer Nitsche. Selbst vom Vertreibungsschicksal geprägt, wünschte er allen Anwesenden eine gute Zeit und der Veranstaltung einen guten Verlauf. Für gute Stimmung sorgte der Ostpreußen-Singkreis Magdeburg. Er bot ein mitreißendes Repertoire an bekannten Heimatliedern und regte mehrfach zum Mitsingen an. Durch das musikalische Programm führte Irmgard Fürstenberg mit bewegenden Worten und in unverfälschter Tilsiter Mundart. Nach dem Mittagessen nahm das Plachandern kein Ende. Viele alte Bekannte feierten ein Wiedersehen und zahlreiche neue Bekanntschaften wurden geschlossen. Wo Ostpreußen zusammenkommen, gibt es immer viel zu erzählen, Erinnerungen an die Heimat und an Flucht und Vertreibung, aber auch Schilderungen von Besuchen in der früheren Wohnorten, von den Eindrücken über deren heutigen Zustand und von den Kontakten mit den dort lebenden Russen machten die Runde. Großen Zuspruch fanden die Stände mit der Heimatliteratur und die Angebote von Reiseveranstaltern. Kreisvertreter Hartmut Preuß konnte in seinen Gesprächen mit den Besuchern viel Lob ernten und das Treffen als vollen Erfolg einschätzen. Das nächste Treffen der „Drei“ wird 2010 unter der Regie der Kreisgemeinschaft Elchniederung stattfinden.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

»Steingewordener Glaube«

Mit dem Kirchenbau im Banat beschäftigte sich eine Sonderausstellung in Düsseldorf

Im Foyer vor dem Eichendorff-Saal des Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Hauses konnte eine interessante Präsentation des Donauschwäbischen Zentralmuseums (DZM) Ulm besichtigt werden. Die als Wanderausstellung konzipierte Schau des DZM und der Kulturreferentin für Südosteuropa, Dr. Swantje Volkmann, informiert über die kirchliche Architektur im Banat des 18. Jahrhunderts. Anhand mehrerer Kirchenbauwerke wird unter dem Titel „Steingewordener Glaube“ ein Eindruck von der stereometrischen Architektur des 18. Jahrhunderts im Banat vermittelt. Der Betrachter erfährt aber auch, wie diese entstand, welche Vorbilder sie hatte und wie sie die Landschaft bis heute prägt.

Bei der Ausstellungseröffnung – im Beisein von Konrad Grundmann, Staatsminister a. D., Vorstandsvorsitzender des Gerhart-Hauptmann-Hauses, Dr. Winfrid Halder, Direktor des Gerhart-Hauptmann-Hauses, und Barbara Gaug, Vorsitzende der Landsmannschaft der Banater Schwaben in Nordrhein-Westfalen – hob Dr. Swantje Volkmann die wichtigsten Etappen der Entstehungsgeschichte der Kirchen im Banat hervor und verwies auch auf Aspekte der gegenwärtigen Situation der Baudenkmäler.



Sankt-Georgs-Kathedrale Temeswar: Zu den repräsentativen Kirchenbauten im Banat gehört die Sankt-Georgs-Kathedrale von Temeswar. Bild: DG

Grundlage der Dokumentation sind moderne Architekturfotos, die mit historischen Aufnahmen sowie Plan- und Kartenmaterial ergänzt werden. Ausgangspunkt ist die Zeit um 1718 – als das Banat vom Osmanischen Reich in den Besitz der Habsburger überging. Parallel zur Kolonisation des Landes erfolgte die kirchliche Reorganisation. Eine Sonderstellung innerhalb der Architektur dieser Region nimmt die Dorfkirche ein. Sie besticht weder durch besondere Schönheit, noch durch innovative Lösungen als Zeichen einer Stilepoche. Der Landkirchenbau im Banat des 18. Jahrhunderts war wegweisend für das gesamte Architekturbild der Monarchie als Bestandteil der Kolonisationsgeschichte.

Je nach Lage des Ortes, Anteil der römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft oder der rumänisch- oder serbisch-orthodoxen Gemeinschaft, verfallen heute im Banat die katholischen Gotteshäuser und werden durch einen prachtvollen größeren oder auch kleineren Neubau überstrahlt. Aber es gibt auch Ausnahmen. Die römisch-katholische Diözese renoviert einige Kirchen in Gemeinden, die noch einen relativ hohen Anteil an katholisch Gläubigen besitzen. Andere Baudenkmäler werden von Heimatortsgemeinschaften in Stand gehalten. Das bischöfliche Ordinariat Temeswar verwaltet 400 Kirchen und Kapellen, davon eine hohe Zahl sanierungsbedürftiger Anlagen.

Die Nutzung und Instandhaltung der vorhandenen Bausubstanzen übersteigen die Möglichkeiten der Bevölkerung schon seit vielen Jahren. Hinzu kommt, daß – anders als in Siebenbürgen, wo eine Fülle von qualitätsvollen Beispielen kunsthistorischer Relevanz vorhanden ist – die Bedeutung der Banater Architektur nicht vorrangig in den Einzelbeispielen zu suchen ist, sondern in ihrer Einheitlichkeit. Die serielle Bauweise sowie die Entstehung und Verwendung von Typisierungsmodellen führte zu einem einzigartigen Siedlungsbild, das wegen seiner geradezu industriellen Produktion bewahrungswürdig ist. *Dieter Göllner*

Opas Kahn in Loye

Was bleibt ist die Erinnerung

Mein Herz hängt sehr an dem idyllischen Fischerdorf Loye am Kurischen Haff in der Memelniederung im nördlichen Ostpreußen. Was ich bei den Großeltern in den Jahren 1931 bis 1940 erlebte, gehört zu den schönsten Kindheitserinnerungen.

Opas kleiner Handkahn hatte es mir angetan. Schon 1931, im

»Inbegriff der Sicherheit«

vorschulischen Alter von sechs Jahren, durfte ich mit Opa auf das Haff hinaus segeln. Für eine Segelfahrt mußte der Kahn zuerst vorbereitet werden. Großvater holte den Mast mit dem Segel und Spriet, die Mastbank, das Holzschwert, das Stechruder und die Wasserschippe vom Hof, wo die Segelausrüstung in der Fahrenszeit, Frühjahr bis Herbst, unter dem überhängenden Stalldach aufbewahrt wurde. Meine herzensgute Oma half dabei und verstaute fürsorglich das Vesperbrot in der kleinen Kajüte hinten, der Deckel ließ sich abnehmen. Ich selbst beschäftigte mich mit dem dunkelgrün gestrichenen Kinderpaddel, denn schon von klein auf machte der verständnisvolle Opa seine Enkel mit Aufgaben der Erwachsenen vertraut.

In eine Joppe warm eingehüllt, saß ich, vor Fahrtwind und Unbilden des Wetters geschützt, vorn im Steven des Kahns. Hart klatschten die Haffwellen gegen den Bug, und öfter ergoß sich die abprallende weiße Gischt, ohne mich groß zu berühren, seitwärts in die Bootsmitte, von Opa sofort über Bord geschippt. Sicher steuerte er den leichten Kahn mittels eines Stechruders (Paddel), bediente das Sprietsegel und beim Wenden das an der Mastbankmitte kettenbefestigte, zierliche Holzschwert, das statt eines Kieles an der Leebordwand tief ins Wasser gedrückt werden mußte. Angst verspürte ich nie, denn Opa war für mich der Inbegriff der Sicherheit. Mit ihm hätte ich bis ans Ende der Welt segeln können.

Einmal legte Opa weit draußen im Haff an einem Keitelkahn an und verhandelte mit der Besatzung wegen einer Mahlzeit frisch gefangener Fische. Wohl von den Fischern unerwartet, rief ich mit hoher aber fester Stimme: „Opa, soll ich den Korb bringen?“ Worauf der in Ölzeug steckende und mit Südwester kopfbedeckte Fischer spontan lachte und zurückgab: „Ei, kick moal an, dat Jungche ist ock schon oppjedaut!“

Nach dem Einkauf segelten wir nach Hause, wo uns Oma am nächsten Tag den fein schmekkenden Fisch in pikanter heller Soße kochte und dazu Pellkartoffeln reichte.

Die Großeltern ruhen in der Heimat

Diese Aufzeichnungen aus meiner Kinderzeit zeigen, wie tief ich mit Oma und Opa aus Loye verbunden war. Beide sind im Zweiten Weltkrieg auf der Flucht 1945 im 78. Lebensjahr ums Leben gekommen.

Meine Geschwister und ich werden unsere Großeltern Ida und Gustav Prange stets in guter, dankbarer Erinnerung behalten, gleichfalls die Menschen und die Schule im lieblichen Fischerdorf am Loyefluß, die Kähne, das Haff und die Elche. *Helmut Prange*

Die »Prußen« im Mittelpunkt

Geschichtsseminar des BJO im Ostheim – die Vergangenheit prägt die Gegenwart

Der Bund Junges Ostpreußen (BJO) beschäftigt sich nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch der historische Kontext wird referiert. Auf dem diesjährigen Ostpreußenseminar standen vor allem die Ureinwohner Ostpreußens – die Prußen – im Mittelpunkt.

„Ostpreußische Gesinnung heißt tragen und weitermachen.“ Diese Haltung hatte die Diakonieschwester Lisbeth Buddrus, geboren 1910 im Memelland, insbesondere auf ihrer Flucht verinnerlicht. Hans-Joachim Zimmermann, ihr Neffe, hat in einer Lesung aus ihrem Niedergeschriebenen vorgetragen.

Im Preußensaal des Ostheims wurden die Teilnehmer von ihm eindrucksvoll in die damaligen Ereignisse eingeführt. Das besondere an dem Erlebnisbericht, veröffentlicht unter dem Buchtitel: „So geschah es ... 1944–1946“, es stellt keine Abrechnung mit den Tätern dar, sondern lediglich eine zeitgeschichtliche Dokumentation der Geschehnisse.

Schwester Buddrus überlebte ihre Flucht; vielen Ostpreußen gelang dies nicht. Sie waren zur falschen Zeit am falschen Ort und wurden von den Tätern der Vertreibung ermordet. In den Wirren der Zeit wurden zahllose Massengräber ausgehoben. Eines dieser Massengräber wurde Ende 2008 im westpreußischen Marienburg entdeckt, wo man in der Innenstadt auf 2500 menschliche Skelette stieß. Daß deutsche Menschen in den 1940er Jahren Opfer von Verbrechen wurden, ist noch heute für viele Bundesdeutsche ein Tabu. Eine andere Erklärung gibt es nicht dafür, daß beinahe die gesamte bundesdeutsche Öffentlichkeit das „Massengrab in Marienburg“ ignoriert. Offensichtlich sollten Deutsche heutzutage nur als Täter gelten. Umso wichtiger ist es, daß der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge (VDK) vor Ort die Interessen der Opfer wahrt. Nachdem Wolfgang Held vom VDK über den neuesten Stand aus Marienburg berichtete, kam die Frage einer späten Vertreibung auf. Der VDK möchte die Toten würdig auf einem eigenen Friedhof bei Stettin, also weit von Marienburg, beisetzen, da es dort genügend Platz gibt. Mehrere Stimmen der ostpreußischen Jugend hielten dem entgegen, daß es einer zweiten Vertreibung gleichkäme. Viele Opfer waren wohl selbst Marienburger, da wäre es doch nur konsequent, sie in ihrer Heimat zu belassen.

Marienburger Bürger, ebenso wie sehr viele andere ostpreußische Menschen, entstammten den Prußen oder waren unter anderem Nachkommen von eingewanderten Hugenotten oder Salzburgern. Im allgemeinen ist der Kenntnisstand über die Prußen eher oberflächlich oder schlichtweg nicht vorhanden. Daher standen die Prußen im Mittelpunkt des diesjährigen Ostpreußenseminars des BJO. In mehreren Vorträgen wurden die Teilnehmer in die Welt der Ureinwohner Ostpreußens eingeführt. Schwerpunkt dabei waren die Herkunft und Geschichte sowie die Wandlung des Prußenbildes in den Jahrhunderten. Fachkundige Referenten von der Tolkemita e. V. haben die Teilnehmer durch die Welt der Ahnen geführt. Ihr Vorsitzender Reinhard G. Grunenberg führte zum minimalen Grundwissen aus: „Das Land Ostpreußen hieß ursprünglich „Prusa“, seine Bewohner „Prusai“. Mit der Eroberung durch den Deutschen Orden erhielt das Land den deutschen Namen „Preußen“ und zur Unterscheidung der Ureinwohner nannte man diese Menschen „Prußen“, schrieb es aber im mittelalterlicher Weise mit Doppel-Z, also „Pruzzen“.


Für Preußen engagiert: Teilnehmer des Seminares Bild: R. Schmelter

Die Prußen lebten früher in Lehm- oder Holzhäusern recht bescheiden. Der nächste Referent Hans Eifler, pensionierter Lehrer, führte das Plenum in die Bedeutung der deutschen Städte in Ost- und Mitteleuropa ein. Denn der Steinbau von Häusern und Kirchen kam mit dem Deutschen Orden in die heutige Region Ostpreußen. Damit verbunden war auch die Gründung von vielen Städten nach deutschem Stadtrecht wie zum Beispiel dem Magdeburger Stadtrecht.

Viele Ostpreußen haben »prußisches Blut« in den Adern

Die Sprache ist der wichtigste Kulturträger. In Ostpreußen wurden verschiedene Mundarten neben dem Hochdeutschen gesprochen. Aufgrund des Ablebens der alten Ostpreußen und der sprachlichen Anpassung der nächsten Generationen sind diese Mundarten in der Bundesrepublik im Prinzip völlig verklungen. Dem letzten Mitarbeiter am Preußischen Wörterbuch, Dr. Reinhard Goltz vom Institut für niederdeutsche Sprache, ist es zu verdanken, daß die Mundarten, wissenschaftlich begleitet, verschriftlicht wurden. Er hat die jungen Ostpreußen wahrlich in die Kultur der Großmütter und Großväter eingeführt.

So wurde ein in Mundart verfaßter Text an die Wand projiziert. Parallel wurde eine Tonbandaufnahme abgespielt, bei der dieser Text von einer Ostpreußin in Platt vorgetragen wurde. Hinzu kamen diverse Beispiele aus den Mundarten, die bei den Teilnehmern teilweise für Verwunderung sorgten. Schließlich hatten noch nicht alle jungen Leute mit den verklingenden Mundarten Kontakt gehabt. Einige Kostproben sind: Voader = Vater; Stoaw = Stube; helpe = helfen; Blit = Blut; verdeene = verdienen; Lucht = Luft; Sip = Seife. *Stefan Hein*

Kreuzworträtsel (Fragen):

Kleiderverschluss; durch nichts abzulenken; beharrlich, konsequent; Briefträger, Bote; Unfug, Unsinn (ugs.); in die Erde setzen; einsam, vereinsamt; Feingewicht für Edelmetalle; ein Ganzes (Mathematik); Tochter des Agamemnon; Strom in Ostsibirien; Wasservogel, Nutztier; Landungsbrücke, Anlegestelle; Eingang; Vorspeise (franz.)

ständiger Papstbotschafter; Hoheitszeichen, Flagge; Montageplatte für elektrische Bauteile

Tierunterkunft; zerren, reißen; Bruder Jakobs im A. T.; sizilianischer Vulkan

Inselstaat im südlichen Pazifik; landwirtschaftl. Produkte, Rohstoffe; Zeitungsanzeige, Annonce

Gemahlin Lohengrins; Horntier; Drama von Goethe; altrömisches Gewand; norddeutsch: Dampf, Dunst; Schwerathlet

Reittier; Großvater; Gesteinsgebilde; Kohlenwasserstoff in Gasform; Burg in der Eifel; Aussichtsturm

engl. Schriftsteller (George); Gangeslandschaft; verfallenes Bauwerk

Apfelsine; Würzmittel aus Früchten; Warenart; Wertgruppe; Hauptstadt von Peru; ein Marder; überaus beliebter, bekannter Künstler

Teil der Leiter; astrologisches Kartenorakel; chemisches Zeichen für Titan; Zitterpappel; luftleerer Raum

eine Empfehlung geben; Staat im Baltikum; menschenähnliches Säugetier; Schauspiel-, Ballettschüler

Fluss zum Weißen Meer; Gesuch, schriftliche Bitte

Behälter für Flüssigkeiten; räuberisches Insekt; Anpflanzung; Gewebe; Vorsilbe: zwischen (lat.); veraltet: Landarbeiter; Diener

Falten herausstreichen; Staatskasse

Meeresalgenpflanze; Karteikartenkennzeichen; das Paradies; Fuge, längliche Vertiefung

bestehen, existieren; Polizeidienststelle; übertrieben sparsam; schmaler Weg; Grundgedanke

Präsident der USA (Ronald); Aufsehen, Skandal; ungebetener Gast; Teufel; Zierpflanze; Röstbrotscheibe

Angst, Scheu; Göttin der Künste

feierliches Versprechen; poetisch: Löwe; germanische Gottheit; deutlich; Grundstoffteilchen

Gurkenkraut; kurzer Schmerzenslaut

Fülle, große Menge; kleines Lokal für Kaltspeisen; Befreiung von Sündenstrafen

künstliches Wangenrot; Fischfett; Sammlung von Schriftstücken

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Patent, 2. Elster, 3. Spalte, 4. Filter, 5. Gesetz, 6. Rivale – Platte, Teller

Kreiskette: 1. Kattun, 2. Gnitte, 3. Rogner, 4. sirren, 5. Wunsch – kategorisch

Sudoku:

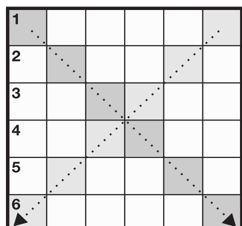
9	1	3	5	8	4	7	6	2
4	2	8	7	3	6	5	9	1
6	7	5	2	1	9	4	8	3
1	3	6	4	7	2	8	5	9
7	5	9	3	6	8	1	2	4
8	4	2	1	9	5	6	3	7
2	6	7	8	4	3	9	1	5
3	9	1	6	5	7	2	4	8
5	8	4	9	2	1	3	7	6

Sudoku

		3				7		
	2		7		6		9	
6	7		2		9		8	3
			4	7	2			
7								4
			1	9	5			
2	6		8		3		1	5
	9		6		7		4	
		4				3		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



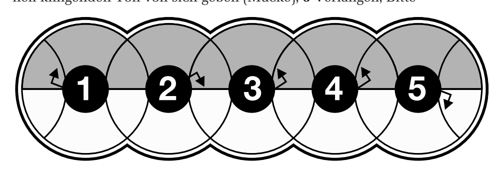
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Essgeschirrteile.

1 Erfindungsschutzurkunde
2 diebischer Vogel
3 Ritze, Riss
4 Seihgerät
5 schriftlich festgehaltenes Recht
6 Nebenbuhler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für mit Nachdruck und bestimmt.

1 Baumwollstoff, **2** norddeutsch: kleine Mücke, **3** weiblicher Fisch, **4** einen hell klingenden Ton von sich geben (Mücke), **5** Verlangen, Bitte



Geburtshelfer der Demokratie

Bei der ungarischen Stadt Ödenburg fiel der erste Stein der Berliner Mauer

Vor 20 Jahren fiel der Eiserne Vorhang, der so lange Ost und West voneinander getrennt hatte. Auslöser waren DDR-Touristen, die über die ungarische Grenze nach Westen flohen.

Sándor Peisch, Botschafter der Republik Ungarn in Berlin, brachte die Ereignisse des Sommers 1989 auf den Punkt: Am 19. August, als Tausende von DDR-Bürgern bei Ödenburg (Sopron) am ungarisch-österreichischen Grenzübergang in die Freiheit strömten, fiel der erste Stein aus der Berliner Mauer! Sopron ist Ungarns treueste Stadt, „unsere Heldenstadt“, sagt Rita Toth voller Stolz, als sie die Touristen vor den „Treuebrunnen“ in der Altstadt führt. Drei Figuren lehnen an einer Säule, drei in Stein gemeißelte Symbole des Widerstandes. Im 13. Jahrhundert verteidigte König Ottokar die Freiheit Ödenburgs, und 1921 ging die ehemalige Hauptstadt Deutsch-Westungarns nach einer Volksabstimmung an Ungarn. Österreich hatte das Nachsehen. Allerdings soll diese Abstimmung nicht ganz korrekt abgelaufen sein, heißt es heute nicht nur hinter vorgehaltener Hand. „Gleichwohl“, wiegelt Rita ab, „darüber mag man streiten ... aber das schönste Datum ist natürlich der 19. August 1989, als der Grenzzaun fiel.“

Nichts in dieser friedlichen Landschaft vor den Toren der Stadt erinnert heute noch an Minenfelder und Stacheldraht. Unvergessen hingegen sind die ergreifenden Szenen, die sich hier abspielten. Ein schmaler Pfad führt auf einen großen, jüngst aufgeforsteten Platz, der an eine Autobahnraststätte erinnert. Ein anmutiger Pavillon mit grünem Dach und spitzen Türmen, die wie Pfeile in den Himmel ragen, dient als Unterstand. Eine Tafel weist darauf hin, daß sich hier am Tor bei St. Margarethen seit der Antike Stämme und Völkerschaften aus ganz Europa tummelten. „400 Jahre marschierten die Römer über ihre Bernsteinstraße. Dann kamen Germanen, Hunnen, Kreuzritter und Türken“, erzählt Dr. László Szilágyi, „bis zu dem Zeitpunkt, als der Eiserne Vorhang zwischen Ost und West die Menschen 40 Jahre voneinander trennte.“

Der agile Mann war 1989 zusammen mit seinem Freund László Nagy hautnah an den Aktionen vor Ort beteiligt. „Und ein Stück vom Grenzzaun haben wir dabei gleich mitgehen lassen als bleibendes Souvenir an die dramatischen Ereignisse von damals“, schmunzelt er.

Das wertvolle Relikt aus realsozialistischen Zeiten wird heute im Keller des Hotels „Pannonia“ in der Várkerület aufbewahrt. Dr. Szilagyis Zahnarztpraxis befindet sich in den oberen Räumen des historischen Hauses, das ihm und seiner Familie gehört. „Wenige Monate später fiel dann ja auch die Mauer in Berlin, die euch Westdeutsche vor den Segnungen des Sozialismus schützen sollte. Und wir Ungarn waren so etwas wie die Geburtshelfer im Demokratisierungsprozeß der ehemaligen DDR“, freut sich der Mann im weißen Kittel. Mit László Nagy und anderen „Freiheitskämpfern“ initiierte er das legendäre „Paneuropäische Picknick“ auf dem Grenzgelände, das unmittelbar nach der Grenzöffnung stattfand. Anläßlich des 20. Jubiläums am 19. August soll es in diesem Jahr als Treffen der Völker Europas erneut mit einer Fülle von Veranstaltungen begangen werden. Im nahen Felsentheater wird in Anwesenheit internationaler Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur Europas Hymne erklingen – Ludwig van Beethovens 9. Symphonie. László Nagy ist der Verfasser einer sehr detaillierten Vorgeschichte zur Grenzöffnung.

„Die 246 Kilometer lange, sogenannte Sicherungsanlage – der Eiserne Vorhang – wurde auf Grund einer Entscheidung des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei am 11. Mai 1965 in den Jahren 65 bis 71 errichtet“, schreibt er und führt aus, wie es schließlich zur Grenzöffnung im Sommer 1989 kam. „Auch ohne Paneuropäisches Picknick und ohne den Regierungsbeschluß vom 11. September hätte sich die Landkarte Europas verändert. Möglicherweise später, vielleicht in anderer Form, vielleicht blutiger!“

„Über dieses holperige Pflaster liefen 1989 auch Ihre Landsleute, bevor sie sich in den Westen absetzten“, erzählt Rita. Bedächtig trippelt die Gruppe über das mittelalterliche Kopfsteinpflaster des Fö tér (Hauptplatz). Die Dreifaltigkeitssäule in der Mitte des Platzes gleicht der Pestsäule in Wien fast aufs Haar. Und das in strahlendem Habsburger Ocker verputzte Gambrinushaus im Windschatten des imposanten Rathauses erinnert an ein Wiener Stadtpalais.

Weiter geht's über weitläufige, von liebevoll restaurierten Häusern und Palästen gesäumte Plätze, durch enge Straßen und Gassen und schließlich zum höchsten Punkt der Stadt, auf dem sich die Michaelskirche aus dem 15. Jahrhundert erhebt. Die Stadt macht es deutschsprachigen Gästen leicht. Sämtliche Straßennamen sind zweisprachig ausgezeichnet, und in vielen Geschäften, Cafés und Restaurants wird deutsch gesprochen. Die Stadt ist heute offiziell zweisprachig. „Unter den Römern, die uns Steine für den Bau der mittelalterlichen Burg hinterließen, hieß die Stadt Scarabantia“, sagt Rita.

Auf zwei Dinge sind die Bürger der Stadt besonders stolz: auf den Komponisten Franz Liszt, der hier das Licht der Welt erblickte, und den „Blaufränkischen“, einen kräftigen Rotwein, der in unmittelbarer Nähe gedeiht. Ja, und dann ist da noch der Palacsinta (Palatschinken) – die unwiderstehliche süße Sünde mit Nußfüllung und Schokoladensauce – die hier am besten schmecken soll. Jó étvágyat – guten Appetit!

Uta Buhr



Ödenburg (Sopron): Die beschauliche Altstadt lädt zum Verweilen ein. Bild: Buhr

Für Sie gelesen

Wildkräuter und leckere Rezepte

So mancher wird sich noch an die schlechte Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern, als es keine Supermärkte gab, in denen Köstlichkeiten aus aller Herren Ländern zu kaufen waren. Da ging man hinaus in die Natur, um junges Grün zu sammeln und frischte auf diese Weise den kärglichen Speiseplan auf. Heute ist das wilde Grünzeug wieder sehr im Kommen. Die Schweizer Theologin Gisula Tscharner hat es sogar zu ihrem Beruf gemacht, Wildpflanzen zu sammeln und interessierte Hobbyköche an die „wilde Weiberküche“ heranzuführen. In ihrem Buch „Wald und Wiese auf dem Teller“ stellt sie neue Rezepte vor und erzählt von ihren Begegnungen mit Pflanzen, die viele Menschen immer noch als Unkraut bezeichnen.



Für Gisula Tscharner haben diese wild wachsenden Pflanzen ein Eigenleben: „Unsere pflanzlichen Geschwister ... lehren und heilen gern, ohne sich dabei aufzudrängeln, und ihre Giftwaffen sind bloß zum Schutz gegen Bedrohungen da.“ Wie wär's also mit Erdbeerschaum aus wilden Beeren, Sommersalat mit Dost-, Minze-, Wermut- und Beifußblättern oder mit einem Wildlauch-Grünkern-Burger? Was sich zunächst gewöhnungsbedürftig anhört, wird nicht nur Vegetariern schmecken. *os*

***Gisula Tscharner: „Wald und Wiese auf dem Teller – Neue Rezepte aus der wilden Weiberküche“**, AT Verlag, Baden und München 2009, geb., mit zahlreichen Abbildungen, 23,90 Euro*

Die Kirche ist keine Erfindung der Menschen

An Pfingsten feiern wir die Entstehung der Kirche als Geschöpf des Heiligen Geistes – Betrachtung über ein oft unverstandenes Fest

Pfingsten ist und bleibt das Fest des Kirchenjahres, das am wenigsten verstanden wird. Wenn Lukas zu Beginn der Apostelgeschichte nicht die in Jerusalem geschehene Ausgießung des Heiligen Geistes auf die Apostel und die um sie Versammelten erzählt hätte, würde die Christenheit ein Pfingstfest vermutlich nicht kennen und feiern. Weihnachten, Karfreitag, Ostern und Himmelfahrt mit ihren Beziehungen zum Leben Jesu stehen uns viel näher. Wir wissen, was seine Menschwerdung, sein Tod, seine Himmelfahrt für uns bedeuten. Was ist uns aber Pfingsten? Man mag fragen, ob diese Ausgießung des Heiligen Geistes noch nötig gewesen sei, ob es nicht allenfalls auch ohne dies gegangen wäre. Alles Entscheidende war doch geschehen: Christus war als Retter in die Welt gekommen. Vollbracht war sein Werk der Versöhnung am Kreuz. Der Sieg über den Tod war zu Ostern errungen. Seine Einsetzung ins Weltregiment zur Rechten Hand Gottes war durch die Himmelfahrt erfolgt. Eine stattliche Schar von Bekennern existierte auch schon, immerhin 120 Leute, wie wir nachlesen können. Was soll durch Pfingsten zu alledem noch hinzugetan werden? Etwas mußte da noch fehlen! Immerhin hatte Jesus selbst vor seiner Himmelfahrt mehr als einmal betont, daß ein bedeutendes Ereignis noch bevorstehe: „Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen ... und meine Zeugen sein ... bis an das Ende der Erde.“

Die Kirche ist der Leib Christi

Die Einlösung dieses Versprechens geschieht nun offenbar zu Pfingsten: Es ist die Geburt der Kirche. Dieses Wunder, das Kirche heißt, verdanken wir der Ausgießung des Heiligen Geistes. Darum feiern wir zu Pfingsten den Geburtstag der Kirche, der Kirche als Geschöpf des Heiligen Geistes. Das Entscheidende an der Kirche kann man nicht sehen und damit auch nicht beweisen, nämlich das Wirken des Heiligen Geistes. Bei einer oberflächlichen, bloß die Außenseite wahrnehmenden Betrachtung der Kirche würde es natürlich naheliegen, sie einfach als eine bestimmte Gruppe innerhalb der Gesellschaft zu sehen, als ein soziales Gebilde neben anderen. Es gibt politische Kräfte in unserem Lande, die der Kirche am liebsten nur den Status eines Vereines gewähren würden. Pfingsten will uns zunächst einmal daran erinnern, daß die Kirche von ihrem Wesen her etwas anderes ist als eine Gruppe innerhalb der Gesellschaft. Juristisch gesehen genießt die Kirche in unserem Land immerhin noch den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Und genau dieser Begriff vermag – wohl mehr unbewußt als beabsichtigt – darüber hinaus auch der Erfassung des geistlichen Wesens der Kirche zu dienen. Im Neuen Testament wird nämlich die Kirche auch ein Körper genannt, nämlich der „Leib Christi“. Die Kirche ist also die Erscheinungsform, in der Christus zwischen seiner Himmelfahrt und Wiederkunft in dieser Welt gegenwärtig ist. Das ist eine nicht juristisch faßbare, sondern verborgene und mit keiner modernen Datenverarbeitung auszuwertende, aber dennoch sehr reale Wirklichkeit, die allen anderen Realitäten voraus ist, ja sie umschließt und überdauert. Die Kirche ist nicht das, als was sie zum Beispiel in den Kirchensteuerverzeichnissen der Finanzämter erscheint oder von braven (Spieß-)Bürgern am Stammtisch besprochen wird. Die Kirche ist vielmehr die geheimnisvolle Christusgegenwart in der Welt. Und weil Christus nicht einfach von dieser Welt war, sondern von Gott kam, Gott und Mensch war, ist auch die Kirche als Leib Christi nicht nur von dieser Welt, sondern auch von Gott her, also gott-menschlich. Sie hat eine irdisch-menschliche Seite, aber in ihrer menschlich-irdischen Erscheinung ist sie zugleich göttlich-überirdisch und damit transzendent. Wenn also die Kirche nicht nur eine irdische, sondern vor allem eine geistliche Größe ist, eine über diese Welt hinausragende Wirklichkeit, dann ist auch klar, daß wir sie nicht einfach nur mit unseren innerweltlichen Maßstäben messen und beurteilen können, so legitim das im Blick auf ihre innerweltliche Seite auch sein mag. Wer nicht gleichzeitig die göttlich-überirdische Seite der Kirche anerkennt und glaubt, der geht immer an ihr vorbei.

Die Kirche ist eben keine Erfindung der Menschen. „Nicht ihr habt erwählt“, sagt Jesus, „sondern ich habe euch erwählt und gesetzt, daß ihr hingeht und Frucht bringt, und eure Frucht bleibe“ (Joh. 15,16). Natürlich haben wir die Freiheit, uns gegen Jesus zu versperren. Wir haben aber nicht die Freiheit, kraft eigenen Entschlusses ohne sein Erwählen zu seinen Freunden zu werden. Es mag Geschmacksache sein, welche Religion ich als die

Die Gegenwart des Erlösers in der Welt

meine annehmen will, so wie ich in relativer Freiheit meinen Beruf, meinen Wohnort, meine Freunde, meine Hobbys wählen kann. Ich könnte also das Christentum wählen, wie man so sagt. Aber es ist doch ein anderes Ding, ob ich ein Jünger Jesu werde. Die Freiheit des Wählens, in der wir uns oft gefallen mögen (Religion ist Privatsache, meine ureigenste Angelegenheit!) verkennt den tatsächlichen Sachverhalt. „Ich glaube, daß ich nicht aus eigener Vernunft noch Kraft an Jesus Christus glauben oder zu ihm kommen kann.“ Man kann Jesus nicht finden, man sei denn zuvor von ihm gefunden worden. Zur Religion ist grundsätzlich jeder fähig, aber Glaube ist Wunder. Wir können uns nie selbst zu Glaubenden machen. Nicht das macht uns zu Christen, daß wir uns auf Christus zu bewegen, sondern daß er sich auf uns zu bewegt. Kirche entsteht niemals durch den freien Willensentschluß verschiedener Individuen, die übereinkommen: Wir wollen jetzt Kirche bilden. Das wäre die Vorstellung von der Kirche als Verein. Kirche ist dem einzelnen vorgegeben, ist schon vorher da von Christus her. Der einzelne wird durch die Taufe in die Gemeinschaft mit Christus aufgenommen. Man kann also eigentlich gar nicht in die Kirche eintreten, man kann nur aufgenommen und eingefügt werden, weil in diesem Vorgang Christus der Handelnde ist.

Martin Schenk, Pfarrer i. R.



Zu viel Verblödung

Autor kritisiert Gesellschaft

Thomas Wieczoreks Schmöker läßt sich in einem Satz zusammenfassen: „Blöd sind immer nur die anderen.“ Der Autor ist Verfasser von Büchern mit solchen eingängigen Titeln wie „Die Stümper – Über die Unfähigkeit unserer Politiker“, „Schwarzbuch Beamte – Wie der Behördenapparat unser Land ruiniert“ sowie „Die Dax-Ritter – Wie Manager unser Land ruinieren“. In seinem jüngsten Werk klärt uns der 1953 geborene Journalist, der unter anderem für Reuters, die „Frankfurter Rundschau“, den Deutschlandfunk und das Satiremagazin „Eulenspiegel“ geschrieben hat, darüber auf, wer in dieser Republik seiner Meinung nach verblödet ist: Im großen und ganzen sind es die Bürger. Und wer ist schuld daran? Die Medien, die Wirtschaft und die Politik.

Es hat etwas Beruhigendes, wenn man für die eigene Dummheit nicht selbst verantwortlich ist, weil man beispielsweise Bohlen Benn vorzieht. Auch die Lehrer dürfen aufatmen: Endlich stehen sie mal nicht am Pranger. Ganz böse Dunkelmänner und -frauen sind die Herren und Damen, die hinter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) stecken. So wie Poldi dem Ballack im Länderspiel gegen Wales eine Backpfeife verpaßt hat, haut auch Wieczorek den sogenannten Experten von der INSM eine herunter. Sie sind nämlich Neoliberale. (Das liest sich bei einigen Antikapitalisten fast so schlimm wie Kinderschänder.)

Es streift die Grenze zum Absurden, wenn der Autor selbst den Kirchen vorwirft, sie deckten „die neoliberale Entsozialisierung und Umverteilung als ‚notwendige Reformen‘ moralisch“ ab. Selbstverständlich trifft Wieczorek auch mal ins Schwarze. Zum Beispiel dann, wenn er andere zitiert. So stellte der Politologe Franz Walter über die SPD nach dem Abgang von Schröder, Schily und Clement fest: „Und all die vielen smarten Neusozialdemokraten, die sich 2004 schneidend sarkastisch selbst über die alte Identitätsformel von der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ mokieren konnten, singen jetzt wieder, ohne rot zu werden, die alten Lieder von der Solidarität und der ‚Schutzmacht der kleinen Leute‘“. Diese machtmotivierte Beliebigkeit findet sich bei allen Parteien und zeigt, wie Politiker ihr Wahlvolk für dumm verkaufen wollen.

Wieczoreks Buch krankt daran, daß es die These von der allgegenwärtigen Verblödung überstrapaziert. Es gibt keinen politisch mündigen Bürger, es gibt keinen Sozialstaat und keinen Rechtsstaat, die Marktwirtschaft ist böse, die neoliberale Ideologie verlogen, die Medien sind seicht und oberflächlich, die „Bild“-Zeitung ist ganz schlimm und so weiter. Dieses Lamento ermüdet auf Dauer. Der Leser hat das Gefühl, daß der Autor sich irgendwann eine eingängige Grundthese zurechtgelegt hat, die er dann mit allerhand Beispielen auf 300 Seiten auswalzt.

Wir werden hinters Licht geführt

Dabei ist der Ansatz ja gar nicht verkehrt. In der Tat gibt es kaum noch Überzeugungen in der Politik. Die Programme der Parteien basieren häufig darauf, die Leute an die Wahlurne und dann hinters Licht zu führen. Oder die Obama-Hysterie. Während unsere gleichgeschalteten Medien den neuen Präsidenten der USA nun wie einen Messias feiern und jegliche Distanz vermissen lassen, so übertrafen sie sich zuvor in der Verdammung George W. Bushs. Der „Kampf gegen rechts“ in all seiner wohlfeilen Verlogenheit böte weiteres Anschauungsmaterial. Wieczoreks Sammelsurium vermag indes nicht zu überzeugen – nicht zuletzt wegen seines staatsfixierten, alt-linken Weltbildes. Trotzdem liest man das Buch streckenweise mit Vergnügen, weil es nicht nur Ideologie, sondern auch Witz bereithält. *Ansgar Lange*

***Thomas Wieczorek: „Die verblödete Republik – Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen“**, Knaur Verlag, München 2009, 319 Seiten, 8,95 Euro*



Geschlechtslosigkeit als Ideal?

Österreichische Politikerin über Gender Mainstreaming

Auf dem Titelbild des Buches „Menschinnen – Gender Mainstreaming – Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen“ prangt ein Baustellenschild. Darauf ist statt eines Bauarbeiters eine Bauarbeiterin zu sehen. Das Verkehrsschild ist bekannt, die österreichische Hauptstadt hatte dieses vor gut einem Jahr eingeführt, um der Gleichstellung Genüge zu tun. Doch was damals als alberne Marotte extremer Gleichstellungsbeauftragter angesehen wurde, sollte uns laut Barbara Rosenkranz mehr als nur ein Kopfschütteln entlocken. Die FPÖ-Politikerin ist derzeit Landesrätin für Baurecht und Tierschutz in Niederösterreich. Doch neben ihrer Arbeit in der Politik und der Erziehung ihrer zehn Kinder findet sie noch Zeit, sich kritisch des Themas Gender Mainstreaming anzunehmen. Und auch wenn die 1958 Geborene möglicherweise ihren eigenen sechs Töchtern in ihrer Einstellung zur Rolle der Frau zu konservativ ist, so sind die Informationen, die sie zum Gender Mainstreaming liefert, durchaus beachtenswert.

In der Demokratie kann jeder seinen Lebensentwurf frei wählen. Diese Wahlmöglichkeiten, die auch Rosenkranz weitgehend gutheißt, gefährdeten jedoch die Verfechter des Gender Mainstreaming, so die Autorin. Zu Recht kritisiert sie, daß es keine deutsche Übersetzung für diesen Begriff gibt. Alles, was mit dem Thema zu tun hat, ist irgendwie schwammig und daher schwer zu greifen und zu durchschauen. Dubios ist es, wenn unter Berufung auf Gender Mainstreaming Jungen ans Herz gelegt wird, Berufe in der Pflege zu ergreifen, um auch ihre weibliche Seite zu entdecken, Mädchen aber von diesen Berufen abgeraten wird, weil sie kaum Karriereaussichten böten. Auch fühlt man sich wie in einem schlechten Sketch, wenn man liest, daß ein Gender-Expertenteam von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen 27 000 Euro für eine Studie bekam, zu deren Ergebnissen die Empfehlung gehört, Bilder von der Hirschbrunft aus Werbebroschüren über den Nationalpark Eifel zu beseitigen. Der Grund: So etwas fördere „stereotype Geschlechterrollen“.

Auch führt die Autorin an, daß die Politik und vor allem ihre Frauenbeauftragten ganz andere Ziele verfolgen als viele Mütter. Während erstgenannte eine Betreuung sofort nach der Geburt wünschen, um die Frau wieder ins Arbeitsleben zu integrieren, wollten die meisten Mütter in den ersten Lebensmonaten viel lieber bei ihren Kindern sein. Auch kehrten die meisten Mütter nicht aus „Karrieregründen“ wieder ins Berufsleben zurück, sondern aus finanziellen Erwägungen heraus.

Verfechter der Idee zeigen wenig Toleranz

Barbara Rosenkranz wirft den Gender-Mainstreaming-Experten vor, über geringe Toleranz zu verfügen. Wer nicht ihrem neuen Bild vom geschlechtslosen Menschen folge, würde sich dem Fortschritt verweigern. Von Wahlfreiheit sei nicht die Rede.

Detailliert geht sie auf die Entstehung von Gender Mainstreaming ein und stellt die größten Ideengeber vor.

Zwar merkt man immer wieder, daß die Autorin über ihr Feindbild schreibt, also nicht immer objektiv ist, doch die Fakten, die sie präsentiert, sprechen für sich. Am Beispiel des 1965 geborenen David Reimer verdeutlicht sie den Irrglauben mancher Sexualforscher, daß das Geschlecht nicht angeboren, sondern von der Gesellschaft gemacht sei. David, als Junge geboren, wurde nach einer mißglückten Vorhaut-OP irreparabel beschnitten und dann kurzerhand zum Mädchen umoperiert und als Brenda aufgezogen. Doch das Experiment mißglückte, trotz typischer Mädchenerziehung fühlte sich Brenda als Junge, wußte jedoch nicht warum. Erst während der Pubertät klärte man den Heranwachsenden über sein Geburtsgeschlecht auf. 2003 nahm sich der wieder zum Mann Umoperierte das Leben.

Manche Theorien der Vertreter von Gender Mainstreaming lassen einem die Haare zu Berge stehen. Trotzdem werden einige ihrer zentralen Ansichten von Regierungen und der EU flächendeckend unterstützt und gefördert – finanziell wie ideell.

Zwar bewegten sich die Extremen unter ihnen vor allem in ihrem eigenen Dunstkreis, da die Bevölkerung für ihre Theorie des geschlechtslosen Wesens weitgehend kein Verständnis hat, doch wolle ihnen offenbar auch kein Politiker einer größeren Partei widersprechen, so Rosenkranz.

Gleiche Chancen in Beruf und Alltag bei gleichen Leistungen für Mann wie Frau, Heterosexuelle wie Homosexuelle sind erstrebenswert. Gender Mainstreaming hingegen schießt weit über dieses Ziel hinaus. *Rebecca Bellano*

***Barbara Rosenkranz: „Menschinnen – Gender Mainstreaming – Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen“**, Ares Verlag, Graz 2008, kartoniert, 168 Seiten, 19,90 Euro*



Auf Fotos für die Ewigkeit bewahrt

Fotograf Christian Papendick dokumentiert die Reste des alten Ostpreußen

Wer heute den nördlichen, russischen Teil von Ostpreußen durchstreift, dem bietet sich noch vielerorts ein Bild des Zerfalls und der Hoffnungslosigkeit. Da wurden Burgen und Kirchen des Deutschen Ordens – wunderbare Beispiele einer Sonderform der deutschen Backsteingotik – als Steinbruch mißbraucht, wurden die wenigen noch erhaltenen Guts- und Herrenhäuser aus barocker und klassizistischer Zeit abgerissen oder dem Zerfall überlassen, von den bürgerlichen und bäuerlichen Bauten ganz zu schweigen. Unbeachtet von der Weltöffentlichkeit gingen hier unwiederbringliche Zeugen dieser wertvollen Kulturlandschaft unter. Doch es gibt auch Lichtblicke. Der Königsberger Dom wurde in mühevoller Arbeit wieder aufgebaut. Die Kirchen von Neuhausen, Mühlhausen, Friedland, Groß Legitten und Heiligenwalde wurden restauriert und renoviert. Und auch in Königsberg, Rauschen, neuerdings sogar in Palmnicken, wie auch zögerlich in einigen weiteren Orten des Königsberger Gebietes wurden vorhandene Bausubstanzen wieder hergestellt.

Der aus Königsberg gebürtige Architekt und Fotograf Christian Papendick ist jahrzehntelang durch den Norden Ostpreußens gezogen und hat mit der Kamera in einer nach Umfang und Vollständigkeit einmaligen Bilddokumentation den Zustand, Zerfall und Wiederaufbau der Denkmäler dieser einmaligen Kulturlandschaft von 1992 bis 2008 beobachtet und in zirka 1100 eindrucksvollen und erschütternden Farbfotos festgehalten. Damit wird diese Bild-Dokumentation zu einer unverzichtbaren, weil augenfälligen und aktuellen Ergänzung des sorgfältigen, aber kaum bebilderten „Dehio Handbuches der Kulturdenkmäler in West und Ostpreußen“ aus dem Jahre 1993.

Dieses Buch kann ohne Übertreibung als letzte Rettung für die noch vorhandenen Bauten einer 700jährigen Kulturgeschichte bezeichnet werden. Klar gegliedert zeigt es diesen Bereich des alten Ostpreußens – heute außerhalb der EU liegend – in der angegebenen Zeitspanne und soll dazu beitragen, daß zumindest die Reste dieser wunderbaren Kulturlandschaft gesichert und damit erhalten werden. Das Land ist verloren, seine Kultur und Geschichte jedoch darf nicht vergessen werden – das war der Ansporn zu diesem Buch. *Albrecht Leuteritz*

***Christan Papendick: „Der Norden Ostpreußens – Land zwischen Zerfall und Hoffnung“**, Husum Verlag, Husum 2009, geb., 488 Seiten, 59 Euro*



Quantensprung in nur 15 Jahren

Sammelband zeigt verschiedene Facetten der Volksrepublik – In China studierende Deutsche erzählen von ihrem Alltag

2008, im Jahr der Olympiade, rückte China auch in unserem Land verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Das hatte zur Folge, daß der Büchermarkt um etliche einschlägige Veröffentlichungen bereichert wurde. „Aufbruch im Land des Drachen – Arbeiten und Leben in China zwischen Konfuzianismus, Sozialismus und Globalisierung“, heißt der Titel eines im Verlag Casimir Katz erschienenen, reich bebilderten Sammelbandes. Er enthält 13 informative Aufsätze ausgewiesener Experten zu Wirtschaft, Medien, Alltag, Arbeit und Bildung. Insbesondere befassen sich die Autoren mit Einzelaspekten von Chinas Modernisierungsprozeß, der auf einer Mischung von kapitalistischen und sozialistischen Spielregeln beruht. Es war die erklärte Absicht des im März vergangenen Jahres verstorbenen Verlegers, Chinas spannungsreichen Wandlungsprozeß auf allen wichtigen Ebenen sowie die kulturelle Vielfalt des Landes im Rahmen einer facettenreichen Übersicht darzustellen. Die Herausgeberinnen Regina Meier und Ulrike Reisach haben diesen Plan mit dem vorliegenden Buch auf hervorragende Weise umgesetzt.

Der Titel des Werkes beschreibt bereits das Spannungsfeld, in dem sich China befindet, den

Wissenschaftler schildern die Extreme

„Spagat zwischen Entwicklungsland und Industrienation“; auch diese Kapitelüberschrift weist auf Chinas einzigartigen, vor 30 Jahren eingeschlagenen Weg in die Moderne hin. Doch die „explosive Hinwendung Chinas zum Kapitalismus“ sei erst vor 15 Jahren erfolgt, führt Christian Schmidkonz in seinem Aufsatz über die Medienwelt aus. In dem kurzen Zeitraum wurde die Umwandlung von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft vollzogen, was, neben einem Quantensprung in neue soziale Strukturen, ganz konkrete Folgen im Alltag hatte: „Vor 20 oder gar 30 Jahren gab es auch in städtischen Haushalten weder ein eigenes Telefon, Fax oder gar Computer noch fließend warmes Wasser, Klimaanlage oder Ventilator, selten TV, Waschmaschine oder Kühlschrank. Heute ist all dies nebst Flachbildschirm, Karaokeanlage, Spülmaschine, Laptop und iPod Teil der Standardausrüstung der oberen Mittelklasse.“

China ist eine der größten Volkswirtschaften der Welt. Allein von 2006 bis 2007 wuchs das chinesische Bruttoinlandsprodukt um 11,4 Prozent. Die sprunghaft gestiegene Produktion hatte ihren Preis: Das Wachstum des Sozialprodukts wurde zuletzt in jedem Jahr durch Umweltzerstörung und -belastung (Wasser, Luft und Böden) annähernd aufgezehrt. Die Regierung ist sich des Ernstes der Lage bewußt und versucht gegenzusteuern. Doch problematisch sei nach wie vor die Durchsetzung entsprechender Gesetze auf kommunaler und Provinzebene. In den letzten Jahren beobachtete Schmidkonz neue Trends: So investiere China weltweit in den Bereichen Ölwirtschaft und Rohstofferschließung.

Daß unzählige Menschen im Wettlauf um Chancen, Bildung und Reichtum auf der Strecke geblieben sind, daß sich der Einkommensunterschied zwischen Land und Stadt immer mehr ausweitet, ist eine andere Schattenseite des Erfolgs. Es gibt ein Heer von Wanderarbeitern ohne soziale Absicherung, die für Hungerlöhne arbeiten.

Im Beitrag „Von Mao zu Machiavelli“ erläutert der Wirtschaftswissenschaftler Markus Taube, auf

Gesellschaftlicher Aufstieg ist schwer

welchen Institutionen und Strukturen der „rote Kapitalismus“ beruht und daß vorderhand für die heutigen Armen keine Änderung in Sicht ist: „Die Klassenbildung ist generationenübergreifend … Kinder der unterprivilegierten Gruppen haben keinen Zugang zu hinreichender Schulbildung und ihnen wird so die Chance zu gesellschaftlichem Aufstieg verwehrt.“ Seit einigen Jahren gibt es häufiger Demonstrationen, häufig gegen massenhafte Zwangsenteignungen.

Immer mehr deutsche Unternehmen engagieren sich in China. In einigen Beiträgen kommen Deutsche zu Wort, die in China arbeiten und studieren.

Hochinteressant sind die Schilderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der „Expats“ (Ausländer), hilfreich auch für Studenten, die ein Auslandsstudium in China erwägen. Zweifellos ist die Auseinandersetzung der Europäer mit Geschichte und Gegenwart Chinas, der mittlerweile drittstärksten Handelsnation, wichtig, auch um Vorurteile aus dem Weg zu räumen und Ängste vor dem Handelskonkurrenten jedenfalls abzumildern. *Dagmar Jestrzemski*

***Regina Meier/Ulrike Reisach (Hrsg.): „Aufbruch im Land des Drachen – Arbeiten und Leben in China zwischen Konfuzianismus, Sozialismus und Globalisierung“**, Casimir Katz Verlag, Gernsbach 2008, geb., 192 Seiten, zahlr. farbige Abb., 24,80 Euro*

MELDUNGEN

Fernsehen macht depressiv

Baierbrunn – Fernsehkonsum kann depressiv machen. Das berichtet die „Apotheken Umschau“ und beruft sich auf eine Studie der Universität Pittsburgh. Demnach hat der TV-Konsum Jugendlicher Einfluß auf spätere Depressionen: Je länger sie vor dem Bildschirm sitzen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie später unter dieser psychischen Erkrankung leiden, so die Studie. *idea*

Deutschland darf nicht aussterben

Frankfurt am Main – Die Journalistin Eva Herman beklagt den Bevölkerungsrückgang in Deutschland. „Wir sind eine Gesellschaft der Schrumpfung geworden, wir sind Schrumpfgermanen“, sagte sie. Herman fordert „ein richtiges Familienministerium“, damit Deutschland nicht aussterbe. Es müßten mehr Kinder gezeugt werden, denn: „Ungeborene können keine Kinder bekommen.“ Die ehemalige Tagesschausprecherin fragt, ob man Europa gut gestalten könne, „wenn man christliche Werte bewußt mehr und mehr aus der Politik ausklammert“. *idea*

ZUR PERSON

Unversöhnlich gegen Steinbach

Bei der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen kommt ihm eine zentrale Rolle zu: **Bogdan Zdrojewski**, seit November 2007 Polens Minister für Kultur und nationales Erbe. Am Mittwoch dieser Woche eröffnete der 1957 in Glatz geborene Politiker in Berlin gemeinsam mit seinem deutschen Amtskollegen Bernd Neumann (CDU) eine Ausstellung zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs in Berlin.



Zdrojewski ist Mitglied der Partei „Bürgerplattform“ (PO) des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk. Von 1990 bis 2001 war er Stadtpräsident von Breslau, 2001 zog er ins polnische Parlament ein und führte dort seit 2006 die PO-Fraktion.

In einem Gespräch mit der „Welt“ griff er schon vor einiger Zeit den Bund der Vertriebenen und dessen Präsidentin Erika Steinbach scharf an und kritisierte auch den Vorsitzenden des EU-Parlaments dafür, daß er vor deutschen Vertriebenen aufgetreten sei. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ hält er für eine Belastung der beiderseitigen Beziehungen und lehnt selbst die Errichtung eines „sichtbaren Zeichens“ zur Erinnerung an die Opfer der Massenvertreibung als „inakzeptabel“ ab.

Auf die Rückgabe der in Krakau gebunkerten Handschriftensammlung der Preußischen Staatsbibliothek angesprochen, sagte Zdrojewski, darüber könne erst gesprochen werden, wenn Berlin in Sachen Ostsee-Pipeline auf Warschau zugegangen sei. Man müsse eine „Hierarchie der Probleme“ aufstellen. Die Handschriften wurden 1941 bis 1944 nach Niederschlesien ausgelagert und befinden sich nunmehr in der Jagiellonen-Bibliothek von Krakau. Ansonsten betont Zdrojewski seinen Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland. *H.H.*



Versteigert

Zeichnung: Mohr

Verunsichert

Warum Gesine Schwan alles recht war, was für tolle Jahre uns entgangen sind, und wie die Linke das mit dem Kurras wieder hinbekommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Hinter der Befriedigung Horst Köhlers und seiner Anhänger, die Wahl im ersten Durchgang schon gewonnen zu haben, haben wir die Erleichterung der anderen Fraktionen kaum wahrgenommen. Die waren nämlich gar nicht enttäuscht, sondern vielmehr ebenfalls von einem Albdruck befreit.

Etwa die Vertreter der Linken: Wären sie nicht die Linken, hätten sie sich am liebsten bekreuzigt, daß sie nun nicht mehr jede Woche fürchten müssen, daß ihnen ihr Kandidat irgendein Ei legt. Peter Peinlich Sodann war als „Publikumsliebling“ ins Rennen ums höchste Amt geschickt worden. Was er ablieferte, war indes kommunistischer Proletengram der niedrigsten Sorte, ziemlich unangenehm für Gysi und Co.

Am lautesten atmeten SPD und Grüne auf, deren Kandidatin Gesine Schwan am Schluß auch immer unkalkulierbarer wurde. Ihr Geschwätz über „Unruhen“ bekam man mit Hilfe freundlich gesinnter Medienmacher ja noch irgendwie weg. Doch dann kam die Chose mit der DDR: Die könne man nicht als Unrechtsstaat bezeichnen, weil ja beispielsweise das Verkehrsrecht kein Unrecht gewesen sei.

Man hörte förmlich, wie sich die letzten Nationalsozialisten auf die Schenkel geklopft haben nach dieser Schwanerei. Die Straßenverkehrsordnung hatte schließlich auch in ihrer Herrschaftszeit gegolten. War der NS-Staat dann also ebenfalls kein Unrechtsstaat?

Einen ähnlichen Trick wie Frau Schwan wendeten schon die DDR-Propagandisten an, wenn es um das tödliche Grenzregime der roten Republik ging: Jedes Land dürfe doch seine Grenze schützen, oder? Also auch die DDR! Der Unterschied zwischen Hausrecht (niemanden hineinlassen müssen) und Freiheitsberaubung (jemanden gegen seinen Willen festhalten) wurde so virtuos vom Tisch gewischt und kaum einer hat's bemerkt.

Immerhin räumte Frau Schwan ein, daß die DDR-Justiz „ein Instrument der SED“ gewesen sei. Dies habe „die Menschen verunsichert“. Verunsichert, so so. „Verunsichert“ bin ich, wenn ich mich am Buffet nicht zwischen Fisch und Vogel entscheiden kann. Wenn mir die politische Justiz einer totalitären Diktatur ihre Instrumente zeigt, hätte ich vermutlich intensivere Gefühle.

Wir ahnen, was uns entgangen ist. Als Bundespräsidentin wäre Gesine Schwan die hohe Aufgabe zugefallen, alle Bundesgesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen. Das wären tolle Jahre geworden bei dem Rechtsverständnis. Daß es beinahe soweit gekommen ist, „verunsichert“ mich noch nachträglich.

Was mal wieder typisch ist für so ein bürgerliches Weichei. Links ist man weitaus stabiler. Jetzt blikken alle von rechts der Mitte gespannt hinüber ins andere Lager, wie die das wohl schlucken mit dem Ohnesorg und dem Kurras. Ja wie wohl? So wie üblich: Gar nicht.

> »Alles vom Osten gesteuert«: Wie oft wird Alfred Tetzlaff wohl noch recht bekommen?

Im Moment mögen die Dinge durch diese unerfreuliche Enthüllung ein wenig verwurschtelt aussehen. Man muß aber nur abwarten, dann kehrt die politisch richtige Einordnung schon zurück, gänzlich unbeschmutzt von lästigen Tatsachen. Oskar Lafontaine reagierte mit einem Achselzucken darauf, daß Kurras, diese „Fratze des faschistischen BRD-Regimes“, in Wahrheit ein Genosse war.

Die Linke hat Übung im Überstehen solcher Zwischenfälle und Enthüllungen, sie ändern ihr Urteil grundsätzlich nicht: Den unglücklichen Heinrich Lübke entlarvte die Linke als KZ-Baumeister. Der Stempel blieb, auch als herauskam, daß die „Beweise“ von der Stasi gefälscht waren. Brandts Bestätigung im Bundestag war von der Stasi gekauft. Dennoch ist der Tag im Jahre 1972 bis heute eine gefeierte „Sternstunde der Demokratie“, in welcher die fortschrittlichen Kräfte des Lichts gegen die ewiggestrige Dunkelheit gesiegt hatten. Und war die Friedensbewegung nicht ein strahlendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement gegen einen repressiven Staat unter der Fuchtel der Rüstungslobby? So steht sie noch immer da, selbst nachdem längst öffentlich ist, daß Stasi-Agenten dort nicht nur überall mitredeten, sondern auch das große Wort führten. Finanziell ließ sich die DDR-Regierung ebenfalls nicht lumpen bei der Fütterung der Friedensfreunde hinter dem Antifaschistischen Schutzwall.

Der Sohn von SDS-Vorreiter Rudi Dutschke hat unterdessen erzählt, sein Vater habe gemeint, auch der Schütze, der ihn 1968 schwer verletzt hatte, sei von der Stasi gewesen. Dutschke starb 1979 an den Spätfolgen, das Attentat auf ihn hatte die Osterkrawalle 1968 ausgelöst. Sollte sich Dutschkes Verdacht als richtig herausstellen, fragt man sich, was wohl noch kommt?

Übrigens, Chef der DDR-Auslandsspione war schon in den 60ern der allseits bekannte und später überaus medienpopuläre Markus Wolf. Bis er 2006 verstarb, hatte „Mischa“, wie sie ihn liebevoll nannten, noch Zeit, ein Kochbuch zu schreiben und im Fernsehen als weltgewandter Gourmet aufzutreten. Ansonsten gab er allerhand entspannte Interviews oder nahm an lockeren TV-Runden teil. Im Zwang, sich für irgendetwas zu rechtfertigen, sah er sich nie. Und selbstredend war auch kein Journalist (den er huldvollst vorließ) so taktlos, den guten Chefspion zu irgendwelchen Rechtfertigungen oder gar Reuebekundungen zu drängen.

So schied Wolf ganz unbehelligt aus dem Leben wie irgendein Promi, der früher mal einen recht interessanten Job ausgefüllt hatte. Auch so kann Vergangenheit bewältigt werden.

Ja, die goldene Vergangenheit: Sehen Sie auch manchmal die Wiederholungen von „Ein Herz und eine Seele“ aus den frühen 70ern im Fernsehen? Mit „Ekel-Alfred“ Tetzlaff als Inbegriff des tumben Unionswählers und seinem von Dieter Krebs gespielten fortschrittlichen SPD-Schwiegersohn als dessen aufgeklärtes Gegenstück? Die Serie hat mit den Jahrzehnten eine komische Note dazubekommen, welche die Macher ganz bestimmt nicht beabsichtigt hatten: Der unsympathische Giftpilz Tetzlaff hatte in seinen platten Urteilen über die Linke („Das ist doch wieder alles vom Osten gesteuert!“) erstaunlich oft recht, wie wir heute wissen. So kann es kommen: Eine erfundene Witzfigur nimmt späte Rache an ihren eigenen Erfindern, führt ihre durchsichtigen politischen Absichten gnadenlos vor.

Rache macht nicht glücklich, tut aber manchmal gut: Jahrelang hatten uns Amis und Briten genervt mit unserer veralteten Wirtschaftsordnung, und hielten uns ihr Modell als leuchtende Zukunft vor die verschnupfte Nase. Dann, rums! In England fällt eigentlich alles auseinander, die Bankenwelt, die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt und nun auch noch das Parteiengebälk. Man möchte Mitleid mit ihnen haben, wären sie früher nicht so hämisch gewesen, als die noch boomten und wir in der zyklischen Konjunktur-Pfütze hockten. Jetzt bestrafen wir sie mit etwas viel Schlimmerem als Häme: Wir traktieren sie mit guten Ratschlägen.

Nicht nur die Briten: In New York hat eine deutsche Initiative ein großes Plakat im Stadtzentrum gehängt, auf dem für die „Soziale Marktwirtschaft“ geworben wird. Damit denen mal ein Licht aufgeht, den Idioten.

Die Kampagne verfängt indes nicht recht, wie man hört. Das hat dem Vernehmen nach zwei Gründe: Erstens wissen die Angelsachsen gar nicht, was „Social Market Economy“ überhaupt sein soll. Nirgends steht geschrieben, ab welcher Höhe der staatlichen Sozialleistungen eine Marktwirtschaft als „sozial“ zu gelten hat.

Der zweite Grund für das Mißtrauen der Amerikaner gegenüber der deutschen Nabelschau liegt darin, daß statistische Wirtschaftsdaten rund um die Erde frei zugänglich sind. So kam dummerweise heraus, daß Deutschland nach Island so ziemlich die miesesten Wachstumszahlen unter den wohlhabenden westlichen Industrienationen aufweist. Da könnten dem New Yorker, der die deutsche Eigenwerbung sieht, Zweifel kommen, ob das Modell aus Berlin wirklich soviel weiterhilft als seines.

ZITATE

In Marburg, wo vom 20. bis 24. Mai ein Kongreß für Psychotherapie und Seelsorge stattfand, tauchten ***antichristliche Graffiti*** *auf. Dort sind Zeichnungen zu sehen, die ein* ***gekreuzigtes Schwein*** *zeigen, verbunden mit dem Slogan „Jesus du Opfer“. Dazu* ***Ulrich Wendel****, Pastor der Evangelisch-Freikirchlichen Uferkirche:*

„Wenn solche Graffiti einen antijüdischen oder antiislamischen Inhalt hätten, ginge ein Aufschrei durch unsere Stadt und eine Toleranz- und Respekt-Debatte wäre in vollem Gang.“

Kanzleramtsminister ***Thomas de Maizière*** *(CDU), der dem Präsidium des Evangelischen Kirchentags angehört, beklagte sich über die Vorhersehbarkeit der* ***Aussagen beim Kirchentag****:*

„Viele Äußerungen unterscheiden sich in Sprachgebrauch und Begründung nicht von denen des ADAC oder des Sportbunds. Ich wünsche mir überraschendere und intelligentere Äußerungen, in denen jeder zweite Satz neu ist.“

Der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, ***Hubertus Knabe****, im „Tagesspiegel“ (23. Mai) zum* ***Fall Kurras****:*

„Mich irritiert, daß diese Akten offenbar zufällig gefunden wurden. Das dürfte so lange nach Gründung der Birthler-Behörde nicht passieren ... Es gibt noch 16 000 Säcke mit zerrissenen Akten, obwohl die Technik da ist ... Es gab und gibt jedoch die Neigung im Westen, die Vergangenheit ruhen zu lassen. 90 Prozent aller Verfahren gegen westdeutsche Stasi-IM sind eingestellt worden.“

Missing Link

Man will es nicht missen,
das seltene Stück,
und sucht es beflissen –
zumeist ohne Glück.

Es muß es doch geben,
wird stets postuliert,
weswegen man eben
mit Fleiß recherchiert.

Daß Hoffnung nicht schwindet,
verdankt man dem Rat
„Wer suchet, der findet“ –
es hilft in der Tat.

Denn all das Erkunden
hat nun sich gelohnt:
Es wurde gefunden,
wie stolz wer betont!

Das Ding – eine Dame –
ward Ida getauft,
weil klingender Name
sich besser verkauft.

Jetzt kann man's begaffen,
das fehlende Glied,
das Menschen und Affen
noch nicht unterschied.

Die Zoologie da
ist aber suspekt:
Ein Glied namens Ida?
Verständlich, das schreckt!

Und vielen zuwider
geht weiter der Streit
um fehlende Glieder
und Glaubwürdigkeit.

Es sagen die einen,
das isses bestimmt,
und andere meinen,
nun ja, wie man's nimmt.

Nur wie wir's auch nehmen,
ist eins garantiert:
Selbst Wissenschaftsthemen
sind heut' inszeniert!

Pannonicus